

Bezugspreis: Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2,- Reichsmark...

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk und Welt“...

Telegraphen-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise: Die einbaltige Standardzeile 80 Pfennig...

Einlegen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags...

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3

Donnerstag, den 17. Dezember 1925

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3

„Keine geeignete Grundlage.“

Beschluß der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion. — Mißtrauen gegen die Volkspartei.

Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat gestern einen Beschluß gefaßt, der ausspricht, daß sie in dem Ergebnis der geführten Verhandlungen keine geeignete Grundlage für die Bildung einer Großen Koalition erblickt.

Der Beschluß wird heute früh bei der für 10 Uhr angeetzten Besprechung den Beteiligten überreicht werden. Die Sozialdemokratische Partei war auf Anregung des Zentrums und der Demokraten vom Reichspräsidenten eingeladen worden...

Unter solchen Umständen mußten die Bemühungen des Herrn Koch scheitern, das von ihm aufgestellte Programm konnte als geeignete Grundlage zur Bildung einer Großen Koalition nicht anerkannt werden.

Man braucht nicht weit in die Geschichte zurückzugreifen, um zu finden, worin dieses Mißtrauen begründet ist. Die Deutsche Volkspartei hatte gemeinsam mit den Deutschnationalen den Kampf gegen jede Regierung geführt...

Nach dem Austritt der Deutschnationalen aus der Regierung und der Ablehnung der Locarno-Verträge durch sie änderte die Volkspartei ihre grundsätzliche Haltung nicht.

Der Einfluß des rechten Flügels in der geplanten Großen Koalition wäre noch vermehrt worden durch den Eintritt der Bayerischen Volkspartei und der Wirtschaftspartei.

archivistischen Reaktion sind. Es läßt sich sehr schwer vorstellen, daß man gemeinsam mit solchen Bundesgenossen die Republik schützen könnte!

Verträge kann man auf verschiedene Weise schließen. Wo von vornherein gegenseitiges Vertrauen vorhanden ist, genügt die mündliche Abrede. Wo dieses Vertrauen fehlt, sind schriftliche Niederlegungen, sind genaue und genaueste Formulierungen notwendig.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat durch ihr Verhalten gezeigt, daß sie keine andere Absicht hat als die, im Interesse des arbeitenden Volkes sachliche Politik zu treiben. Sie hat zu diesem Zweck ihr Programm aufgestellt, das mit dem Scheitern der Verhandlungen über die Regierungsbildung keineswegs erledigt ist.

Die Verhandlungen vom Mittwoch.

Ueber die Verhandlungen vom Mittwoch meldet das Nachrichtenbureau des Vereins Deutscher Zeitungsverleger: Wir wir hören, spielte bei der heutigen Besprechung der Parteiführer vor allem die Erwerbslosenfrage eine große Rolle...

Der Bericht gibt von den Verhandlungen ein unrichtiges Bild. Insbesondere ist unrichtig, daß die Sozialdemokraten neue Forderungen aufstellten, ihre Wünsche hielten sich vielmehr im Rahmen der bekannten Vorschläge und betrafen nur die Art ihrer Ausführung.

Die Volkspartei spielt Spying.

Ueber die gestrige Sitzung der volksparteilichen Reichstagsfraktion wird parteilosig gemeldet: Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei hielt eine etwa einstündige Sitzung ab, in der Abg. Dr. Scholz den Bericht über die Parteiführerbesprechung gab.

meinen Eindruck, daß sich die Volkspartei um jede Stellungnahme nicht nur zu den sozialdemokratischen Vorschlägen, sondern auch zu dem Programm des Herrn Koch herumdrücken will, und so bestärkte sie auch unsere Fraktion in der Auffassung, daß eine Grundlage für eine gemeinsame Arbeit mit der Volkspartei in den Verhandlungen nicht gefunden worden ist.

Die Sitzung der Sozialdemokratischen Fraktion.

Der Beschluß der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion soll in seinem Wortlaut erst veröffentlicht werden, sobald er den Beteiligten der Parteiführerkonferenz — die heute um 10 Uhr vormittags beginnt und die nach Lage der Umstände sehr rasch beendet sein dürfte — überreicht sein wird.

Doumer Finanzminister.

Gesamtkabinettskrise in Aussicht.

Paris, 16. Dezember. (W.F.) Senator Paul Doumer hat das ihm vom Ministerpräsidenten Briand angebotene Finanzministerium angenommen. Ministerpräsident Briand hat den neuen Finanzminister 7 Uhr abends dem Präsidenten der Republik vorgestellt.

Paris, 16. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Die sozialistische Fraktion hat Stellung zu der Demission Loucheurs genommen. Nach einem ausführlichen Exposé Renaudels über die am Dienstag abend erfolgte Aussprache mit den anderen Linken Gruppen beschloß die Fraktion einstimmig, der heute abend stattfindenden Sitzung des Parteivorstandes die eventuelle Einberufung eines außerordentlichen Parteitag mit ihm zu diskutieren.

Beteiligung an der Regierung oder Opposition, nur nicht dieses ständige Hin und Her

war die Formel, die Abg. Gen. Paulin unter stürmischer Zustimmung gebrauchte. Da sich Briand, den dringenden Rufen der Linken zum Trotz, entschlossen hat, den Senator Paul Doumer als Nachfolger Loucheurs zu berufen, so wird zwar eine Gesamtkrise vielleicht noch etwas hinausgeschoben werden können, aber die Unsicherheit der parlamentarischen Lage ist noch schlimmer als zuvor.

Die sozialistische Fraktion ist entschlossen, zu einer Regierung, in der Doumer als Finanzminister sitzt, in Opposition zu treten, selbst wenn Doumer bereit sein sollte, seine früheren Finanzprojekte abzuändern. Weder die Vergangenheit Doumers, noch sein Verhalten in der jüngsten Zeit gibt den Sozialisten auch nur die geringste Garantie, daß man Vertrauen zu seiner Amtsführung haben könnte, und man ist in der Linken erstauant darüber, daß Briand das Experiment Doumer wagen will.

Wahrscheinlich hofft Briand auf diese Weise im Senat eine sichere Mehrheit zu erhalten und in der Kammer eine Koalition des Nationalen Blocks herbeizuführen.

Durch den Eintritt Doumers in die Regierung wird die Frage des Fortbestandes des Linken Kartells als Mehrheit in der Kammer jetzt brennend. Man darf damit rechnen, daß auch der Präsident der Finanzkommission der Kammer, Raibon, zu den Gegnern der neuen Kombination gehört.

ihres Eintritts in die Regierung gestellt werden. Damit rechnet übrigens die Fraktion. Das ging aus der Debatte vom Mittwoch morgen klar hervor. Die Partei dürfte gegebenenfalls insoweit entgegenkommen, daß sie bereit ist, mit den anderen Gruppen der Linken sich über ein Finanzprogramm zu verständigen, und wenn diese Verständigung möglich ist, sich an der Regierung zu beteiligen und die Einberufung eines außerordentlichen Parteitag zu beschleunigen. Sollte eine Verständigung, zu deren Herbeiführung gegenwärtig neue und große Anstrengungen gemacht werden, unmöglich sein, so wird der sozialistischen Fraktion nichts anderes übrig bleiben als in die Opposition zurückzugehen, in die ihr wohl ein großer Teil der bürgerlichen Linksparteien folgen würde. Das müßte den Austritt der radikal-sozialen Minister aus der Regierung und somit die neue Krise zur Folge haben. Man ist sich auf der Linken allerdings klar, daß dann eine ausgesprochene Rechtskonzentrationsregierung fast zur Sicherheit wird.

### Der außerordentliche Parteitag.

Paris, 16. Dezember. (W.T.B.) Nachdem in einer Sitzung der sozialistischen Kammerfraktion einige Abgeordnete berichtet hatten, daß ihre Wähler die Aufstellung eines positiven politischen Aktionsprogramms forderten, beschloß die Fraktion, daß der Parteivorstand heute abend zusammenzutreten solle, um über die Frage zu entscheiden, ob ein außerordentlicher Kongreß der Partei sofort einzuberufen sei. Der Kongreß solle ein politisches Programm aufstellen. Gemeinsam mit den anderen Parteien des Kartells der Linken solle bezüglich der Finanzierung ein Mindestprogramm ausgearbeitet werden. Die Mitglieder des Politischen Ausschusses der Fraktion werden heute nachmittag mit den bürgerlichen Parteien des Kartells verhandeln.

### Sozialistische Steuervorschläge.

Paris, 16. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) In der Finanzkommission der Kammer hat Genosse Vincent Auriant angeregt, den Gehaltswürfen der Regierung einen eigenen Entwurf entgegenzustellen. Er hat dafür folgende Richtlinien vorgeschlagen: 1. Einführung der obligatorischen Einkommensteuererklärung, 2. Maßnahmen zur Vereinfachung der Besteuerung und Erhebung wirksamer Kontrollen des Einkommens; 3. Umwandlung der Inhaber- in Namenspapiere, 4. wirksame Maßnahmen zur Bekämpfung der Steuer- und Kapitalflucht, 5. Reform des Erbrechts, 6. Erhöhung des Steuertarifs für Automobile. — In der Begründung seiner Vorschläge wies Auriant u. a. darauf hin, daß in ganz Frankreich nur 190 000 Steuerpflichtige ein Einkommen von 30 000 Fr. und darüber deklarieren, während die Zahl der Privatautomobile und Taximeterautos 360 000 beträgt.

## Deutschland und der Völkerbund.

### Eintritt am 4. März?

London, 16. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) „Manchester Guardian“ schreibt, daß die Einberufung einer außerordentlichen Versammlung des Völkerbundes wegen der Zulassung Deutschlands zum Völkerbunde zum 4. März nächsten Jahres wahrscheinlich sei. Deutschland soll dann unmittelbar darauf an der für den 8. März in Aussicht genommenen Tagung des Völkerbundes teilnehmen. Aus diesem Grunde sei auch als Tagungsort der nächsten Sitzungsperiode nicht, wie vorgesehen, Madrid, sondern wieder Genf gewählt worden.

## Die Mossul-Entscheidung verkündet.

### Zu Abwesenheit der Türkei.

Genf, 16. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Am Mittwoch vormittag hat der Völkerbundsrat seinen Schiedsspruch in der Mossul-Frage und dessen Begründung in geheimer Sitzung nochmals nachgeprüft. Die öffentliche Sitzung, die abends 6.20 Uhr begann und in der der Schiedsspruch bekanntgegeben wurde, war von größter Spannung erfüllt. England war durch den englischen Kolonialminister Amery vertreten. Die türkische Delegation war nicht erschienen!

Die vom Berichterstatter, dem schwedischen Außenminister Ge-

nossen Andén verkündete Entscheidung ist gegen die Türkei ausgefallen und läßt im wesentlichen die Drüßler Linie als endgültige Grenzlinie zwischen der Türkei und dem Irak bestehen. Die Entscheidung wird jedoch abhängig gemacht vom Abschluß von Wirtschaftsabkommen zur Erleichterung des Handelsverkehrs zwischen der Türkei und dem Persischen Golf, über das Mossul-Gebiet und die Wasserwege des Irak. Vor Verkündung der Entscheidung wurde ein Brief des türkischen Außenministers Tewfik Ruchdi Bey verlesen, worin dieser unter Hinweis auf die wiederholten Erklärungen der türkischen Delegation über die Grenzen ihrer Vollmacht darauf hinweist, daß

den türkischen Vermittlungsvorschlägen niemals Folge gegeben

worden ist und daß der Rat es abgelehnt hat, die Vermittlung auszuüben. Unter diesen Umständen erklärte die türkische Delegation diesen Vermittlungsvorschlag für null und nichtig. Die Souveränitätsrechte der Türkei blieben durch die Entscheidung des Rates unberührt, da ihre Rechte auf das Mossul-Gebiet nur mit ihrer eigenen Zustimmung aufhören könnten.

Selalosa sprach sein Bedauern darüber aus, daß die türkische Delegation nicht erschienen sei, erklärte aber, daß der Rat auf Grund des Artikels 3 des Vertrages von Lausanne trotzdem seine Entscheidung verkünden könne.

Die türkische Delegation hat der Presse eine Erklärung mit einem scharfen Protest über die Entscheidung des Völkerbundesrates zugehen lassen.

### Der türkische Protest.

Genf, 16. Dezember. (U.) Zu der Entscheidung des Völkerbundesrates veröffentlicht die türkische Delegation eine Erklärung, in der es heißt: Die englischen Blätter haben schon seit mehreren Tagen die Entscheidung veröffentlicht, die der Rat heute gefaßt hat. Die türkische Delegation hat bereits am 8. Dezember erklärt, daß ihre Vollmacht durch den Beschluß des Rates, die Rolle eines Schiedsrichters zu übernehmen, beendet seien. Die vom Rate empfohlene Grenze ist ungefähr dieselbe, die die Türkei bereits in Lausanne zurückgewiesen hat, und verläuft noch nördlicher als die im Frieden von Sevres vorgesehene Grenze. Die souveränen Rechte der Türkei über das Mossulgebiet blieben in vollem Umfange bestehen. Im übrigen hat Angora das Wort.

## Der Kampf gegen die Erwerbslosennot.

### Beschlüsse des Haushaltsausschusses.

Der Haushaltsausschuß des Reichstags genehmigte am Mittwoch die Richtlinien für die weitere Durchführung der Unterstützungsgeldaktion für die Ruhrarbeiter. Danach wird die Regierung ermächtigt, falls die noch vorhandenen 9 Millionen Mark zur Unterstützung nicht ausreichen, im Rahmen von 2 Millionen Mark die Deckung gegenüber den Ländern zu übernehmen. Die Länderregierungen dürften damit in der Lage sein, die Richtlinien in Kraft zu setzen, so daß die Auszahlung der Gelder noch vor Weihnachten möglich ist. Im einzelnen befaßt die neue Richtlinien:

Bei Prüfung der Frage, ob Erwerbslosenunterstützung bezogen wurde, soll die Wartezeit mitgerechnet werden. Die Voraussetzung, daß Erwerbslosenunterstützung bezogen wurde, ist auch dann als gegeben zu erachten, wenn der Arbeitnehmer wegen Krankheit zwar für seine Person keine Erwerbslosenunterstützung bezog, aber Familienangehörige erhielt. Im Bergbau soll es genügen, wenn der Verdienstausschlag zum Teil durch Arbeitslosigkeit, wofür Erwerbslosenunterstützung bezogen wurde, zum anderen Teil durch Einlegen von Feiertagen eingetretten ist. Auch genügt es, wenn der Arbeitnehmer einen Arbeitsvertrag, einen erwerbsunfähigen Elternteil oder zwei sonstige Familienangehörige in häuslicher Gemeinschaft am 1. Oktober d. J. unterhalten hat oder zurzeit der Anwendung unterhält. Kriegsbeschädigte, die während der Dauer der Erwerbslosigkeit Zusatzrenten bezogen, sollen wie Personen behandelt werden, die Erwerbslosenunterstützung oder Unterstützung aus Mitteln der öffentlichen Fürsorge erhalten. Die Arbeitnehmer, die den gewöhnlichen Aufenthalt im besetzten Gebiet haben, sind Arbeitnehmer zu behandeln, die zwar außerhalb des besetzten Gebietes wohnen, aber ihre Arbeitsstätte im besetzten Gebiet haben. Zuständig für die Gewährung der Zuwendungen ist in diesen

Fällen ausnahmsweise die Bezirksfürsorgebehörde, in deren Bereich sich die Arbeitsstätte befindet. Ferner wird bestimmt, daß die Zuwendungen auch kinderlose Ehepaare erhalten können und zwar in Höhe des einfachen Grundbetrages.

Da die Durchführung der Richtlinien vom 24. September d. J. die zur Verfügung gestellten Mittel nicht erschöpfen wird, werden die Richtlinien wie folgt erweitert: Beim Vorliegen der sonstigen Voraussetzungen der Richtlinien können im Rahmen der vorhandenen Mittel in Rot befindliche Arbeiter und Angestellte Zuwendungen auch dann erhalten, wenn sie in den Jahren 1924 und 1925 nicht in dem vorhergesehenen Umfang arbeitslos gewesen sind, sofern sie infolge ununterbrochener Arbeitslosigkeit in der Zeit vom 1. Mai bis 31. Dezember 1924 einen Verdienstausschlag von mindestens 50 Arbeitstagen erlitten und hierfür Erwerbslosenunterstützung bezogen haben. Im Bergbau genügt es, wenn der Arbeitnehmer im Laufe des Jahres 1924 infolge schlechter Lage des Arbeitsmarktes einen Verdienstausschlag von mindestens 50 Feiertagen gehabt hat. Der Grundbetrag der erweiterten Zuwendung soll in der Regel 40 M., die Erhöhung für die Angehörigen je 5 M. nicht überschreiten. Bei Ausschüttung der Mittel sollen Arbeitnehmer mit zahlreicher Familie vor solchen mit kleinerer Familie und vor kinderlosen Eheleuten berücksichtigt werden. Arbeitslose in Rot befindliche Personen können beim Vorliegen der sonstigen Voraussetzungen die Zuwendung ausnahmsweise dann erhalten, wenn sie, solange sie in Arbeit standen, Unterhaltungsberechtigte fortlaufend unterstützt haben.

Die sozialdemokratische Fraktion hat sich vorbehalten, sofort nach Verbrauch des bewilligten Geldes neue Forderungen zugunsten der Opfer des Ruhrkampfes zu stellen.

Der Reichsrat stimmte am Mittwoch nachmittag dem Beschluß des Reichstags über die Restloshauszahlungen an Beamte und Kriegsbeschädigte vor Weihnachten zu. Die Durchführung dieses Beschlusses bedeutet für das Reich einen Aufwand von ungefähr 34 Millionen, für die Eisenbahn 23 Millionen und die Post 22 Millionen. — Der Reichsrat genehmigte ferner die Verlängerung einer Verordnung, durch die die Ausführung von Kunstwerken, die einen nationalen Wert haben, bis zum 31. Dezember 1927 der Genehmigungspflicht unterstellt wird.

## Räumung am Niederrhein.

Arsfeld, 16. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Die Räumung der von den Belgiern besetzten Orte am Niederrhein ist in vollem Gange. In Ebeo und Geldern sowie den übrigen an der holländischen Grenze gelegenen Ortschaften sind nur noch kleine Truppenteile der Belagerer vorhanden. In Arsfeld und Rünchen-Glabbech dürfte die Räumung im Laufe dieser Woche bis auf wenige Kommandos durchgeführt sein. In Reux hat am Dienstag die Wache, die als letzter Truppenteil zurückgelassen war, den Ort verlassen. Die abziehenden Truppen werden vorläufig in Baraden an der Dillfelder-Rheiner Grenze untergebracht, doch ist nach bestimmten Mitteilungen damit zu rechnen, daß bis Ende des Jahres auch diese Baraden geräumt sind.

Paris, 16. Dezember. (W.T.B.) Der Reichskommissar für die besetzten Gebiete, Botschafter Freiherr Langwerth von Simmern, hält sich seit gestern in Paris auf. Er stattete gestern in Gemeinschaft mit dem deutschen Botschafter von Hoelsch dem Generalsekretär des Außenministeriums, Philippe Berthelot, und heute vormittag dem Ministerpräsidenten Briand einen Besuch ab. Heute nachmittag wird er mit dem Kriegsminister Poincaré und morgen mit dem Vertreter Frankreichs in der Botschafterkonferenz, Botschafter Jules Cambon, verhandeln. Morgen abend trifft Freiherr Langwerth von Simmern auf seinem Posten nach Koblenz zurück.

Jost mit dem Monarchisten! In der nächsten Nummer des Ministerialblattes für die Provinz der inneren Verwaltung wird, wie der „Sozialdemokrat“ erzählt, ein Erlaß des Innenministers Genossen Severin veröffentlicht werden, der die Oberpräsidenten und Regierungspräsidenten anweist, in den ihnen unterstellten Verwaltungen darauf zu achten, daß die alten monarchistischen Dienstleistungen nirgends mehr benutzt werden.

Die Weltmeinung wackelt. Das italienische Generalkonsulat in Berlin demontiert die Nachrichten, daß das Denkmals-Balustrade u. d. Geleitworte von seinem Kaiser Standplatz entfernt werden und — Christbäume in Säntrot verdorren sein sollen.

## Dreistimmigkeit.

### Konzertumschau von Kurt Singer.

In dreifacher Form wollte sich die Musik in der Weihnachtsvorwoche präsentieren, und es ist schwer zu sagen, welcher Gestalt der beste Eindruck zu danken ist. Die drei Formen oder heißen: das Buch, der Apparat, der Künstler.

I. Das Buch. In einer Zeit, die aus dem Dirigententum ein internationales Geschäft macht, die eine Periode des gleichgültig gewordenen Virtuositentums durch das Primadonnenentum des Vultubeden ablösen will, in solcher Zeit, die zugleich Höhe und Krise bedeutet, kommt Adolf Weismanns Wert über den Dirigenten im 20. Jahrhundert (Tropfplänen-Verlag) gerade recht. Eine Biographie des Dirigententums, nicht eine Beschreibung einzelner Kapellmeister. Typen werden als Repräsentanten bestimmter Zeiten, Entwicklungen sogar bestimmter Musikstile herausgestellt. Die Philologie schweigt nicht ganz in dem großartigen Ueberblick über die Anfänge der Taktschlagerei und des Kapellmeisterentums über Gluck, Spontini, Weber, Wagner bis zur Schwelle der Neuzeit. Dann aber hebt, mit der Umkehrung der Gestalt Gustav Mahlers, Musik an. Das Orchester verlebendigt sich, der Partiturausdeuter beginnt seine Arbeit, die aus dem Wert ihren Reichtum an Ausdruck zieht und zugleich zum Wert anregt. Klassische und romantische Musik, Sinfonie und Oper erhalten ihre Spezialitäten. Der ruhige, der motorische, der mystische, der nervöse, der tyrannische Dirigent, wird bildhaft festgehalten. Charakteristisch genug, daß die wirklichen Bilder von Orstl, Liebermann, Großmann, alle den Sondercharakter eines Dirigenten der Brominanz schlechter, unbedeutender, variabler wiedergeben, als Weismanns beflügeltes, buntes, elegantes Wort. Es schwingt in seiner Sprache der Rhythmus eines ganz bestimmten Taktes, einer durch den besonderen Vorwurf geschaffenen Stimmung. Das Fingerstippengefühl für das Ende des unentbehrlichen, doch neben dem Orchester weit überschätzten Kapellmeisters, täuscht Weismann nicht. Zwischen den Zeilen liegt sich die Begelsterung schön heraus, aber zwischen Anfang und Ende rinal sich ein dargestellter Reichtum an musikalischer Darstellung bis zur Erkenntnis des nicht mehr Schöpferischen im Dirigenten durch. Ausnahmen werden herausgehoben; aber eine Brücke zwischen Spontini und Kleiber ist unverkennbar. Diese plötzliche Apotheose der Führernatur bedeutet zugleich das tiefste Wissen um den notwendig werdenden Anfang eines glücklichen Endes. Eine filigrane musikalische Ausdrucksbewegung ist hier in trefflichster Würdigung von Wert und Ueberreibung der Kapellmeisterzeit ver sucht, gebaut, geschaffen.

In die Kapellmeisterbewegung hinein deuten auch die beiden Klimate der Opern Berlins. Der von Kapp herausgegebene Band der Staatsoper umreißt 3 Jahre, also die Ära Schillings. Man lese die köstliche aktuelle Gabe, den Briefwechsel zwischen dem Intendanten v. Hülsen und dem Kapellmeister Richard Strauß. Das Jahrbuch der Städtischen Oper (Herausgeber: Erich Köhler) bringt ein Versprechen Trejens und das Bild des Gesamtpersonals, verbunden durch literarische Beiträge Wies und Junkers. Die beiden schönsten Bände werden alle am Schicksal der Berliner Oper Interessierten erfreuen.

II. Der Apparat. Diesmal nicht Radio, das sich mit rasendem Tempo auch Werttreibende untertan macht, das in der Wahl der Programme größten Geschmack beweist; sondern Ultraphon. Ein Ingenieur Rügenmeister hat in jahrelanger Vorver suchen eine Methode erfunden, durch Abfangen der Töne mittels zweier Membranen die Musik der Platte zu verstärken, zu verdeutlichen, zu vermenslichen. Es ist durch die Doppelresonanz eine Plastik des Tons, eine Lebhaftigkeit und Sinnlichkeit des Gesungenen erreicht, die in ihrer Art beispiellos ist. Gute Aufnahmen vorausgesetzt, gibt auch der Orchesterklang Farben her, die vorher stumpf blieben, scheint ein Instrument wirklich mit dem Spieler verwaschen. Das Tote des Klangs ist aufgehoben durch die besondere Fülle und durch den abstuftbaren Nuancenreichtum des Vortragenen. Gesingt es, auf ähnliche Weise Musik aufzunehmen, wie darzubieten, dann ist ein gewaltiger Schritt vorwärts getan für alle, die an der Hand von Partituren studieren, die ihr Heim mit guter Musik erfüllen, die lernen und genießen wollen.

III. Der Künstler. Er schlägt das Buch und den Apparat, die er verachtet, wenn er sein Ich hinter das Kunstwerk stellt und dennoch eine Persönlichkeit aufzuweisen läßt. Das war eine Zufallsauswahl von Konzerten, kaum ein zweites Mal der Fall. Selbst Erica Morini, die schon sensationell berühmt ist, enttäuschte. Nicht zwar im Tschakowskischen Violinkonzert, dessen ersten Satz sie wie ein richtiges Virtuosenphänomen spielte, mit allen Feinheiten der Hirtigkeit, Trefflichkeit, Intonationsauferkeit. Da bleibt kein Wunsch unerfüllt. Aber über der glatten, blendenden Technik, die ihr Besitz wurde, breitete sich kein Künstlerhumus aus. Das spürte man bei Mozart, A-Dur-Konzert. Bedenklich eine Oberflächennuße ohne feisliche Schwingung, bedenkllicher ein Strich und Ton ohne Grazie und Anmut. Wie un schön, wie verkrampt ist dieser hochgehobene linke Arm, wie groß und steif die Rechte, die sich so eng am Körper entlang bewegt! Kein Wunder, daß der Ton da nicht singt, ein Wunder aber, daß dennoch die Technik solchen „Sitz“ hat. Wie lange noch? Für dieses künstlerische Hochtalent ist größte Befürchtung am Platz, daß ihre künstlerische Entwicklung stehen bleibt, also in der Unreife verharret. Dem Londoner Streichquartett fällt es ein, Beethoven's sämtliche Quartette chronologisch vorzuführen. Das ist philologisch, nicht gefühlsmäßig gedacht. Die Köpfe machen eine bessere Zusammenstellung immer so, doch leicht und Schmerzlich an einem Abend die Bagdatsche hält. Die Herren spielen tarrett, zugedöpselt, wie Geniemens. Sozusagen Beethoven im Grad von neuestem Schritt. Wie wenig Temperament und Sinnlichkeit! Aber auch diese klassische Ruhe, gepaart mit Respekt vor den Noten, hat ihren Reiz. Qualitätsspieler, die in rühriger Vorarbeit ein einheitliches Ensemble erzogen haben. Der Männerchor „Harmonie“ unter Leitung von Max Schaar-schmidt darf sich zu den künstlerisch hochstehenden Vereinigungen dieser Art rechnen. Welch ein herrliches Programm von Werken „alter Meister“! Mit größter Sorgfalt studiert, nobel vorgetragen, wirkten alt-ebe Volkstheater und ernste Gesänge von Vittoria und Hand geradezu festlich. Hier ist ein Weg und ein Ziel und eine Aufgabe. Frau Schubert-Peyko begann die Tartinische Trillerphonate mit sehr schönem Ausdruck, wurde dann aber nervös und verhedderte sich. Die Pianistin dagegen blieb sehr gelassen und folgte nicht mehr. Ich hoffe, daß die beiden sich irgendwo wieder-

getroffen haben. Das nächstemal am Flügel, aber nicht Fräulein Andre, sondern eine andere! Margarete Zimmer-Bender vertritt sich an Schumann, dessen Fis-Moll-Sonate sie auch nicht im entferntesten technisch beherrscht. Da hilft der verfeinerte Bedingebrauch nichts. Solche Unordentlichkeit unterschreitet die üblichen Grenzen des Auch-Wusigierens. Till Behne hat Stimme, aber keine Schulung. Brahmsischer Lirrit entspricht diese Schräglheit und Krampfgeleit kaum. Hans Gablemberg begleitet so hübsch, daß man mehr als zwei Lieder ertragen konnte. Eli Bachström wählt sich sogar den glänzenden Pianisten Ribensahm zum Begleiter. Sie singt ein paar Lieder, die ihr zu hoch liegen. So kann sie den Reiz einer schönen, vollen, klaren Stimme nicht ganz entfalten. Ihre musikalische Sicherheit wird sie über gewisse Registerfertigkeiten und mangelhafte Atemtechnik nicht hinwegtäuschen.

Die moderne Operette im Rundfunk. Der Rundfunk hat nun endlich einen langgehegten Wunsch seiner Teilnehmer erfüllt und auch die moderne Operette in die Reihe seiner Sendespiele aufgenommen. Zwar ist die Operette der Gegenwart so stark auf Ausstattung eingestellt, daß es manchmal unmöglich erscheinen mag, sie davon zu trennen und wirksam zu einem Sendespiel umzuformen. Trotzdem bot Kollo „Tanzende Prinzessin“, die gestern abend übertragen wurde, eine glückliche Leistung des Rundfunks dar. Die anmutigen und statien Melodien dieses kurzzeit am meisten gespielten und fruchtbarsten Komponisten bestanden damit vielleicht die beste Qualitätsprobe. Der geschickte für die Sendebühne überarbeitete Text wahrte zudem auch für die Zuhörer einigermassen den Zusammenhang der Handlung, obwohl ja der logische Zusammenhang für die moderne Operette durchaus kein Hauptfordernis ist. Vor allen Dingen aber hatte man die Rollen mit wirklich sympathischen Vertretern des Operettenschaus besetzt, die auch singen konnten, und doch damit den Rundfunkteilnehmern mehr als manche Aufführungen auf Operettenbühnen ihm bringen. Erny Jolan, Angela Sachs, Sternberg, Arthur Held, Franz Baumann und Alfred Leutner seien vor allem lobend genannt. Das Rundfunkorchester unter seinem Kapellmeister Bruno Seidler-Winkler bewährte sich wie immer. Tes.

Bücherwustausch mit Rußland. Die Rotgenossenschaft der deutschen Wissenschaft hat, wie die Zeitschrift „Die Europa“ berichtet, einen Tauschverkehr mit der russischen Zentralbüchereiammer, der Hauptbehörde für die gesamten bibliographischen Aufgaben der Sowjetrepublik, in der ja das Verlagswesen nationalisiert ist, eingeleitet. Auf Grund des halbmonatlichen Bücherwustausches dieser Kammer wählen die deutschen Bibliotheken die gewünschten Publikationen aus. Bisher wurden etwa 500 Werke und Zeitschriften geliefert, weitere 2000 Werke sind angefordert. Sehr schwer ist natürlich die Ausfüllung der Bände für das Jahrzehnt 1914 bis 1924. Doch ist immerhin ein Anfang gemacht, der zu den besten Hoffnungen berechtigt.

Die Städtischen Museen am Weihnachtsabend. Das alle und Neue Museum, das Kaiser-Friedrich-Museum, die Sammlung für deutsche Volkskunde, das Zeughaus, das Schloßmuseum und das Museum für Naturgeschichte 7 und am Weihnachtsabend von 9 bis 1 Uhr geöffnet. Das Museum für Völkertunde bleibt wegen Umzugs geschlossen.

## Völkische Wirtschaft.

Ein Notzettel aus dem Lager der „Frontkrieger“.

Der „Demokratische Zeitungsdienst“ veröffentlicht ein verkrampftes Rundschreiben des Leiters des Ludendorffschen Frontkämpferbundes in Franken, Ernst Rieslalt, in dem es heißt:

„Ich wohnte am 2. September in München einer von einigen hundert Mitgliedern besuchten Monatsversammlung der Ortsgruppe München bei... Leider mußte ich erkennen, daß auch bei wohlwollendster Betrachtung unser bisheriger erster Vorsitzender von dem Vorwurf nicht entlastet werden kann, Gelder des Bundes veruntreut zu haben. Trotz wiederholter Aufforderung, sich gegen die Beschuldigungen mündlich oder schriftlich zu rechtfertigen, lehnte Alletter dauernd ab, es zu tun. Er wußte sich dadurch zu helfen, daß er die ihm lässig und gefährlich erscheinenden Persönlichkeiten, welche nichts anderes als ihre Pflicht taten, aus dem FKB ausschloß und ausgeschlossen hat bzw. der ihnen vom Bundestag übertragenen Kemitte entzog. Zu seiner Rechtfertigung mißbrauchte Alletter ein Vertrauensschreiben von Exzellenz Ludendorff, welches dieser zweifelsohne auf Grund einseitig erfolgter Informationen ihm ausstellte. Es ist daher nicht üblich gewesen in deutschen Bänden, daß ein Beschuldiger in solchem Falle sich durch ein ausgestelltes Vertrauenszeugnis reinigt. Nach dem oben geschilderten Verhalten Alletters, und da dieser weder ein ehrenrechtliches Verfahren gegen sich beantragte, noch trotz mehrfacher Androhung die Hilfe des ordentlichen Gerichtes in Anspruch nahm, noch einen ordentlichen Bundestag zur Entscheidung anrief, waren alle Wege versperrt, die unbedingt erforderliche Klärung herbeizuführen, deshalb erstellte der zweite Bundesvorsitzende Fürst Graf von Wrede bei der Staatsanwaltschaft Anträge zwecks Herbeiführung eines gerichtlichen Einschusses.“

Es ist sicherlich ein im politischen Leben einzig dastehender Vorgang, daß eine Organisation gezwungen ist, gegen ihren Vorsitzenden Strafanzeige zu erstatten. Der Fall Alletter reiht sich würdig an die vielen Skandale, die in der völkischen Parteigeschichte zu verzeichnen sind. Das Bemerkenswerteste an der Geschichte ist, daß über die Persönlichkeit des Herrn Alletter schon seit Jahr und Tag kein Zweifel mehr bestand. Selbst Ludendorff dürfte sich in dieser Hinsicht kaum falschen Illusionen hingeeben haben. Wenn er ihn trotzdem an führender Stelle duldet, so ist das ebenso charakteristisch für die völkische Bewegung wie für Ludendorff.

## Die Arbeitgeberkorruption.

Baumeister verteidigt sich.

Herr v. Borfig hatte dieser Tage namens der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände erklärt, daß er Schriften des „Firn“-Verlages finanziell unterstützt habe, ja dadurch sogar ihre Herausgabe ermöglicht habe, daß er ferner durch Ankauf einer größeren Zahl der herausgegebenen einzelnen Schriften für deren weitere Verbreitung behilflich gewesen ist. Da es sich um angeblich arbeiterfreundliche Literatur eines Verlages handelte, der sich sonst sehr sozialistisch aufführte, mußte dieses Bekenntnis des Industriellen berechtigtes Aufsehen erregen. Er versuchte daher über wesentliche andere Momente mit kleinen Möglichkeiten hinwegzuleiten.

Albert Baumeister, der verantwortliche Leiter jenes Verlages, schickt uns nun die folgende Erklärung mit der Bitte um Veröffentlichung:

Seit etwa Mitte 1924 bin ich Inhaber des Verlages „Der Firt“, unter dessen Namen die fraglichen, bisher sechs Schriften im Umfange von je 1 bis 3 Bogen, erschienen sind. Diese wurden vom Verlag ausschließlich an die Abonnenten des zurzeit nicht erschienenen „Firt“ Semesterschiffes und dem regulären Buchhandel geliefert. Aus den auch Ihnen zur Einsicht zur Verfügung stehenden Büchern ergibt sich, daß u. a. die Buchhandlung des Verlages der Wirtschaftspolitischen Gesellschaft (Inhaber Friedrich Erdmann), Berlin W. 8, von jenen Broschüren durchschnittlich je 3500 Exemplare zum Rettopreise von durchschnittlich 11 bis 18 Pfennig bezogen hat. Diese sind in der Hauptsache, wie mir später bekannt geworden ist, weitergegeben worden an die Vereinigung der Arbeitgeberverbände, die direkt oder indirekt seit vielen Jahren auch Veröffentlichungen offizieller Stellen der Arbeiterbewegung in ähnlicher Weise erwarb oder einzelne Teile in großen Mengen verbreitete. Zu der genannten Vereinigung oder zu irgendwelcher Unternehmerorganisation habe ich nie in meinem Leben geschäftliche Beziehungen gehabt, nie von ihnen irgendwelche finanzielle Hilfe angeboten erhalten, erbeten oder bekommen. Im übrigen werden meine Beziehungen zu dieser Vereinigung dadurch gekennzeichnet, daß ihr Geschäftsführer, Herr Dr. A. sich kürzlich bei meinen Vorgesetzten offiziell und bitter über mich beschwerte, da mein Verhalten gegenüber den Arbeitgebern nicht unparteiisch sei, wie es meine Stellung verlange.

Weber die finanziellen Unterlagen des Verlages, der übrigens demnächst in andere Hände (nach Mitteldeutschland) geht, habe ich nachstehenden maßgebenden Kreisen alle Einzelheiten vorgelegt und erklärt, daß ich jede weiter gewünschte Auskunft dem auf meinen Antrag eingeleiteten Untersuchungsausschusse meiner Partei erteilen werde.

Auf die Weiterverwendung meiner Verlagsartikel habe ich ebensowenig Einfluß wie andere Verleger, abgesehen von der Auswahl meiner Mitarbeiter, auch nicht auf den Inhalt ihrer Arbeiten: bisher ist mir unter ihnen noch keiner begegnet, der sich zur publizistischen Vertretung einer anderen als seiner eigenen Meinung bewegen ließe.

Es ist auffällig, daß gewisse Kreise gleich eifrig Verlag und Verleger zu diffamieren trachten, ohne sich mit dem Inhalte seiner Schriften zu beschäftigen, weil das selber in Deutschland der bequemere Weg ist, die Verbreitung unheimlicher Gedanken im Reine zu erlösen.

Die in meiner eifrigsten Verlegerischen Vergangenheit bei mir erschienenen Werke haben insgesamt eine Auflage von vielen Millionen gehabt — im letzten Jahre rund 250 000 Exemplare im Umfange von je 1 bis 14 Bogen —, so daß die auf Umweg an die Vereinigung gelangten Schriften — deren Gesamtrechnungsbetrag weniger als 2 Proz. seiner Auslieferung des letzten Jahres ausmacht — wirklich keinen „Einfluß“ gemöhnliche Rolle spielen könnten. A. Baumeister.

Wir geben nun diese Erklärung den Wortlaut, weil sie neben wichtigen tatsächlichen Feststellungen den Geist erkennen läßt, mit dem sich Baumeister zu dem Vorwurf der Korruption einstellt. Es ist für ihn ja weiter nichts dabei, wenn die Arbeitgebervereinigung einige tausend Exemplare von Schriften bestellt, die Herr Baumeister zufälligerweise nur deswegen verlegt hat, weil sie ihm besonders gefielen. Es wäre wirklich nichts dabei, wenn man nicht wüßte, daß die literarischen Beziehungen zwischen Baumeister

# Mordplan gegen Stresemann?

Die Beteiligten verhaftet. — Wulles Ausreden.

Die „Völkische Zeitung“ ist in der Lage, von einem Attentatsplan gegen den Reichsaußenminister Stresemann Kenntnis zu geben, der in den letzten Tagen aufgedeckt worden ist. Zwei Angehörige der Rechtsparteien, die den Attentatsplan ausgeheckt hatten, sind verhaftet worden. Ueber die Einzelheiten des abenteuerlichen Planes teilt die „Völkische Zeitung“ folgendes mit:

Ein verbummelter Akademiker, Kaldorff, Sohn eines höheren Beamten, vorbestraft und nach mancherlei Schicksalen jetzt als Arbeiter in einem süddeutschen Werk gelandet, nach seinen eigenen Angaben starrer Anhänger Hitlers, empfindet Stresemann als einen „Völkischschädling“ schlimmster Sorte. Er sucht deshalb den Plan, ihn zu „töten“. Er sucht nach Männern, die gleich ihm entschlossen sind, alles auf eine Karte zu setzen. Er findet auch einen Komplizen in einem Bürogehilfen Lorenz, dem Sohn eines Oberstudienrats, der nach seiner eigenen Angabe vor dem Richter der Deutschnationalen Partei angehört, und stößt sich auch nicht daran, daß dieser Mann schon einige Male in einem Irrenhaus aufgehalten hat.

Diese beiden besprechen miteinander die Einzelheiten des Plans. Flugzeug zur Flucht, Verkleidung und all die romantischen Dinge, mit denen man sich, nach dem Vorbild der Rathenau-Mörder und ihres bereitgehaltenen Automobils, schnell und in Heldenpose in Sicherheit bringen will, spielen dabei eine Rolle. In der Zwischenzeit wird noch ein dritter Mann gesucht, den man glaubte in der Person eines Maschinenschlossers gefunden zu haben.

Aber in diesem Stadium der Dinge führte vor einigen Tagen eine Unvorsichtigkeit des Kaldorff, d. h. ein Brief an einen vermeintlichen Gesinnungsgenossen zur Verhaftung. Die beiden „nationalen“ Männer sind jetzt in Berlin von der Polizei dem Richter vorgeführt worden, der bei ihrer Vernehmung den bestimmten Eindruck gemonnen hat, daß es sich nicht nur um Versprechungen und Vorbereitungen trübseliger phantastischer und spielerischer Behirne handele, sondern daß den beiden die verbrecherische Tat, die sie planten, zuzutrauen sei. Der Richter hat infolgedessen gemäß §§ 49a und 49b des Reichsstrafgesetzbuchs und der §§ 1 und 7 des Gesetzes zum Schutz der Republik Haftbefehl gegen die beiden erlassen.

So abenteuerlich wie der ganze Plan zunächst erscheinen mag, so wenig kann man nach allen Erfahrungen die Verbindung mit einer Handbewegung abtun. Der Grütze-Lehder, der soeben vom Schwurgericht wegen Mordes zu acht Jahren Gefängnis verurteilt wurde, hat sicher einen genau so abenteuerlichen Eindruck auf Fernstehende gemacht, wie die soeben Verhafteten. Und das Milieu, in dem er sich bewegte, war sicher dasselbe wie das des Hitler-Mannes, der auf Stresemann zielt. Man darf deshalb erwarten, daß das Komplott in allen Einzelheiten untersucht wird und vor allen Dingen die Hintermänner der Attentäter festgestellt werden.

Reinhold Wulle hat am Dienstag im Landtag die Sitze gehabt, die Behauptungen Grütze-Lehders von seiner Mitwisserschaft als „erstunken und erlogen“ zu bezeichnen. Aber weder er noch sein Freund Kube haben es für nötig befunden, sich selbst den Richtern als Zeugen anzu-bieten, um dem Angeklagten gegenübergestellt zu werden und im Kreuzfeuer von Frage und Antwort die Einzelheiten aufzuklären. Man hat aber Grütze-Lehder, der mit völkischer Hilfe nach Ungarn abgeschoben worden war, vor Gericht ausdrücklich erklärt, daß er zunächst von dem völkischen Führer Kube einen Ausweis erhalten hatte, der ihm zur „Verfolgung“ des später ermordeten Müller-Dammers die Voll-

und der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände soweit gingen, daß die letztere sogar sich die Korrekturen von Arbeiten des Baumeister-Verlages hat vorlegen lassen. Im übrigen bestreitet Baumeister, geschäftliche Beziehungen zu der Arbeitgebervereinigung gehabt zu haben. Er unterstellt uns damit, ihn für viel dümmer zu halten, als er wirklich ist. Denn für die Aufrechterhaltung der Beziehungen sorgte ein Strohmannsystem, das Baumeister sogar noch zu decken versucht, indem er einen Herrn Friedrich Erdmann als Inhaber des Verlages der Wirtschaftspolitischen Gesellschaft bezeichnet. Es handelt sich hier aber offenbar nur um den Bruder jenes Herrn Karl Erdmann, der, wie Herr v. Borfig jaghaft angedeutet hat, allein 1/4 bis 1/2 jener 250 000 Mark des Arbeitszeitpropagandafonds der Arbeitgeberverbände in seine und z. T. mittelbar auch in Baumeisters Tasche gewirtschaftet hat. Man sieht, die ganze Sache ist gar nicht so harmlos. Wenn Herr Baumeister meint, daß man seine Schriften lesen müsse, um den Dienst, den er den Arbeitgebern geleistet hat, zu erkennen, so ist das ein durchaus berechtigter Standpunkt. Wir empfehlen tatsächlich die Bücher seines Verlages denjenigen Leuten, die wissen möchten, wie man sich bei deutschen Unternehmern beliebt macht. Herabsetzung der Partei- und Gewerkschaftsprinzipien, Kampf gegen den Achtstundentag und den Nazismus — das sind die mißlichsten Dinge, die man da findet. Und man versteht es, wenn reaktionäre Organe wie die DAZ, die „Börsenzeitung“, der „Reichslandbund“ und der „Arbeitgeber“, den Extrait dieser Schriften zum festen Bestandteil ihrer polemischen Artikel gegen Sozialdemokratie und Gewerkschaften gemacht haben.

Im übrigen haben wir uns mit Baumeister nicht auseinander zu setzen. Herr v. Borfig hat gesagt, daß sein Verband an den Verlag des „Firt“ Gelder gezahlt hat; tröbe das nicht zu, so wäre das eine solche Verleumdung des Herrn Baumeister, daß dieser sich das unmöglich gefallen lassen dürfte. Dann hätte letzterer die Pflicht, Herrn v. Borfig zu verklagen. Aber Herr Baumeister hat nicht gegen den „Deutschen“ geklagt, nicht gegen den „Vorwärts“, nicht gegen die „Berliner Volkszeitung“ und alle anderen Organe, die sich mit der Sache beschäftigt haben, er wird auch nicht gegen Herrn v. Borfig klagen.

Genosse Riefisch, der Herausgeber der Schriftenreihe des „Firt“, sendet uns eine längere Erklärung, aus der hervorgeht, daß auch er schuldlos ein Opfer der Erdmann-Baumeisterischen Machenschaften geworden ist. Er stellt fest, daß er die Schriftenreihe selbständig bearbeitet hat, ohne darin vom Verleger beeinflusst zu werden, wendet sich aber mit Empörung dagegen, daß der Verleger Albert Baumeister in bezug auf die Finanzierung der Schriftenreihe ihm falsche Angaben gemacht hat. Riefisch bekennet sich nach wie vor zu

macht erteilt. Dieser nicht bestrittene Ausweis hatte folgenden Wortlaut:

Ausweis. Berlin SW. 11, Dessauer Str. 6.

Herr Robert Grütze-Lehder, Berlin-Waldmannslust, ist vom Herrn Reichstagsabgeordneten Wulle bevollmächtigt, die für den „Deutschen Herold“ erforderlichen Unterlagen im Fall Müller zu beschaffen.

A. A.: Wilhelm Kube, Reichsgeschäftsführer. Stempel: „Deutscher Herold“. Der Geschäftsführer.

Am 16. oder 17. November 1923 hat der damals siebzehnjährige Vertrauensmann der Völkischen den Müller-Dammers im Tegeler Forst erschossen. Nach seinen Angaben ist er darauf bei Wulle gewesen und hat diesem von der „Erledigung“ des angeblichen Spießels Mitteilung gemacht. Gewissermaßen als Belohnung dafür hat er von Wulle ein weiteres Empfehlungsschreiben bekommen, das vom 20. November datiert ist und folgenden Wortlaut hat:

Reichstag. Fernsprecher 9592—9600. Berlin NW. 7, 20. November 1923.

Herr Robert Grütze-Lehder Berlin-Waldmannslust, Triberger Str. Herr Robert Grütze-Lehder ist in unserem Auftrage für die völkische Freiheitsbewegung tätig und hat die Aufgabe, Vorpommern zu organisieren. Wir bitten, ihn nach Kräften unterstützen zu wollen. Mit deutschem Gruß. gez. R. Wulle, R. d. R.

Der siebzehnjährige Bursche war drei oder vier Tage nach dem Mord bei Wulle und erhielt dann ein Empfehlungsschreiben! Hält Wulle die Mittelwelt wirklich für so, um seinen eigenen Anspruch zu gebrauchen, „seu-mähig du m“, daß sie glauben soll, der sonst so gesprächige Siebzehnjährige hätte sich seiner Heidentat gegenüber dem Herrn und Meister nicht gerühmt? Alle Wahrscheinlichkeitsgründe sprechen doch dafür, und wenn noch irgendwo ein Zweifel bestehen sollte, so hat das von Wulle und der Völkischen Partei nach Ungarn gerichtete Ausweisungsschreiben ihn weggeräumt, in dem den ungarischen Behörden im Interesse Grütze-Lehders begreiflich gemacht werden sollte, daß die Tat dieses jungen Burschen aus politischen Gründen erfolgt sei. Dadurch sollte die Auslieferung des mit völkischer Beihilfe nach Ungarn abgeschobenen Mörders ebenso verhindert werden, wie die der Erzberger-Mörder verhindert worden ist.

Wulle wird sich nicht wundern, wenn in weiten Kreisen der Glaube vorherrscht, daß er mit seinen Ausführungen den Landtag und die Deutschnationalen in dreifacher Weise angelogen habe. Dieser Glaube wird bestärkt durch die Tatsache, daß Wulle kein Wort von der eidlichen Zeugenaussage des völkischen Führers aus Pommern, Rahnarzt Heinze, erwähnt hat, wonach seinerzeit auch der Auftrag zur Ermordung des Ministers Severing erteilt worden sei.

Mit der Ableugnung durch Wulle kann die Sache nicht erledigt sein. Der Staatsanwalt hat die Pflicht, die Zusammenhänge ohne Rücksicht auf die Abgeordneteneigenschaft von Wulle und Genossen peinlich zu untersuchen. Es kommt nicht darauf an, nur die mehr oder weniger intellektuell angekränkelten Ausfühler als vielmehr die Anstifter und Begünstiger der politischen Morde endlich einmal zu ermitteln und vor Gericht zu stellen!

dem sachlichen Inhalt seiner Schriften, die übrigens nicht sozialpolitischer Natur sind, erklärt jedoch, daß er nach Kenntnis des wahren Sachverhalts bei der Finanzierung der Schriften dem Verlage gegenüber die notwendigen Konsequenzen ziehen wird.

## Vertagung des Reichstags.

Der Reichstagsrat des Reichstages ist für Donnerstag 11 1/2 Uhr einberufen worden, um über die Vertagung des Reichstages zu beschließen.

## Fluchtversuch der Fememörder.

Ueberraschung im Landberger Gefängnis.

Landberg a. d. W., 16. Dezember (Eigener Drahtbericht.) Die im hiesigen Landgerichtsgefängnis inhaftierten Mitglieder der „Schwarzen Reichswehr“ Schulz, Klapproth, Giesler und Schieber, die im Verdacht stehen, in die Fememordaffären verwickelt zu sein, versuchten in der Nacht von Montag zu Dienstag mit Hilfe zweier Strafgefangener, denen sie 3000 M. versprochen hatten, auszubrechen. Die Strafgefangenen überfielen den Aufseher, um ihm die Schlüssel zu entreißen. Nur dem Dazwischentreten eines Kaskadators, der die Gefängnisbeamten alarmierte, ist es zu verdanken, daß der Anschlag mißlang. Man nimmt an, daß Schulz und Genossen den Plan vorher sorgfältig ausgearbeitet haben und stellt Nachforschungen darüber an, ob nicht etwa Helfershelfer außerhalb der Anstalt die Hand im Spiel haben.

## Gefängnisstrafe für Streicher.

Das Ende eines völkischen Verleumdungsfeldzugs.

München, 18. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Seit Wochen wurde vor dem Landgericht Nürnberg als Bauinspektionsrat für die Beleidigungsklage des Oberbürgermeisters Luppe gegen Julius Streicher, dem wütendsten Antisemiten und Nationalsozialisten Bayerns, verhandelt. Streicher, Stadtrat und Volksschullehrer in Nürnberg, ist auch Mitglied des bayrischen Landtages und führte seit 1 1/2 Jahren im Schutz seiner Immunität einen wüsten und berüchtigt gewordenen Verleumdungsfeldzug gegen den Oberbürgermeister Luppe, und zwar in seiner Wochenschrift „Der Stürmer“. Am Mittwoch nachmittag wurde nun das Urteil gefällt. Es lautet wegen fortgesetzten Vergehens der üblen Nachrede auf zwei Monate Gefängnis und Tragung der Kosten. Der Staatsanwalt hatte sechs Monate Gefängnis beantragt. Da die Strafverfolgung Streichers vom Landtag gestattet wurde, dürfte voraussichtlich die Strafvollstreckung ermöglicht werden. Streicher wurde auch in anderen Prozessen wegen übler Nachrede und Verleumdungen zu insgesamt drei Monaten Gefängnis verurteilt. Diese Verfahren schweben aber gegenwärtig noch vor dem Berufungsgericht.

# Gewerkschaftsbewegung

## Noch kein Schlichter im Reichsbahnkonflikt.

Die Absichten der Reichsbahngesellschaft.

Wie wir bereits mitgeteilt haben, ist in den Verhandlungen zwischen den Tarifgemeinschaften und der Reichsbahngesellschaft das Reichsarbeitsministerium als oberste Schlichtungsinstanz angerufen worden. Auch die Reichsbahngesellschaft hat den Reichsarbeitsminister angerufen, und zwar wünschte sie, daß der vom Reichsarbeitsminister zu bestellende Schlichter sich mit einer Reihe von Paragraphen befaßt, deren Regelung seit dem letzten Abkommen in der Schwebe ist. Es erscheint uns allerdings sehr zweifelhaft, ob die Reichsbahngesellschaft mit ihrer Auffassung in dieser Frage die nötige Rechtsgrundlage hat.

Wie dem aber auch sein mag, eines steht fest: die äußerste Dringlichkeit einer allgemeinen Lohnregelung. Wie erinnerlich, ist während des letzten Schlichtungsverfahrens von dem Schlichter selbst die Notwendigkeit einer allgemeinen Erhöhung der Eisenbahnerlöhne anerkannt worden. Er hat nur Abstand genommen, einen dahingehenden Schiedsspruch zu fällen, weil die berühmte Preisfestsatzaktion der Reichsregierung im Gange war und das Ergebnis dieser Preisfestsatzaktion abgewartet werden sollte.

Wir sind der Meinung, daß nun lange genug gewartet worden ist! Wenn die Reichsbahngesellschaft erklärt, daß sie bereit wäre, die Arbeiterlöhne der Eisenbahner dort auszugleichen, wo sie unter den Industrielöhnen stehen, dann ist zunächst daran zu erinnern, daß die Reichsbahngesellschaft eine gleiche Erklärung vor dem letzten Schiedsverfahren abgegeben hat, sich aber dann weigerte, den Schiedsspruch zu erfüllen. Die berühmte Angleichung an die Industrielöhne empfanden schon deshalb die Eisenbahner wie eine Verhöhnung ihrer Notlage.

Seit der letzten allgemeinen Lohnregelung bei der Reichsbahn sind die Löhne der Industriearbeiter allgemein nicht unerheblich gestiegen. Freilich sind auch die Lebenshaltungskosten gestiegen. Wenn die Reichsbahngesellschaft sich nun heute noch weigert, die Eisenbahnerlöhne zu erhöhen, so kann man das vom Standpunkt der Mitglieder des Verwaltungsrats verstehen. Die Herren wollen die Eisenbahner auch weiter als Lohndrückergarde gegenüber den Forderungen der Industriearbeiter ins Feld führen.

Die Reichsbahngesellschaft scheint außerdem die bescheidenen Lohnforderungen der Eisenbahner benutzen zu wollen, um mit deren Hilfe eine neue Tarifierhöhung durchzuführen, bei der sie, genau so wie bei der letzten Tarifierhöhung im Mai, ein Geschäft machen würde. Man will also die Eisenbahnerlöhne weiter auf dem unumgänglichen Hungerniveau belassen, mit Hilfe der Abbauschraube jeden Widerstand ersticken, gleichzeitig aber die Forderungen der Eisenbahner zu einer Tarifierhöhung benutzen.

Diesem triptolen Spiel muß ein Ende gemacht werden. Es ist hohe Zeit, einen Schlichter zu ernennen und Schlichtungsverhandlungen anzusehen. Oder glaubt man im Reichsarbeitsministerium, daß der Winter den Eisenbahner das Warten erleichtert? Sollen etwa die Kinder der Eisenbahner schwarze Weihnächten erleben?

## Die Not steigt.

### Stilllegungen, Entlassungen, „Weihnachtsferien“.

Berlin, 16. Dezember. (W.B.) Kündigungen im Staatsbergbau. Die angekündigten weiteren starken Betriebs einsparungen im Staatsbergbau werden am 1. Januar Wirklichkeit werden. Auf Zeche Bergmannsglad ist etwa 1400 Bergleuten zum 1. Januar gekündigt worden, von denen etwa ein Drittel auf Welterhalt beschäftigt werden wird. Auf Welterhalt werden rund 600 entlassen. Auf den Roeder-Schächten bei Glödebeck ist etwa 115 Rotteilarbeiter gekündigt worden, von denen 20 im Grubenbetriebe beschäftigt werden sollen. Auf Zeche Scholven werden 60 Bergleute entlassen.

## Stilllegungen wegen angeblicher Unrentabilität.

Köln, 16. Dezember. (W.B.) Zu den Zechen, die demnächst stillgelegt werden sollen, gehören auch die Zechen „Raffin“ (Buderus) und „Berne“ (Klödner). In einer Versammlung, die Mittel und Wege zu finden suchte, um im Interesse der 2400 Mann starken Belegschaft die Stilllegung von „Raffin“ um wenigstens 3 Monate, d. h. bis zum Frühjahr, hinauszuschieben, teilte die Verwaltung der Buderuschen Eisenwerke mit, daß die Zeche einen monatlichen Zuschuß von über 150 000 M. erfordere.

In Belegschaftsversammlungen der Zeche „Berne“ teilten die Obleute des Betriebsrates mit, daß nach Angabe der Klödner-Berte vor dem Demobilisationskommissar die Zeche „Berne“ in den letzten Monaten eine Zubuße von durchschnittlich 100 000 M. gefordert habe. Da die letzte Lohnhöhung von rund 6 Proz. auch noch etwa 20 000 M. monatlich ausmache, betrage der monatliche Zuschuß 120 000 M. Da die Zeche dies auf die Dauer nicht ertragen könne, sollen die Schachtanlagen 1 und 2 abschnittsweise stillgelegt werden, und es ist am 15. Dezember zum 1. Januar 2500 Arbeitern gekündigt worden.

Diese Angaben wegen Unrentabilität bedürfen sehr der Nachprüfung. Es müßte vor allem nachgeprüft werden, ob nicht Stillgelegt wird, um die Kohlenpreise in die Höhe zu treiben.

Köln, 16. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Die Zahl der Erwerbslosen ist in Köln in der laufenden Woche wieder um etwa 3000 gestiegen, so daß gegenwärtig insgesamt 33 000 Erwerbslose vorhanden sind. Von Tag zu Tag erhöht sich diese Zahl infolge Entlassungen und Betriebsstilllegungen. Die Kölner Stadtverwaltung hat bereits seit einigen Wochen dringende Ratsuche an die Reichs- und Staatsregierung gerichtet, damit ihr wenigstens Darlehen zur Ausführung von Notstandsarbeiten gewährt werden. Bisher sind diese Gesuche abgelehnt worden. Am Donnerstag steht in der Kölner Stadterordnetenversammlung ein sozialdemokratischer Antrag zur Beratung, der schnellste Hilfe für die Erwerbslosen fordert. Wenn die Krise in dem gegenwärtigen Tempo fortschreitet, sind Verzweiflungsausbrüche unausbleiblich.

Im Bereich des Arbeitsnachweises Bonn ist die Zahl der Erwerbslosen innerhalb der letzten vier Wochen um das Vierfache gestiegen.

In einer Versammlung der München-Bladbacher Metallindustriellen wurde bekanntgegeben, daß dort gegenwärtig 82 Proz. der Arbeiter kurz arbeiten.

## Lohnverhandlungen im Reichsfinanzministerium. Notstandsbeihilfe für Reichsarbeiter.

Heute vormittag finden im Reichsfinanzministerium Verhandlungen mit den Tarifgewerkschaften wegen der Uebertragung der Notstandsbeihilfe, die der Reichstag für die Beamten beschlossen hat, auf die Arbeiter der Reichsbetriebe statt. Die Verhandlungen finden auch gleichzeitig für die Arbeiter der Reichspost und der Reichswasserstraßenverwaltung statt.

## Herr von Borfig bestätigt.

Unter dieser Ueberschrift veröffentlicht der „Deutsche“ über die Korruptionsaffäre der Vereinigung des Deutschen Arbeitgeberverbandes folgende Notiz:

Wir haben uns unlängst veranlaßt gesehen, gegen die unlaute Politik der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände Stellung zu nehmen. Die von uns erhobenen Vorwürfe finden nun in einem Entgegenschreiben des Herrn von Borfig ihre Bestätigung. Wir haben damals die sehr trübe Angelegenheit zuerst aufgedeckt und freuen uns, daß wir durch die Gegenüberstellung des Herrn von Borfig einer Klärung näher kommen, wenn auch Herr von Borfig noch versucht, mit schönen Worten häßliche Dinge zu verhüllen. Die christlich-nationale Arbeitnehmerbewegung strebt für Ehrlichkeit und Reinlichkeit in allen Fällen, deshalb ist für sie die Angelegenheit mit der Erklärung Herrn von Borfigs noch nicht erledigt.

Wie groß auch die Differenzen sein mögen, die uns von den christlichen Gewerkschaften trennen, als Gewerkschaften haben wir alle das gemeinsame Interesse, daß die Unabhängigkeit und Reinheit der Arbeiterbewegung unangefastet bleibt. Daß die Korruptionsverfälschung der Vereinigung gerade beim Zentralverband

der Landarbeiter Erfolg hatten, übertrifft keineswegs. Nicht leichtfertig haben wir uns hier wiederholt mit den Organisationsmethoden des christlichen Landarbeitervereins beschäftigt.

## Auswärtiges Amt und Tarifrecht.

In unserer Morgenausgabe vom 12. Dezember veröffentlichten wir eine Zuschrift des Zentralverbandes der Angestellten, die sich mit der vertragswidrigen Bezahlung der Angestellten der „Industrie- und Handelszeitung“ beschäftigt. Es wurde insbesondere behauptet, daß die Kündigung der Angestellten anfänglich des Verkaufs des Blattes dazu benutzt wurde, um die Gehälter der Angestellten zu drücken, und zwar derart, daß sie wesentlich hinter den für verbindlich erklärten Tariflöhnen zurückblieben.

Auf Wunsch des Verlags der „I. u. H.“ haben wir in Gegenwart eines Vertreters des ZbA. die Angaben nachgeprüft. Wir haben festgestellt, daß die uns hzu. dem ZbA. gemachten Angaben unrichtig sind. Es sind keinerlei Gehaltskürzungen vorgenommen worden, und die gezahlten Gehälter entsprechen durchaus den Tariflöhnen des Zeitungsgewerbes, die allerdings außerordentlich niedrig sind. Die falschen Angaben, die wir zu unserem Bedauern veröffentlichten, scheinen zurückzuführen zu sein auf Gerüchte und Befürchtungen, die unter den Angestellten anfänglich der Ueberführung in den neuen Betrieb entstanden sind.

## Das Schiedsverfahren im Bankgewerbe.

Am Mittwoch fanden im Reichsarbeitsministerium die Vorbereitungen zur Durchführung des Schiedsverfahrens im Bankgewerbe statt. Die Angestelltenverbände forderten den Vorsitz des Schiedsgerichts noch vor Weihnachten. Das Reichsarbeitsministerium sagte zu, dieser Forderung nach Möglichkeit zu entsprechen. Die Verhandlungen dürften deshalb voraussichtlich Anfang der kommenden Woche stattfinden.

## Schwierige Lage im Buchdruckgewerbe?

Berlin, 16. Dezember. (W.B.) Der deutsche Buchdruckerverein teilt mit: Das im deutschen Buchdruckeramt vorgelegene zentrale Schlichtungsamt lehnte durch Schiedsspruch den Arbeitnehmerantrag auf Lohnherabsetzung unter Hinweis auf die schwierige Lage der Gesamtwirtschaft ab.

Wenn ein Gewerbe heute noch über eine gute Geschäftslage berichten kann, so ist es das Buchdruckgewerbe. „Die schwierige Lage der Gesamtwirtschaft“ ist nur eine gefuchte und willkommene Ausrede.

## Protest der christlichen Arbeiter.

Köln, 16. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Die christlich organisierten Bauarbeiter Kölns haben in einer fast bedäunenden Versammlung gegen die Regelung der Erwerbslosenunterstützungsgelder, die im Reichstag mit Hilfe der Zentrumsdarsteller beschlossen wurden, protestiert und ihre Organisation beauftragt, so schnell als möglich im Reichstag neue Anträge auf Erhöhung der Erwerbslosenunterstützungsgelder einzulegen.

## Arbeitslosendemonstration in Warschau.

Warschau, 15. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Am Montag kam es in Warschau vor dem Parlamentsgebäude wieder zu einer Arbeitlosenkundgebung. Die Demonstranten wurden von der Polizei zerstreut. Es gelang ihnen zum Teil trotzdem in den Sejm einzudringen und dort dem Sejmarschall die Forderungen der Arbeitlosen zu unterbreiten.

**Hilfschriften.** Bezirk Wetzlar (Gehobener, Wedding, Mosel). Seite 24. Nr. 10. Ulrich, Wilhelm. Die Arbeiter. Eine wichtige Aufklärung aller Genossen der Aktion. Wetzlar. Arbeitervereinsrat. Der Wetzlarer Arbeiterverein. Seite 24. Nr. 10. Ulrich, Wilhelm. Die Arbeiter. Eine wichtige Aufklärung aller Genossen der Aktion. Wetzlar. Arbeitervereinsrat. Der Wetzlarer Arbeiterverein.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Fritz Eschenburg; Gemeindefragen: A. Steiner; Kultur: A. G. Köhler; Politik: A. G. Köhler; Kultur: A. G. Köhler; Politik: A. G. Köhler; Kultur: A. G. Köhler.



# Großer Weihnachts-Verkauf

<b>Hausjoppe</b> aus haltbarem Stoff, Schalform mit Verschnürung ..... <b>12.50</b>	<b>Schlupfbeckkleider</b> für Damen, mit geraubtem Futter... <b>2.25</b>	<b>Damenwäsche</b>	<b>Hauskleiderstoffe</b> meliert, schmal gestr., Mtr. <b>1.45</b>
<b>Hausjoppe</b> aus Flauchstoff, in verschied. Farben, Schalform..... <b>19.00</b>	<b>Herren-Beinkleider</b> wollgemischt, in 4 Größ. <b>2.75</b>	<b>Taghemd</b> mit Ansatz und Hohlbaum ..... <b>1.65</b>	<b>Reinw. Schottenstoffe</b> in aparten Farben, Mtr. <b>2.50</b>
<b>Schlafrock</b> aus vorzüglichem Flauchstoff, in vielen Farben ..... <b>48.00</b>	<b>Herren-Hemden weiß</b> Trikot m. gestreift. Einsätz. <b>2.90</b>	<b>Taghemd</b> 3-Stückerei Einsatz und Ansatz .... <b>2.90</b>	<b>Reinwoll. Popeline</b> vorzügl. Zwirnqualität, in neuen Farben ..... Mtr. <b>2.65</b>
<b>Knaben-Anzug</b> gute Qualität, in verschiedenen Formen Serie I <b>19.50</b> Serie II <b>11.00</b> Mtr. 41. Mtr. 30.	<b>Sportwesten</b> für Damen, Woll, Jacquard... <b>13.50</b>	<b>Nachthemd</b> mit Stickerei Einsatz und Langfalten ..... <b>4.50</b>	<b>Shantung</b> Nachahmung gestreift Kunstseide für Busen und Kleider 80 cm. Mtr. <b>3.80</b>
<b>Farbiges Oberhemd</b> gestreift Perkal mit Kragen und Klappmanschetten .... <b>3.90</b>	<b>Morgenröcke</b>	<b>Beinkleid</b> mit Ansatz <b>1.85</b>	<b>Duchesse-Mousseline</b> Reinseide, vorzügliche Kleiderware, schwarz oder farbig, 65 cm ..... Mtr. <b>5.90</b>
<b>Weißes Oberhemd</b> mit Pique-Einsatz u. festen Manschetten gewaschen und geplättet ..... <b>6.50</b>	<b>Morgenrock</b> Flauchstoff, mit farbigem Blende <b>4.90</b>	<b>Nachtjacke</b> Barchent mit Stickerei-Ansatz... <b>5.75</b>	<b>Köper-Velvet</b> gerippt, in vielen Farben, 70 cm ..... Mtr. <b>3.90</b>
<b>Tischlampe</b> aus Holz in Künstlerfarben mit bunt. Schirm, Zuleitung und Stecker. <b>3.90</b>	<b>Morgenrock</b> Flauchstoff, reich bestickt... <b>6.75</b>	<b>Einzelne Tischtücher</b> geblickt, Jacquard, Halbleinen 130x160cm <b>5.95</b>	<b>Taschentücher</b> in Geschenk-Karton-Aufmachung <b>Damentücher</b> weiß Batist, mit Feston u. reicher Lochstickerei-Ecke .. 6 Stück <b>1.15</b>
<b>Worpsweder Sessel</b> Eiche gebeizt ..... <b>21.00</b>	<b>Morgenrock</b> aus Flauchstoff mit wollener Decke, bestickt ..... <b>14.75</b>	<b>Stubenhandtücher</b> geblickt, Halbleinen, Gerstenkorn m. Jacquard-Kante, 48x100 <b>0.95</b>	<b>Herrentücher</b> weiß Batist mit 2 1/2 cm breitem Hohlbaum..... 6 Stück <b>2.95</b>
<b>Satteltisch</b> Eiche gebeizt, 3teilig <b>27.00</b> 4teilig <b>36.00</b>	<b>Morgenrock</b> aus vorzüglichem Ripp-Samt in vielen Farben ..... <b>29.00</b>	<b>Küchenhandtücher</b> Reinleinen, Militärqual. m. roter Kante 48x100 cm <b>1.00</b>	<b>Beschustasche</b> mit Griff und Randverzierung <b>3.25</b>
<b>Damenhandschuhe</b> Leder-nachahmung, ganz gefüttert, 2 Druckknöpfe... <b>1.90</b>	<b>Seidener Morgenrock</b> gesteppt, auf Seidenfutter..... <b>69.00</b>	<b>Wischtücher</b> Reinleinen, weiß mit Kante oder rot kariert 60x <b>0.95</b> 60x <b>0.70</b> 75 cm	<b>Kupee-Koffer</b> Hartplatte, m. Vulkanisier-Ecken u. Deckelschiene, Lg. 65 cm <b>5.90</b>
<b>Herrenhandschuhe</b> Reinwolle, gestrickt, einfarbig, m. buntem big Manschette <b>1.90</b>	<b>Deutsche Teppiche</b> zu extra billigen Preisen	<b>Marke Schiras</b> vorzügliche Axminster-Teppiche 170x <b>69.-</b> 203x <b>96.-</b> 240x <b>125.-</b> 300x <b>190.-</b> 253x <b>143.-</b> 300x <b>198.-</b> 350x	<b>Lampenschirm-Gestelle</b> f. Gas u. elektr. Lampen 40 cm Durchmesser ... <b>1.35</b>
<b>Krawatten</b> Selbstbinder in vielen Mustern ..... <b>0.90</b>	<b>Mottled-Vorleger</b> schwarze Woll-lisch-Qualität 93x <b>8.75</b> 60x <b>4.50</b> 135x	<b>Marke Mesched</b> durchgewebte Tournay-Velours-Teppiche 170x <b>125.-</b> 203x <b>190.-</b> 240x <b>278.-</b> 300x <b>330.-</b> 350cm	<b>Japoneside</b> für Lampenschirme, 90 cm breit..... Mtr. <b>3.90</b>
<b>Reinseid. Krawatten</b> Selbstbinder in viel. Farben <b>1.75</b>	<b>Herren-Hut</b> Haarfilz in modernen Farben <b>5.90</b>	<b>Chinesische Ziegenfelle</b> grau, walort, gefüttert 60x <b>12.50</b> 50x <b>7.50</b> 100x	<b>Chenillefranse</b> 15 cm lang..... Mtr. <b>2.70</b>

**Schlafrock** aus dunkel-farb. Flauchstoff, Schalform mit Verschnürung, wie Abbildung **19.00**

**Klubssessel** wie Abbildung, Mit Stoffbezug, Aus Rindleder. **84.00** **144.00**

**Tischlampe** aus Holz in Künstlerfarben mit bunt. Schirm, Zuleitung und Stecker, ähnlich wie Abbildung **8.75**

**BERLIN C SPANDAUER STR. 10 KÖNIGSTRASSE 11-14**

Besonderer Eingang zum Möbelhaus Königstr. 7 / Sonntag, den 20. Dez., von 2-6 Uhr geöffnet

Lehrer.



Draußen in der Fröbelstraße liegt das städtische Obdach. Mander von uns wird schon an dem nüchternen, festen Ziegelbau vorübergegangen sein — einer oder der andere kennt ihn vielleicht von innen. Und wenn er gezungen war, einmal als „Gast“ der Stadt in einem dieser Schlafäle zu schlafen, dann wird der Gedanke an das Äußere ihm vielleicht der schlimmste Schrecken der Großstadt bleiben. — Seit März aber umschließt das Äußere eine Dase: die Säuglings- und Kinderstation des städtischen Obdachs. Selbst Sanft Bureauarbeits kann nicht völlig verhindern, daß hier schüchtern zwei Pflänzchen keimen, die dem „Obdach“ nach seinem Willen gewöhnlich weienfremd bleiben: Traulichkeit und Freude.

Die Kinderstation.

Bis zur Gründung der Kinderstation hielten die obdachlosen Kinder bei ihren Müttern. Sie teilten mit ihnen den Schlafsaal im Familienobdach, sie teilten mit ihnen den Tag: oft voll Arbeit, aber oft genug auch voll Leichtigkeit; lernten an den Strohneden die große Gemeinschaft der Elenden kennen, lernten ihre Sprache, lernten betteln und vielleicht schlimmeres. Schließlich mußte man die Kinder nachts von den Müttern trennen, der unruhige Schlaf der Kleinen raubte den arbeitenden Müttern die notwendige Nachtruhe, und Kinderzank und Parteinahme der Mütter verwandelten die Schlafäle zum Kriegslager. Nun sehen die Kinder auf der Kinderstation. Gelangweilt, unbeschäftigt, zornig und verkürrt, wie eine Herde heimloser, hungriger Hunde, die Verzweiflung der Schwestern. So bedingte dieser erste Fortschritt den zweiten: die Kinder mußten auch während der schulfreien Stunden geteilt und beaufsichtigt werden. Der Fröbelverein übernahm diese Arbeit; jetzt sind draussen drei von der Stadt besoldete, drei vom Fröbelhause geschickte Kindergärtnerinnen tätig. Und mit sanftmütiger Zähigkeit wird Sanft Bureauarbeits eine Konzession nach der anderen abgerungen. Eine Nacht muß der Ankömmling in der Quarantäne verbringen; nach überstandener Generalreinigung wird er dem Arzt vorgestellt. Erst wenn er ganz gesund befunden ist, darf er in die Kinderstation aufgenommen werden. Wie mag dem „Neuen“ wohl zumute sein? Aus den Schufterfasernen Ditzelbiens, aus den Wohnlöchern des großstädtischen Proletariats kommen sie her, ungepflegt, körperlich vernachlässigt und oft genug schlümmig verprügelt. Im Schlafsaal wartet auf jeden ein wehgefridenes, lauber bezogenes Bett. Auf dem Wandbrett liegen die Becher zum Mundspülen, davor hängen die Zahnbürsten. Draußen auf dem Flur stehen Waschbeden, im Badeszimmer sind kleine Badewannen — und man darf nicht nur, man muß sogar alle diese Herrlichkeiten benutzen! Im großen Saal, dem Tagesraum der Schulkinder, steht ein Bort mit Büchern. Anderen, Grimm, Hovis — rufen hier auf neue Freunde. Täglich ist Vastellunde. Und in der Ecke des Saales begrenzt eine polierte Wand noch ein besonderes Heiligum: die Geburtstagsede mit den

hübschen kleinen Sesseln, den buntgebedeten Tischen. Hierher darf jedes Geburtstagskind seine kleinen Gäste laden. Noch lustiger sieht es im Raum der Kleinkinder aus. In dem hellgefridenen Zimmer zieht sich in der Mitte der Wand ein bunter Fries. An grüngefridenen Tischen sitzen die Kleinen, malen sabelhaft schöne Bilder (sogar mit Buntstiften!) oder hören den ewig jungen Strumpfpeterlesen zu, die eine Heiferin aus dem schwer lädierten Bilderbuch vorliest. In der Säuglingsstation bleiben die Kinder sogar acht Tag lang im Quarantänezimmer; jedes der kleinen Bettchen ist vom anderen durch müßbezogene Wandstirme getrennt. Besonders die Säuglinge sind, wenn sie mit der Mutter nicht direkt von der Entbindungsanstalt kommen, in jämmerlichem Körperzustand. Schnitterkinder, als überactiges Gepäd mitgeschleppt, nie gebadet, wund, rachitisch, unterernährt — so werden sie von den Müttern hergebracht. Und in zwei, drei Monaten der Winterruhe werden aus ihnen hier fröhliche, rotbackige kleine Rabensengel.

Schattenseiten.

Katzenfisch: auch hier gibt es Schattenseiten. In allen Wohnräumen steht eine warme, aber sehr verbrauchte Luft; das halbgeöffnete Fenster im großen Schlafsaal kann den Luftverbrauch der neununddreißig kleinen Lungen nicht wettmachen. Eine andere Lüftung als durch das Fenster ist nicht möglich. Das Äußere ist ein schon über zwanzig Jahr altes Gebäude, und an diese Bemühung der Räume scheint bei ihrer Erbauung nicht gedacht zu sein. Die großen Kinder haben selbst in der schlechten Jahreszeit immer noch auf dem Schulweg zur Schule in der Christburger Straße Gelegenheiten zum „Luftschoppen“. Die Kleinen aber sind darauf angewiesen, daß die Kindergärtnerinnen bei gutem Wetter mit ihnen den nächsten städtischen Spielplatz aufsuchen. Und die Kleiden, die Schuhe, sind oft so abgerissen, daß es schon sehr gutes Wetter sein muß, damit man den Kleinen die Spielstunde draussen verpassen kann. Eng sind die Höfe des Gebäudekomplexes. Ob es aber nicht möglich wäre, bei dem benachbarten „Siechenhaus“ eine kleine Gartenanlage zu machen, um den Kindern eine Spielstunde im Freien täglich zu ermöglichen? Ob nicht, im schlimmsten Fall, ein Dachgarten den Kindern und den Säuglingen den bitter notwendigen Luftstrom verschaffen könnte? Freilich stößt jede Forderung auf den Himmel: „Wir sind ein Obdach, kein Kinderheim.“ Aber trotzdem wurde es schon erreicht, daß einige der Schlafäle nicht mehr das schmujige Gelb oder Grau des Lufttriches ausweisen. Hellblau und rosa prangen zwei Schlafäle der Mädchen, bunt zieht sich der Biberfries um das Zimmer der Kleinen, einige bunte Winterostern stehen auf dem Tisch in der Schulküche. Die Kost wird schon etwas den Bedürfnissen der Kinder angepaßt. Freilich erhalten sie noch

kein Stückchen Obst, trotzdem die städtischen Güter viele Zentner Äpfel hervorbringen; und trotz einigermaßen guten Materials scheint das Essen an dem hergebrachten Uebel aller solchen Anstaltskost zu leiden: der üblichen unorgfältigen Kocherei. „Ich möchte doch wieder raus. In dem ollen Spinal sind immer Haare,“ vertraute mir ein fünfjähriger Steppel an. Aber sonst scheinen die Kinder der Stadt sich in dem Hotel der Stadt Berlin ganz wohl zu fühlen. Die meisten sind keine Berliner Kinder. Von den 127 kleinen Gästen stammt die größere Hälfte von auswärts; es sind zumest Landarbeiterkinder, deren Eltern hier ins Winterquartier gingen. Die Kinder bleiben oft mehrere Monate hier. Einzelne sind schon über ein Jahr im Obdach. Und mit Bedauern denkt man daran, in welche Verhältnisse diese gutgehaltenen, gutgezogenen Kinder wieder kommen werden, wenn die Eltern Arbeit und Wohnung gefunden haben werden. Sicher kann das Obdach, kann kein Kinderheim den Kindern die Familie ersetzen — wenn diese Familie die Möglichkeit hat, menschenwürdig zu hausen. Wer aber die Lebensverhältnisse des Proletariats kennt, der denkt daran, welche Verteidigung der „staatlichen Erziehung“, der „familienzerrörenden Tendenzen“ des Sozialismus hier dieses Kinderobdach ist. Ist das noch ein Heim, das ungesunde Loch, in dem das Proletariatskind großwachsen muß? Vater und Mutter gehen, wenn sie Glück haben, auf Arbeit. Die Straße ist die Mutter der Kinder — und sie ist eine harte, eine lieblose Mutter. „Für mir is es schon besser, daß wir hier sind,“ erzählt mir ein kleiner Braunschweiger; „ich lerne hier doch mehr.“

Und aller Freiheitsbrang der Kinder der Stadt hält immer wieder vor dieser Schranke. Wenn Mutter raustommt — ach, dann ist für viele die gute Zeit vorbei: dann verlieren sie das „Obdach“.



Im Waschraum der Kleinen.

um ein „Heim“ einzutauschen, das keine Heimat mehr sein kann. Und mehr wie einem wird die Dase seiner Kindheitserinnerung der weiße, saubere Schlafsaal im Äußere, die unermüdlische Geduld der blonden Kindergärtnerin, das Weihnachtspiel der Wandervogel im Obdachlofenapf sein. Mit unermüdlischen Händen bauen Schwestern, Arzt und Kindergärtnerinnen in der Fröbelstraße an dem Damm, der ihre jungen Reinschenspflanzen vor den grauen Wassern des Elends schützen soll.

Die Passion.

Roman von Clara Viebig.

44] Eva wählte lange aus: was sollte sie anziehen, ihr Schwarzes von der Trauer her, oder das Karierie, das sie noch von Billy hatte? Aber als sie dann, im hellen Frühlingslicht vor der bestrahlten Villa stehend, an sich heruntersah, kam ihr das karierte Kleid doch schon recht vertragen vor und vor allem ausgewachsen. Das machte sie verlegen. Und es machte sie noch verlegener, als das feine Hausmädchen mit dem weißen Häubchen und der weißen Schürze sagte: „Die anädige Frau hat gerade Besuch. Aber Sie sollen nur warten. Sie weiß, daß Sie kommen.“ Und die Verlegenheit wollte nicht weichen. Das war noch dieselbe gütige Frau mit demselben lieben Näschen; aber der Eva, die jetzt in der Küche schiefte, die Fenster putzte und die Preßkohlens heranschiepte, kam sie jetzt so vornehm vor, daß sie sich nicht recht getraute. Frau Vessel selber fand auch nicht gleich den rechten Ton. Sie hatte Eva so zierlich in Erinnerung, ganz wie ein Kind aus gutem Hause, und nun sah hier ein Mädchen im vertragenen Kleid, das Hände hatte wie ein Dienstmädchen, überhaupt wirkte wie ein solches. Wenn das die arme Willowski wüßte! Hatte Eva es denn gut beim Onkel? Sie fragte, aber Eva war verschwiegen; dazu hatte sie zuviel Stolz, um den Bruder ihrer Mutter, die eigene Familie schlecht zu machen. Eva blieb nach Tisch sich selber überlassen, denn Billy war in Pension in der französischen Schweiz. Sie schlenderte durch den Garten, sah alles wieder und war doch nicht glücklich in diesem Wiedersehen. Waren das noch dieselben Kiebsbestreuten, sonnebeglänzten Wege, dieselben krausästigen Kiefern, deren Duft sie eingeatmet, dieselben kleinen Beete, vor denen sie gekniet und den Blumen ins lachende Herz geschaut hatte? Auch das war nicht mehr so wie damals. „Ach, Mutter, meine Mutter!“ Als Frau Vessel nach ihrer Mittagsruhe sich wieder Evas annahm und man Kaffee trank, kam es ihr vor, als seien des Mädchens Augen verweint. Das arme Ding, ihm mochten Erinnerungen gekommen sein! Als Eva zuletzt hier gewesen war, da lebte ihre Mutter ja noch, und bei dem Onkel schien sie es nicht besonders gut zu haben. Sie wurde augenschein-

lich da stark ausgenutzt. Aber vorderhand war Eva ja noch viel zu jung, um ihr irgendwo eine Dienststelle zu verschaffen; man mußte froh sein, daß sie einstweilen untergebracht war. Eva wurde nach und nach gesprächiger, etwas von der alten Vertraulichkeit, mit der sie sich Frau Vessel an den Arm gehängt hatte, wurde wieder wach. Sie erzählte von ihrer Mutter, auch von dem Stiefvater; ihre lichtbraunen Augen wurden ganz dunkel, als sie von dem sprach. Und die blieben so dunkel, als sie von der Tante Ella sprach. Das mußte ja eine widerwärtige Person sein! Frau Vessel fühlte lebhafteste Empörung. Sie sah Eva mitleidig an, aber doch hoffte sie, daß die nun bald gehen würde — was sollte sie noch länger mit ihr? Die Unterhaltung wurde auf die Dauer schwierig. „Du mußt nun wohl ans Nachhausegehen denken,“ sagte sie, als es dunkelte. „Ach, noch ein bißchen,“ sagte Eva, „nur noch eine Viertelstunde!“ Es klang so bittend, daß Frau Vessel noch geduldig ausharrte. Für Eva schien das hier wirklich ein Labfal, eine Erlösung. „Du kannst ja wiederkommen,“ sagte sie zum Schluß der noch immer Jögernden. „Laß dich wieder einmal sehen; aber frage vorher an. Und wenn es bei der Tante einmal gar nicht mehr gehen sollte, dann laß es mich wissen, dann werde ich schon sehen. Laß mich immer wissen, wie es dir geht.“ Eva hielt ihr heißgewordenes, erregtes Gesicht empor, sie wollte geküßt sein. Da das aber nicht geschah, küßte sie in scheuer Zärtlichkeit und doch mit noch kindlichem Ungestüm die glatte Wange. Die Dame mußte es leiden, sie hatte nicht das Herz, sich dieser Zärtlichkeit zu entziehen. Reich beschenkt war Eva von Frau Vessel nach Hause gekommen. Ganz befriedigt packte Frau Ella das Paket aus: feine Strümpfe, noch ganz gute Schuhe, ein beigefarbenes Kleid, mit Seide ausgeputzt, Taschentücher, allerlei Bänder und Kräftelchen, und nun noch ein perlenbestickter Beutel. Der freute Eva am meisten, denn den hatte sie oft an Frau Vessels Arm gesehen. Aber: „Der ist nichts für dich,“ sagte die Tante, „den kannst du gar nicht gebrauchen. Der ist was fürs Theater und wenn man sonst ausgeht. Den kriegt Irma.“ Und Irma zog vergnügt damit ab. Eva hatte sich erst wehren wollen: das war Frau Vessels Pompadour, den hatte die ihr, geschenkt! Aber dann prekte sie die Lippen zusammen: mochten sie ihn denn nehmen. Das Beste, was ihr Frau Vessel gegeben hatte, was ihr wie eine Verheißung klang, sie getrost machte, das: „Wenn es nicht mehr geht, dann werde ich schon

sehen; laß mich immer wissen, wie es dir geht“ — dies Schönste konnten sie ihr doch nicht nehmen. 16. Wer eine Hoffnung hat, kann nie ganz unglücklich werden, und Eva hatte eine Hoffnung. Sie hoffte auf Frau Vessel. Ob der Onkel wohl an die geschriebene hatte? Sie hatte ihn, als er sie hier besuchte, darum gebeten. „Laß mich immer wissen, wie es dir geht“ und „Ich werde dann schon sehen,“ daran dachte sie immerfort. Eva lag in der Charité. Auf der inneren Station. In dem großen Saal, in dem noch vierzig andere Frauen und Mädchen lagen. Draußen ging der Sommer seinen Weg, durch die geöffneten Fenster des großen Saales drang heiße Luft, nur ab und zu mochte ein stärkerer Windzug daran, daß es bald Spätsommer sein würde. Eva lag hier schon acht Wochen. Sie war plötzlich krank geworden, so krank, daß Willowski, der sehr erschrocken war, als man sie eines Morgens bewußlos auf dem Boden in der Küche liegend fand, seine Frau anließ: „Du hast sie zu sehr angestrengt.“ Das ließ Frau Ella aber nicht gelten. „Daß sie angestrengt?! Krank ist sie durch und durch. Das habe ich immer gewußt. Wenn die nicht bei uns des realen Essen gehabt hätte, und daß man so auf sie aufpakte, läge die 's ganze Jahr im Krankenhaus. Sieh sie doch mal an, ganz gelb ist sie.“ Willowski ging seit seinem letzten Besuch in der Charité herum mit gerunzelter Stirn. Sehr verstimmt war er wiedergekommen; er hatte den Arzt gesprochen, einen noch jungen Arzt. Der schien aber sehr tüchtig; die Krankenschwestern sprachen von ihm mit großem Respekt. „Nierenbluten hat sie momentan,“ sagte ihm Evas Schwester Johanna, eine hübsche junge Person, die blühend ausah in ihrem gestreiften Waschkleid und der weißen Kopfbedeckung. Willowski hatte sie höflich befragt, denn Eva wußte eigentlich nicht, was ihr fehlte, sie klagte nur über die große Schwäche. „Starke Nierenblutungen und Gelbfucht. Und sonst auch noch allerlei. Aber wenn Sie der Onkel sind, dann fragen Sie doch unseren Chef selber. Der hat viel Interesse für den Fall.“ Und das hatte Willowski denn auch getan. Aber er erzählte seiner Frau nichts Näheres darüber. — Neben Eva lag ein junges Mädchen, Wanda hieß das. Die beiden sprachen miteinander, denn die Betten standen so dicht, daß man leise sprechen konnte und sich doch verstand. (Fortsetzung folgt.)

## Die Deckungsvorlage.

### Da haben wir die Befehrer!

Der Magistrat ist nach in seiner gestrigen Sitzung zu einer Entscheidung über die Deckungsvorlage gelangt und hat einen Beschluss gefasst, über den das städtische Nachrichtenamt meldet:

Bekanntlich wird das laufende Rechnungsjahr mit einem Festbetrag von vierundzwanzig bis fünfundzwanzig Millionen gerechnet, der nur zum Teil aus den Uberschüssen des Vorjahres gedeckt werden kann. Die Flüssigkeit der Stadtkasse ist seit dem Frühjahr ständig zurückgegangen. Für 1926 wird der Fehlbetrag sehr viel höher sein. Der Magistrat hat es bei der allgemeinen Wirtschaftslage nicht für möglich gehalten, eine Erhöhung der Gewerbesteuer zu beantragen. Eine Steuererhöhung erscheint nur bei der Grundvermögenssteuer möglich, die bekanntlich in Berlin bisher weit niedriger ist als in allen übrigen preussischen Großstädten. Hier soll der Steuerfuß von hundert auf einhundertfünfzig Prozent erhöht werden. Das bedeutet eine Steigerung von zwei Pfennigen auf jede Mark Friedenrente. Die Erhöhung bringt für den Rest des Rechnungsjahres eine Mehreinnahme von fünf Millionen Mark. Eine Mieterhöhung wird dadurch nicht bedingt. Neben dieser Steuererhöhung hat der Magistrat eine Steigerung der Ausgaben der Werke beschlossen, die bisher die im Haushalt vorgeesehenen Beträge nicht gebracht haben. Dazu soll der Prozentsatz der Abgabe von fünf Prozent auf acht Prozent erhöht werden, und zwar mit Wirkung vom 1. Januar 1926 ab. Eine Erhöhung der Tarife wird dadurch bei Gas und Wasser nicht erforderlich. Dagegen soll der Elektrizitätstarif erhöht werden, das bis zum Schluss des Rechnungsjahres sich eine Mehreinnahme von vier Millionen ergibt. Für die Straßenbahn ist eine Erhöhung des Tarifs für den Umsteigefahrer vorgesehen. Für die einfache Fahrt soll der Preis unverändert bleiben, dagegen soll für den Umsteigeverkehr der Fahrpreis von bisher fünfzehn auf zwanzig Pfennige erhöht werden, der Kinderfahrpreis ein ebenso von acht auf zehn Pfennige unter Beibehaltung der Umsteigerechtigkeit. Der Mehrertrag ermöglicht die Deckung für die Inangriffnahme der Arbeiten für die U. S. B. Bahn. Wegen der Art der Inangriffnahme und der Beschaffung der dafür weiteren nötigen Mittel wird der Magistrat sofort die Einsetzung einer gemischten Deputation bei der Stadtverordnetenversammlung beantragen.

Wie wir schon gestern sagten, wird der Haushaltsausschuss die Lage des Haushalts sehr eingehend prüfen. Dann erst wird darüber zu reden sein, welche Neueinnahmen nötig sind und wie sie beschafft werden sollen. Nicht der Magistrat hat das letzte Wort, sondern die Stadtverordnetenversammlung.

## Auch ein Opfer der Zeit!

### Amisvergehen über Amisvergehen.

Schlummer als die Sensationen jener Kapitalverbrechen, die von Zeit zu Zeit die großen Schwurgerichte beschäftigen, sind die kleinen menschlichen Tragödien, die sich täglich in den Verhandlungsräumen der Schöffengerichte abspielen. Sie können nicht mit einem Wechselreden verbesserter Gegner einer jungen Republik, nicht, wie man es frohen wieder einmal aus Jugenmund und vor Gericht hören mußte, als „Ergebnisse einer jugelosen Freiheit des Volkes“ abgetan werden. Ihre Gründe liegen tiefer. Es sind und werden noch auf Jahre hinaus sein unheilvolle Folgeerscheinungen des Krieges. Und nur mit solchen haben wir es auch jetzt in der sich erschreckend mehrenden Kriminalität nach bestimmter Richtung hin zu tun. Dem aufmerksamen Beobachter werden jene unsichtbaren Umwälte nicht verborgen bleiben, die manchen Angeklagten, der unter normalen Verhältnissen vielleicht niemals in seinem Leben vor die Schranke des Gerichts getreten wäre, wie entschuldigend und mildernd zur Seite stehen: Folgen des Krieges, — die Not der Zeit!

Von den vielen Amisverbrechen bei der Post — an einem einzigen Tage wurden drei verhandelt — seien nur die näheren Angaben eines Angeklagten über seine Person angeführt. Der Postkassierer H. war 22 Jahre in seinem Amte tätig, dann fiel auch er einer Verführung zum Opfer. Der ganze lange Krieg sah den Angeklagten an der Front. Eine Gasvergiftung, eine Magenkrankheit zerrütteten seine Kräfte. Dann starben ihm im Jahre 1921 die Frau und beide Kinder. Schar Schicksalsschläge, die auch einen gesunden Menschen erschüttern hätten. Im Postamt W. 8 hatte H. die Briefe in ihre Händer zu sortieren. Hierbei entfiel ein Schreiben seinen Händen und glitt zur Erde, wo es mit einem gewissen Klang aufschlug. Und nun kam die alte Geschichte. Der Beamte stellte ein Dreimarkstück fest und — entnahm es dem Brief. Es blieb nicht bei dem einen Fall, H. erbeutete im ganzen nur acht Mark. Sein Geständnis in der Verhandlung war umfassend. Der Staatsanwalt wollte den Angeklagten auf zwei Jahre ins Gefängnis schicken, das Gericht verurteilte ihn zu acht Monaten Gefängnis.

Und so wie dieser Fall sind fast alle. Die Post muß sich und damit die Gesamtheit ohne Frage vor ungetreuen Beamten schützen. Ob es immer nur auf dem Wege gerichtlicher Bestrafung geschehen muß, ob Gefängnisse und Zuchthäuser die einzige Sühne für Vergehen jedes Menschen sind, das mag dahingestellt bleiben. Wäre mit der Verbüßung der Strafe der Ausgleich geschaffen, wäre es gut. Aber dann kommt das inhaltsschwere Wort vor: bestraft. Aber anfänglich Weg ist für immer versperrt. Und das ist das Traurige. Wer 22 Jahre treuen Dienst, Krankheit und Schicksalsschläge seinem ersten Schritt entgegenzusetzen hat, der sollte nicht für immer bestraft werden!

## Eine Freundin der Feuerwehr.

Die vielen köstlichen Klarmierungen der Feuerwehr sind gottverwiesenermaßen ein sonderbarer Fall bereichert worden. Eine gut gekleidete Dame trat an den Feuerwehrleiter in der Dandelmannstraße zu Charlottenburg heran, schlug die Scheide ein und alarmierte die Wehr. Ihr Vorhaben aber war bemerkt worden, so daß sie sich nicht mehr aus dem Staube machen konnte. Als die zwei Rüge der Feuerwehr angefahren kamen, gedraute die Frau die Axtrebe: „Sie sei eine große Freundin der Feuerwehr und es sei ihr Vergnügen, wenn sie sehe, wie die „schmutzigen“ Feuerwehrmänner angefahren kommen.“ Die Wehr beehrte sie denn auch ihre Dankbarkeit, indem die Freundin gratis auf einem Feuerwehrtrakt zur nächsten Polizeiwache befördert wurde, wo ihre Personalien festgestellt wurden.

## Die erste Zeugin im Böhmer-Prozess.

Im Laufe der Verhandlung gibt die Angeklagte v. Böhmer zu, daß Heller ihr, nachdem er im Juli nach Prag verkehrt worden ist, reichlich 100 Mark gelandt habe. Daraus will die Gräfin einige Schulden des Helters bezahlt und einiges Geld für sich verwendet haben. Sodann werden die Böhmer Fälle verhandelt. Die unter Eid erfolgten Auslagen des Polizeikommissars Dr. Köhler bezeichnet die Angeklagte als unrichtig. Die Angeklagte bestreitet ernstlich, der Rechtsanwältin Dommer in Prag Geld weggenommen zu haben. Sie sei selber reichlich mit Geld versehen gewesen und hätte als Frau eines Regierungsrats nicht nötig gehabt zu fehlen. Die Gelder zur Böhmer will die Angeklagte teils von einem Freund aus Schweden namens Lindström und teils von ihrem Mann erhalten haben. Als erste Zeugin wird die bestohlene Frau

Dr. Dommer vernommen. Schon 1924, als sie mit der Gräfin in Prag weilte, sind ihr 100 Mark aus einer Handtasche verschwinden. Bei der weiteren Vernehmung macht die Zeugin eine hochwichtige Bekundung. Als sie zum zweitenmal in Prag bestohlen wurde, mußte sie die Gräfin um 100 Mark bitten, die ihr aber nur 50 Mark geben konnte, trotzdem sie doch 1000 Mark mitgenommen haben wollte. Die Zeugin muß zugeben, daß die Angeklagte nach dem Verlust des Geldes im Koffer gefragt hatte und darüber genau Bescheid wußte. Sie habe ihr das Kästchen gezeigt, und zwei Tage später fehlten wieder 300 Mark. Frau Dommer und auch ihr Gatte haben die Gräfin damals in Verdacht gehabt, das Geld gestohlen zu haben. Vor: Wie kommt es, Angeklagte, daß sie 1000 Mark nach Prag mitnehmen, wenn Sie zu Hause in Potsdam gepfändert werden und Zahlungsbefehle vorliegen? Angeklagte: Ich brauchte doch eine Kur. Oberstaatsanwalt Poppe: Angeklagte, warum gingen Sie nicht in einen billigen Kurort bei Berlin? Angekl. Heller wollte nach Prag und auch Frau Doktor Dommer. Deshalb fuhr ich auch hin. Gegen 7 Uhr wurde die Verhandlung abgebrochen, sie wird heute um 9 Uhr wieder aufgenommen.

## Freigabe der Großwohnungen.

### Mieterschutz unverändert.

Das Städtische Zentralamt für Wohnungswesen teilt mit: In Abänderung des Berliner Wohnungsnotrechts vom 30. Dezember 1924 hat der Magistrat beschlossen, die Großwohnungen, d. h. die Wohnungen, die — abgesehen von Küche, Nebengelaß und Mädchenkammer — fünf oder mehr Wohnräume enthalten, mit Wirkung vom 1. Januar 1926 ab aus der Wohnungszwangswirtschaft völlig herauszunehmen. Hierdurch werden die Bestimmungen des Reichsmietengesetzes und des Mieterschutzgesetzes nicht berührt. Die genannten Großwohnungen werden vielmehr von diesem Zeitpunkt ab lediglich von den Bestimmungen des Wohnungsmangelgesetzes ausgenommen, d. h. sie können genau wie in der Zeit vor der Wohnungszwangswirtschaft an jeden Mietsuchenden frei vermietet werden. Nicht hiervon berührt wird jedoch die Verordnung des preussischen Ministers für Volkswohlfahrt über die Bewirtschaftung von Wohnungen für Reichs- und unmittelbare Staatsbeamte und für Reichsmehranghörige vom 29. Mai 1925. Die Großwohnungen unterliegen daher unter den in dieser Verordnung genannten Voraussetzungen auch nach dem 31. Dezember 1925 der Inanspruchnahme zugunsten der in der Verordnung genannten Personen. Eine Verwendung von Großwohnungen zu gewerblichen oder ähnlichen Zwecken ist auch nach dem genannten Zeitpunkt ohne Genehmigung des zuständigen Wohnungsamtes nicht gestattet. Der Beschluß des Magistrats behält zu seiner Wirksamkeit die Zustimmung des Ministers für Volkswohlfahrt. Die Abänderung des Berliner Wohnungsrechts vom 30. Dezember 1924 wird in einer Ausgabe des Gemeindeblattes bekanntgegeben werden.

Im Mai dieses Jahres hatte sich der Berliner Magistrat infolge der mit dem System der „Ausweiskarten“ gemachten schlechten Erfahrungen veranlaßt gesehen, die völlige Freigabe der Großwohnungen ab 1. Juli dieses Jahres zu beschließen. Dieser Beschluß hatte jedoch die erforderliche Zustimmung des Ministers für Volkswohlfahrt nicht gefunden, und es mußte daher bei dem System der „Ausweiskarten“ verbleiben. Die hiermit gemachten schlechten Erfahrungen beruhten besonders darauf, daß Großwohnungen ohne in die Laufende gehenden „Abstand“ überhaupt nicht zu mieten waren. Dies änderte sich auch nicht, als die Wohnungsämter durch einen besonderen Erlass des Ministers für Volkswohlfahrt die Verpflichtung erhielten, diejenigen Großwohnungen zu beschlagnahmen, für deren Ueberfälligkeit zugunsten des Verfügungsberechtigten oder eines anderen Vermögensportelle irgendwelcher Art neben der geforderten Miete gefordert, vereinbart oder gewährt werden“. Wie von vornherein zu erwarten war, zeltigte diese Verordnung so gut wie gar keinen praktischen Erfolg. Das liegt hauptsächlich daran, daß, wie der Direktor des städtischen Zentralwohnungsamtes, Wild, ausführt, die Wohnungsämter nach der Verordnung nur dann einschreiten können, wenn die Vermögensportelle vom Hauseigentümer oder zu seinen Gunsten verlangt werden, nicht aber — was das weitaus häufigere ist! — dann, wenn der augenblickliche Wohnungsinhaber „Abstand“ verlangt. Da es rechtlich nicht möglich ist, eine Großwohnung schon dann der Beschlagnahme zuzuführen, wenn der augenblickliche Inhaber sie nur gegen entsprechenden „Abstand“ aufzugeben bereit ist, kommt eine von Beschwerdeführern oft verlangte Verschärfung der Verordnung nach dieser Richtung hin nicht in Frage. Sie würde aber auch, wenn sie möglich wäre, keinen Erfolg bringen, da weder der Abstandfordernde noch der Abstandnehmende Interesse daran hat, über die getroffenen besonderen Abmachungen Dritten gegenüber etwas verliert zu lassen.

## Reif für die Rumpfkammer!

Wegen eines verstoßes gegen die Hohenollern-Bildung, die in Schulen Berlins noch getrieben wird, richtet sich der folgende von der sozialdemokratischen Stadtkommissionenfraktion eingebrachte Antrag:

„Die von der Stadt Berlin anlässlich der Reformations-Gedenktage an evangelische Schüler verteilte Gedenkmitzungen entsprechen wegen der auf der Rückseite befindlichen Darstellung des Kurfürsten Joachim und des Königs Friedrich Wilhelm nicht den Aufgaben der Schulen im republikanischen Staat. Bei den häufig vorgekommenen monarchistischen Entstellungen in den höheren Schulen ist sogar zu befürchten, daß dieselbe ausdrücklich zur Feste monarchischer Erinnerungen Verwendung finden wird. Die Stadtverordnetenversammlung ersucht daher den Magistrat, die Gedenkmitzungen nicht mehr zur Verteilung zu bringen und, soweit es noch angängig ist, ihre Verteilung zu verhindern.“

Der Magistrat sollte die noch vorhandenen Gedenkmitzungen in die Rumpfkammer tun. Da gehören sie hin.

Arbeitslosen demonstration in Pankow. Die täglich steigende Not hatte gestern in Pankow wieder mehrere hundert Arbeitslose auf die Straße getrieben, um ihr Essen aus den anderen Pankowern handzuheben. Plakate mit den Aufschriften „Gibt uns Arbeit und Brot!“ und „Wir haben Hunger!“ wurden im Zuge mitgetragen. Wiederholt ertönte

## Das Rundfunkprogramm.

Donnerstag, den 17. Dezember.

Außer dem üblichen Tagesprogramm:  
4.30—6 Uhr nachm.: Um die Weihnacht. 6.05 Uhr abends: Dr. Richard H. Stein: Einführung zu der Übertragung aus der Staatsoper am 18. Dezember. 6.43 Uhr abends: Forschungsreisender Paul Spatz: „Das unbekannte Kreta“. 7.18 Uhr abends: Dr. Th. Niebauer: „Die Wirklichkeit der internationalen Arbeiterorganisation in Genf“. 7.43 Uhr abends: Geheimrat Rauras A. A. Schubart: „Die Bedeutung deutschen Kolonialbesitzes für die Erschließung von Arbeitsmöglichkeiten“. 8.30 Uhr abends: Der Roman als Fankiel. 4. Fortsetzung: „Die Katastrophe“. Originalroman für die Funkstunde von H. J. Gramatzki (als Fankiel bearbeitet). 9—10 Uhr abends: Beethoven-Abend. (Zur Feier des 150. Geburtstages am 16. Dezember). Dirigent: Bruno Seidler-Winkler. 1. Einleitende Worte: Professor Max Chop. 2. Klavierkonzert Nr. 2 B-Dur op. 18. Allegro con brio — Adagio — Rondo. Allegro molto (Rudolf Schmidt, Klavier). 3. Fünfte Sinfonie. Allegro con brio — Andante con moto — Allegro (Berliner Funkorchester). Anschließend: Dritte Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten, Zeitansage, Wetterdienst, Sportsnachrichten, Theater- und Filmdienst. 10.30—12 Uhr abends: Tanzmusik.

Wortweise der Ruf nach Arbeit und Brot. Die Demonstration der in der Nähe doppelt Bedauernswerten machte einen tieferschütternden Eindruck und ist eine ernste, eindringliche Mahnung.

## Reichsbahn gegen Rotawerke.

### Direktor März zu einem Jahr Gefängnis verurteilt.

Gestern wurde in dem großen Betrugssprozess der Reichsbahn gegen die Rotawerke das Urteil verkündet, das weit hinter den Erwartungen des Staatsanwaltes zurückblieb. Der Hauptangeklagte März erhielt ein Jahr Gefängnis und 10 000 Goldmark Geldstrafe.

Das Urteil sollte bereits morgens um 10 Uhr verkündet werden, als etwas wie eine „Sensation“ dazwischen kam. Die Verteidiger des Angeklagten März brachten nämlich die „schwarzen Bücher“, die der Staatsanwalt schon vor Wochen anforderte, hervor. Sodann wurden noch 25 neue Beweisanträge gestellt, die aber vom Gerichtshof abgelehnt wurden mit der Erklärung, daß der Prozess dadurch eine unnötige Verschleppung erleiden würde und daß auch die Gefahr der eventuellen nachträglichen Beeinflussung verkleideter Zeugen bestehe. Gegen 3 Uhr nachmittags wurde dann das Urteil verkündet. März als Haupttäter wurde zu einem Jahr Gefängnis und 10 000 Goldmark Geldstrafe, der Eisenbahnüberwachungsbeamte Rau wegen Beihilfe zu 6 Monaten Gefängnis und der Oberassistent Kaiser ebenfalls wegen Beihilfe zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Außerdem wurde den Angeklagten das Recht abgesprochen, während der nächsten drei Jahre öffentliche Ämter zu bekleiden. Obermeister Kufel erhielt 4 Monate Gefängnis zuditiert. Im Anbetracht seiner bisherigen Unbescholtenheit und da er unter einem gewissen Zwange sich der Beihilfe zu den Betrugereien schuldig gemacht hat, wurde ihm Bewährungsfrist bis 1928 gewährt. Bis dahin hat er aber 300 R. Geldbuße in vierteljährlichen Raten von 30 R. zu zahlen. März wird wahrscheinlich beim Reichsgericht Revision einlegen. Die anderen Angeklagten erklärten auf die Frage des Vorsitzenden, ob sie das Urteil annehmen, daß sie zunächst einmal mit ihrem Verteidiger Rücksprache nehmen wollen. Von einem Haftbefehl gegen Direktor März hat das Gericht abgesehen, da „trotz der Höhe der Strafe nach seinem bisherigen Verhalten eine Fluchtgefahr nicht für vorliegend erachtet“ wurde. Diefem Prozess wird auf dem Fuße der große Falschprozess der Reichsbahn gegen die Rotawerke folgen.

## Neue Wege der Heimatkunde.

Wie man ein Kind im Unterricht seine Heimat erleben lassen kann, zeigt die Heimat-Schulsammlung, die in Berlin geschaffen und im März 1924 eröffnet wurde. Die in dieser Richtung sich bewegende neuere Entwicklung des Unterrichts in der Heimatkunde stellt den Lehrer vor eine neue Aufgabe, zu deren Lösung die Heimat-Schulsammlung ihm die nötigen Hilfen bietet. Die Heimatkundliche Vereinigung des Berliner Lehrervereins, die sich um das Zustandekommen dieser großen Sammlung von Lehrmitteln verdient gemacht hat, wendet sich jetzt an die Lehrerschaft mit einer **Ausstellung**, um zur Schaffung ähnlicher Sammlungen kleineren Umfanges für die einzelnen Schulen anzuregen. Die Einrichtung solcher Sammlungen ist so einfach, wie im Juni 1924, durch einen Erlass des Unterrichtsministers angeordnet worden. Die Ausstellung zeigt Karten, Plakate, Bilder, Modelle und andere Hilfsmittel, darunter vieles, was mit geringen Kosten zu beschaffen ist oder durch gemeinsame Arbeit des Lehrers und seiner Schüler hergestellt werden kann. Bei der Eröffnung dieser nicht nur für Lehrer, sondern auch für verständnisvolle Eltern beachtenswerten Ausstellung betonte Magistratsobersekretär Rydahl die Wichtigkeit und Notwendigkeit der Heimat-Schulsammlung für die Neugestaltung des Heimatkunde-Unterrichts. Lehrer Raitzen, Vorsitzender der heimatkundlichen Vereinigung, hob hervor, wie wertvoll die Mitarbeit der Kinder bei der Beschaffung solcher Sammlungen ist. Die Ausstellung ist im Städtischen Schulmuseum (Staatschreiberstraße 34) untergebracht. Sie kann bis 15. Januar Mittwochs und Sonntags von 4 bis 7 Uhr besichtigt werden.

## Ausverkaufte Winteronderzüge.

Die Reichsbahndirektion Berlin teilt über den derzeitigen Stand des Fahrkartenverkaufs für die Winteronderzüge folgendes mit: Die beiden Sonderzüge nach Ostpreußen am 22. und 23. Dezember sind ausverkauft; für den am 21. Dezember neu eingelegten Sonderzug nach Ostpreußen sind jedoch noch bei der Fahrkartenausgabe Zoologischer Garten Fahrkarten erhältlich. Ausverkaufte sind auch die Winteronderzüge nach dem Schwarzwald am 23. Dezember und nach dem Riesengebirge am gleichen Tage. Für den Sonderzug am 22. Dezember nach München und dem Bayerischen Hochland waren am 16. Dezember nachmittags noch einige Karten bei der Fahrkartenausgabe Anhalter Bahnhof verfügbar. — Zu den Sonderzügen nach Bayern am 30. Dezember, Harz am 25. Dezember und Riesengebirge am 26. Dezember sind zurzeit noch ausreichend Karten in den Ausgabestellen vorhanden. — Weniger starke Nachfrage fanden bisher die Winteronderzüge nach Thüringen am 31. Dezember und nach dem Elster Gebirge am 30. Dezember.

Todesfall im Jahrstuhlschacht. Gestern nachmittags ereignete sich in der Marienstraße 19 ein Jahrstuhlschacht. Der bei einer Auktion und Steinbrücker beschäftigte fünfundsiebenzigjährige Jahrstuhlschachter Erich Biecher stürzte aus der ersten Etage in den Jahrstuhlschacht hinab. Infolge der schweren Verletzungen trat der Tod auf der Stelle ein.

Keine Vollzeitsunde in der Neujahrsnacht. Der Polizeipräsident teilt mit: Für die Silvesternacht dieses Jahres wird die Vollzeitsunde für Gast- und Bedienungswirtschaften aufgehoben.

Gesetzliche Mittel bittet und, allen, die seiner in so übermäßigem Maße am 70. Geburtstag gedacht haben, den herzlichsten Dank zu übermitteln.

Meister Pbonnet, der Werkmeister Otto Brunner, Kesselfabrik 10 teilt mit, daß er mit dem zu 6 Jahren Gefängnis verurteilten gleichen Namens nicht identisch ist.

Heber Winterrot und Bohrer bricht heute, Donnerstag, abends 8.15 Uhr, Baggermeister Dr. Scholtz im Rundfunk.

## Ein Schiffbürgerkrieg.

Ein ständischer Vorfall hat sich dieser Tage an der Hohenollern-Grenzarten Grenze bei Eger ereignet. Bei dem gemeldeten Großfeuer der Holzfabrik Riemer u. Co. in dem bayerischen Grenzort Mitterteich konnten die einheimischen Wehren wegen der großen Kälte des Brandes nicht Herr werden, weil das Wasser gefror. Man wendete sich daher telegraphisch an die Feuerwehr der großen Grenzstadt Eger. Die Wehr fuhr sofort zur Grenze. An der Grenze wurde ihr der Leitertrakt von tschechischen Beamten verweigert. Man erklärte den Grenzbeamten, daß seit Menschengedenken bei Bränden sich die Grenzorte gegenseitige Hilfe leisten. Die Tschechen aber blieben bei ihrer Weigerung. Nur wenn das ganze Dorf brennen würde, könne der Egerer Feuerwehr der Leitertrakt gestattet werden. Die Feuerwehr mußte daher an der Grenze wieder umkehren. Beim Brande aber wurde sie drei Stunden lang erwartet. Wenn auch keine Menschenleben gefährdet waren, so ist der Sachschaden riesengroß, da die ganze Fabrik niederbrannte. 600 Arbeiter werden brotlos. Erst vor kurzem haben die Grenzstädte Jittau i. Sa. und Grottau i. B. einen von Amis wegen genehmigten Feuerstuhlsvertrag auf gegenseitige Hilfeleistung abgeschlossen.

Eine J-derfabrik niedergebrannt. In der Nacht zum Mittwoch brach in der Zuckerrübenfabrik Dörschburg bei Halbesstadt ein Großfeuer aus, das die Fabrik bis auf ein Nebengebäude einäscherte. Der Schaden wird auf über eine Million Mark geschätzt. Er ist zum guten Teil durch Versicherung gedeckt. Die Ursache der Entzündung des Feuers ist unbekannt.

## Klofe.

Von Werner Richter.

Eines Sonntags, als man, wie gewöhnlich, zum Kaffee in einem Biergarten vor der Stadt sah, wo die Regimentskapelle jubilierte, hatte Elsa mit ihren Freundinnen Arm in Arm durch sommerlich delalaute Gänge wandernd, sich entfernt. Da es schon zu dämmern anfing und man aufbrechen wollte, erhob sich Klofe, sie zu suchen; er geriet auf einen Weg, der, von mannhohen, dichten Hecken eingefasst, zu dem schlüfrig glitzernden Bach hinunterführte. Lautlos stand der Abend in prunkvollen Orangeblößen; Rücken tanzten darin wie seidene Sterne.

Klofe schätzte ein wenig und wollte schon umkehren, als er drunten über den Hecken herankommend eine Offiziersmütze gewahrte und daneben einen weißen Hut mit schwarzer Sammetklinge, wie sie von dem Elsas hing. Er lauschte, und der totensille Abend trug ihm ein kurzes Männerlachen herüber: kein Zweifel, es war die Stimme Leutnant Kiefewitters, vielleicht des berühmtesten Offiziers, sicherlich aber des gefährlichsten Mädchenjägers der Garnison.

Da hob Klofe vorsichtig den Griff des Degens zur Brust, damit er nicht klirre, bog seine lange Gestalt hastig nach vorn und stieg rasch und auf Zehenspitzen in den Garten zurück.

Er bezwang sich einige Tage, umkreiste Elsa glimmenden Auges; die Spitzen seines Bartes tanzten. Endlich in der Dämmerung, als sie unschlüssig mit einem Finger auf dem Piano tastete, wagte er eine Frage. Sie fuhr leidenschaftlich herum, gab dann verschnupft klagend und unter rotem Gebrauch des Taschentuches Auskunft: wochenlang war sie immer und immer wieder an der Konditorei vorbeigefahren, beglückt schon, wenn im Halbdunkel hinter den Scheiben der rote Kragen Kiefewitters sich bewegte, oder seine Handschuhe weiß herausstachen. Keusch nun, nachdem sie ihm endlich aufgefallen war, hatte er sie angesprochen, war am Bache mit ihr promeniert, hatte sie gebeten, gelegentlich, wenn es dunkel werde, bei seiner Wirtin zu klingeln.

Klofe wurde taumelig: er sah die ringgeschmückten Hände des Leutnants auf dem Rußfleckchen Elsas sich breit machen, sah das starke Gebiß des Leuchtfertigen, vom Lachen bloßgelegt, über ihre bloßen Lippen geneigt. Kaiflos aus dem Fenster schauend, erbot es ihn sehr, wie störend ein schäbiger, kleiner Hund auf dem reinlichen Quadratrastweg des Granitpflasters hockte.

Elsa schluchzte auf; fast verschwand ihr Räschen zwischen den Wangen: „Ich weiß doch, daß es unmöglich ist. Wie würde ich einen Mann finden, wenn es herausläme.“ Tränen ergießend warf sie sich über den Tisch.

Klofe fühlte Erleichterung. „Mein Kind“ sagte er, ihren schlichten Scheitel streichelnd, „mein gutes Kind. Aber weiß es auch niemand?“

Niemand würde es je wissen, murmelte sie zornig; er wäre kein Spießbürger, habe Kiefewitter gelagt.

Da fühlte sich Klofe wieder fast froh; und indem er Elsa an seine Knie zog wie früher, als er ihr die Schulaufgaben abhörte, trocknete er rasch ihre Augen mit zerknülltem Taschentuch, flüsternd, niemand dürfe ihr zu nahe treten, keine Angst dürfe sie haben, nichts dürfe ihr geschehen. Alles war nun wieder in Ordnung, auch das laubere Granitpflaster war, wie er bemerkte, inzwischen von dem schäbigen Hündchen befreit.

In der derselben Woche noch ergab sich gleichwohl, daß Leutnant Kiefewitter, offenbar enttäuscht, Elsas Namen in andeutendem Kasinogeschwätz zum mindesten erwähnt hatte. Bei der Parolemuff am Sonntag auf dem Marktplatz hörte Kriebert davon. Sobald er sich zu Tische setzte, bemerkte er lässig zu Elsa hin: „Was studierst du eigentlich mit deinem Freunde Kiefewitter immer hinter den Hecken?“

Das breite Schlürfen, mit dem Klofe die Suppe zu sich nahm, verstumpte plötzlich. Sein Stuhl stürzte, der Tisch wankte, Suppe ergoß sich. Schon hatte er Kriebert gepackt, geschrieit, zur Tür hinaus, auf den Korridor gestoben. „Heute mir nichts vor,“ sagte er hart und entfernte sich mit waltig geschwollener Stirn.

Wochenlang sprach er kein Wort mehr mit ihm, was Kriebert nicht unklar war, da seine Gedanken bei verdammten Geschäften weiteten, die er für eigene Rechnung mit den Erzeugnissen der Zigarrenfabrik betrieb. Aber gerade, als er auf's gefährlichste von ihnen umdroht, verzweifelt nach Auswegen spähte, da wurde plötzlich förmlichen europäischen Staaten der große, lange erwartete Verteilungskrieg ausgerufen.

Sofort trat Kriebert bei dem Jägerregiment ein und verließ nach kurzem unter rauschender Beschuss die Stadt, indes in der Zigarrenfabrik unenträufelbare Buchungen von ihm zurückließen.

Die Strenge der Kriegesgelege fürchtend, tat er wenig Unkrautes, handhabte unbefangt mit rötlichen, umfangreichen Händen das Gewehr, während seine Seele nichts entbehre und seinen kräftigen Leib nichts anzusehen vermochte. Seine Tätigkeit, insbesondere verborgene Güter der Landeseinwohner aufzuspüren, machte ihn beliebt; er wurde Unteroffizier und Orden stellten sich ein.

Als der Krieg sich in die Länge zog, die Verluste wuchsen und es ihm gelang, von einer Erdung außer Gefangenen zwei Maschinengewehre mitzubringen, wurde er zum Leutnant befördert.

Eines Winters kam er beurlaubt nach Hause. Aus dem weißen Dampf des eingebrauten Juges trat er wie ein zürnender Gott aus einer Wolke, die Braut finstern Pelzes um Hals und Schultern, die Hüfte schlank umfaßt vom Leibgurt, woran Fernglas, Revolver und Kartentafel hingen. Unter gewaltigen Brauen suchte er auf's entschlossenste die Augen der Wirtin.

Beinahe hätte Klofe nicht gewagt, ihm die Hand hinzustrecken. Und zogen sich nicht seine Knie aneinander zu der straffen Haltung, die er dreißig Jahre lang vor Offizieren eingenommen hatte, nun, als Kriebert knarrend, ruckweise, mit erbittertem Gesicht zu sprechen begann? —

Untermwegs begegneten ihnen zwei alte Feldwebel; sie wichen vor Kriebert vor dem engen Gehsteig in die Gasse, die Augen plahend rund vor Ehrfurcht und mit steifgemachten Beinen einen Schwall Schneewassers emporlaffend. Krieberts Unterlippe klopfte höhnisch, da der eine der beiden ihm eini Schläge andgedroht hatte, als er seinem kleinen Mädchen den Keifen zerbrach.

Zu Hause entnahm Kriebert seiner langgelben Reisetasche einen schweren, goldenen, mit Perlen besetzten Armreif, den er der Mutter überreichte, einen Kragen echter Spitzen für Elsa, ein schützendes Reise-necessaire, aus dem Kristall und Silber glühten, für Klofe selbst. „Nehmt nur,“ sagte er stolz, „es kostet mich nichts.“ Und als man sprachlos starre, erklärte er geblöckelnd lächelnd, es stamme alles aus einer Wisa, die man habe zerstören müssen, weil aus der auf das Regiment geschossen worden sei. Da habe er vorher drinnen noch seine Beforgungen gemacht. Krieg sei Krieg und wenn man die Geschenke nicht haben wolle, solle man es nur sagen. Alle drei dankten ihm darauf bekommen dienstfertig.

Bei Tische dann begann Kriebert zwischen den einzelnen Bissen mit gnädig gequältem Raserümpfen einzelne gefährliche und erhellende Kriegserlebnisse vorzutragen. Plötzlich, als er von den Kameraden sprach, wanderten seine Augen lässig zu Elsa hinüber: ihre Jugend war kurz gewesen, sehr schon, mit fünfundsiebenzig Jahren wurde ihr Gesicht grau und spitz. Die Stimme von Boheit gespannt sagte Kriebert: „Kamerad Kiefewitter übrigens — entfinnst du dich wohl seiner? — gestand mir neulich, welche Angst er damals um dich ausgehalten hatte, monatelang, bis er endlich beruhigt sein konnte, daß eure Beziehungen ohne Folgen geblieben.“

Elsa, tränenglühenden Blickes, zählte „Lüge“, und stolperte, stürzende Tränen in der Halbhöhe des Ärmels auffangend, hinaus. Der Rutter wurden die bloßen Augen hinter der Stahlbrille unnatürlich weit. Klofe stellte, als hörte er nichts, seine Miene eifern fest, spielte mit dem Serviettenring aus weißem Holz, schwieg, sah vor sich hin lächelnd. Dann stützte er plötzlich den Kopf schwer in beide Hände und mochte nicht mehr aufsehen, während Kriebert befriedigt von neuem zu Messer und Gabel griff.

Klofe sah noch so, nachdem Elsa unter empörten, stummen Blicken den Tisch abgeräumt und sich zur Nacht zurückgezogen hatte und Kriebert gähmend in den Kattsteller hinübergelendert war.

Nur die Rutter blieb zurück; sie durchforschte streng den Roman der Zeitung und rief zuweilen entrüstet die Rage an, die am Tisch auch zerrte. (Schluß folgt.)

## Sein Bundesbruder.



— wenn Wulle nicht ausreicht, die völkischen Belange im Landtag wahrzunehmen, werde ich mal selber hingehen —

## Ellencron und sein erster Drucker.

Aus neuen Briefen des Dichters.

In der „Schleswig-Holsteinischen Landeszeitung“ in Rendsburg werden einige bisher unbekannt Briefe Deiles v. Ellencrons veröffentlicht. Die Briefe sind ein weiterer erschütternder Beleg für die Periode niederdrückender wissenschaftlicher Notlage Ellencrons und insofern ein menschlich wertvolles Dokument. Dieses menschlich wertvolle Dokument erweitert sich nach der künstlerisch, dichterischen Seite hin, indem es Ellencron zeitweise in einer seelischen Verfassung zeigt, in der sein eigener Glaube an die dichterische Sendung zu wanken scheint. Und weiter bestätigen die Briefe das neuere literaturhistorische Forschungsergebnis, daß nicht, wie früher gezeichnet, die im Jahre 1883 erschienene Gedichtsammlung „Adjutantennitte und andere Gedichte“ als das erste Buch des Dichters bezeichnet werden kann, sondern eine in Eternförde (wo Ellencron sich 1881 am Landratsamt auf die Beamtenlaufbahn vorbereitete) entstandene und gedr. die Gedichtsammlung.

Die Eternförder Zeit des Dichters ist weniger bekannt, und zur Bestätigung dessen, daß sein erstes Gedichtbuch in jenem kleinen schleswigischen Dörferstädtchen entstanden ist, sei ein Brief mitgeteilt, den Ellencron 1903 von Alt-Rahstedt bei Hamburg an den späteren Schriftleiter der „Eternförder Zeitung“ richtete, der 1881 als Schriftleiter in der Druckerei dieser Zeitung die Druckbogen der ersten Ellencron'schen Gedichtsammlung geleitet hat. Der Brief, dessen Empfänger damals vorübergehend im Rheinland weilte, lautet:

Alt-Rahstedt bei Hamburg, 15. 7. 1903.

Sehr geehrter Herr Erichsen!

Haben Sie herzlichen Dank für Ihre freundlichen Zeilen. Sie können sich denken, wie mich interessiert hat, daß Sie meine ersten Gedichte gelesen haben. Von diesen Gedichten habe ich einiges mit in meine Bücher genommen. Wie freut ich mich, daß Sie Ihre alte Heimat, unser altes, gutes (etwas „brödniges“) Schleswig-Holstein, nicht vergessen haben.

Mit herzlichsten Grüßen

Ihr Deiles v. Ellencron.

Als Ellencron Kirchspielsvogt in Kellinghusen in Hallstein war, erhielt er unter dem Datum des 11. September 1885 von dem Buchdrucker A. G. Schwenken in Eternförde, dem Besitzer der „Eternförder Zeitung“, einen Zahlungsbefehl über 266 M. für geleistete Druckarbeiten aus dem Jahre 1882, eben die Kosten für den Druck der ersten Gedichtsammlung.

Da die Zwangsvollstreckung vergeblich verlief, wurde der Zahlungsbefehl Ellencron im Dezember 1891 in Altona-Ottensen noch einmal vorgelegt, aber ohne Erfolg. Aus dem Briefwechsel, der sich an diese Begebenheit anschließt, sind noch die zwei folgenden, bisher un veröffentlichten Briefe aus dem Januar 1892 vorhanden.

Ottensen bei Hamburg, 6. 1. 1892.

Ich hatte Sie so freundlich gebeten, sehr geehrter Herr Schwenken, mir neue Pfändungen vorzuschreiben, um Ihnen und mir unwichtige Aufregungen zu ersparen. Heute trat der Gerichtssozialbeizer wieder bei mir ein. Sie wissen, ich schrieb es Ihnen doch, daß, nachdem meine Gläubiger mich zum Offenbarungseid gezwungen hatten,

ich mich pfandlos gemacht hatte, um den größten Quälereien zu entgehen. So hab ich mir das, was die gesetzlichen Bestimmungen gestatten. Sie scheinen immer noch von der Meinung auszugehen, daß ich Schriftsteller sei, aber ich schrieb Ihnen doch wiederholt, hochgerechtester Herr Schwenken, daß ich das nicht sei, daß ich dazu nicht das geringste Talent habe. Weil immer mehr über mich geschrieben wird, schließlich meine Herren Gläubiger, daß ich es auch sein müssen. Gerade das Gegenteil ist der Fall. Aber nun hab ich es bald satt. Und ich ziehe, zöge dann für immer aus meinem undankbaren Vaterlande fort. Sie wissen doch, sehr geehrter Herr Schwenken, daß ich Sie sofort bezahlen werde, sobald ich dazu imstande bin. Wünschen Sie von mir den Offenbarungseid noch einmal, so bin ich, trotz der entsetzlichen Blamage, gern bereit dazu. Dann aber ginge ich für immer aus Deutschland. (Ich hab es satt.) Schreiben Sie mir ein paar freundliche Zeilen. Warum quälen Sie mich denn so?

Immer Ihr ergebenster  
Deiles v. Ellencron.

Die Antwort auf diesen ergreifenden Klageruf des Dichters war recht frostig und seelenlos. Sie lautete:

Eternförde, 11. Januar 1892.

Herrn  
Hr. v. Ellencron

Ottensen.

Wenn Sie kein Geld für mich haben, so hätten Sie mir doch längst meine Chronik und Dinemarts Reichshistorie zurücksenden können, und erwarte ich die Zurückgabe umgehend.

Achtungsvoll  
A. G. Schwenken.

Auf demselben geschäftlichen Mitteilungsbillet schrieb Ellencron zurück:

Ottensen bei Hamburg, 12. 1. 1892.  
Herrn A. G. Schwenken

Eternförde.

Die Chronik ist in all dem Trubel, den ich seit Jahren zu erliden habe, längst verloren gegangen. Bitte, wollen Sie mir den genauen Titel schreiben, damit ich Ihnen das Buch buchhändlerisch verschaffe.

Ergebenst  
D. v. Ellencron.

In Betreff des Geldes, so wiederhole ich immer wieder: Der Tag wird kommen. Auch mein Weizen wird blühen. Nur vorher, ich bitte Sie immer wieder, bei mir anzufahren; denn Sie wissen bestimmt, daß ich, sowie das Geld da ist, es Ihnen einsende.

„Auch mein Weizen wird blühen“ — ein selbst entzündeter Lichtstrahl des Dichters in der von den äußeren Umständen seines Lebens verurteilten Niederbegegnung! Die äußere Lebenslage des Dichters muß entsetzlich gewesen sein; er ist ja sonst von Natur und Reigung so vital und lebensfröhlich.

Was nun die Entstehung des bisherigen Irrtums über Ellencrons erste Gedichtsammlung an betrifft, so ist anzunehmen, daß Ellencron selbst unzufrieden mit manchen seiner Frühgedichten, mit dazu beigetragen hat, daß die erste, in Eternförde entstandene Gedichtsammlung aus dem Verleht gezogen wurde.

Auf Grund einer Einladung des „Allgemeinen Bildungsvereins“ in Eternförde an Ellencron, in Eternförde aus seinen Werken vorzutragen, schrieb der Dichter an den schon genannten Herrn Erichsen, der damals wieder in Eternförde und Schriftführer des Vereins war, folgendes:

Alt-Rahstedt bei Hamburg, 2. 9. 1908.

Hochgeehrter Herr Erichsen!

Besten Dank für Ihre lebenswürdigen Zeilen. Ich würde natürlich gern nach Eternförde kommen. Als Honorar nehme ich 400 (auch 500) Mark. In diesem (Eternförder) Fall: 200 Mark. Einer freundlichen Antwort entgegengehend, bin ich mit vorzüglicher Hochachtung

Ihr ergebenster  
Deiles v. Ellencron.

Sollte es sich arrangieren lassen, so wäre es mir recht in der Woche vom 19.—24. Oktober d. J.

Ein weiterer Brief in dieser Angelegenheit ist der folgende:

Alt-Rahstedt bei Hamburg, 10. 9. 1908.

Hochgeehrter Herr Erichsen!

Herzlichen Dank für Ihre freundlichen Zeilen. Vielleicht läßt es sich noch so machen, daß ich zu den 150 Mark nach die Reife 11. Klasse von Hamburg nach Eternförde und zurück und den Aufenthalt im Hotel für die eine Nacht beläme? Denn das von mir verdiente Geld (für Frau und Kinder) laß ich mir nicht erst durch Reise und Aufenthaltskosten wieder nehmen. Läßt sich das arrangieren? Auch ich sehe, nach 27 Jahren, mein altes Eternförder Born gern mal wieder. Läßt sich meine Vorlesung machen, so ginge es Mittwoch, den 2. Dezember, gut für mich. Sonst hätte ich im Dezember zu tun in Tirol, München, Wien, Leipzig. Einer baldigen Antwort sehe ich gern entgegen, weil ich gedrängt werde von anderen Städten.

Ihr sehr ergebenster  
Deiles v. Ellencron.

Ellencron kam denn auch am 2. Dezember 1908 nach Eternförde und las. Sein „Weizen“, von dem er 16 Jahre vorher an den Eternförder Druckereibesitzer geschrieben hatte, war denn doch nach ins Blüten geraten, vor allem künstlerisch, und mit bescheidenen Rufen, was die Güter dieser Welt betrifft.

Sich mit den Schönen und allen gemeinerlichen Freibeuten und Schönheiten des Globus zu umgeben, das war dem lieben Dichter nur einmal üppig gelungen, nämlich in den phantastischen Kantuschen seines „Poggröd“.

Das Rätsel des Sirius. Die Anwendung gewisser Sätze der Einsteinschen Relativitätstheorie hat zur Bestätigung einer bisher nicht recht anerkannten Vorstellung geführt, die sich der Astronom Clarke bereits 1882 über gewisse rätselhafte Bahnabweichungen des Sirius geäußert hatte. Schon Hallen, der Entdecker des berühmten hallenischen Kometen, hatte gefunden, daß die Bahn des Sirius unerklärlichen Abweichungen unterliegt, für die nur ein Stern von ungeheuren Dimensionen hätte verantwortlich gemacht werden können. Bisher war es nicht möglich, in der Nähe des Sirius einen Stern zu entdecken, dessen Größe ihn als den Urheber der Störungen in der Bewegung des Sirius hätte erscheinen lassen können, ist doch der Sirius selbst zweieinhalb millionenmal größer als die Erde und betragen doch seine Abweichungen Hunderte von Millionen Meilen. Jetzt hat man festgestellt, daß der Störstern der verhältnismäßig kleine Nebenstern des Sirius ist, ein mit bloßem Auge nicht einmal wahrnehmbares Sternchen achter Größe. Dieses Sternchen befindet sich in einem Entlohnungszustand, der es ihm ermöglicht, in seinem kleinen Raum ebensolche Masse zu konzentrieren, wie etwa die Sonne, deren Durchmesser 33mal so groß ist wie der seine. Infolge dessen besitzt dieses Sternchen eine unerschönte Gravitationsenergie, die, wie bereits angedeutet, imstande ist, den gewaltigen Sirius aus seiner Bahn zu lenken. Das Existenzialge am dem Zustand jenes kleinen Sternes ist die Tatsache, daß sorgfältige mikrophotometrische Spektroanalysen ergeben haben, daß seine auf beispiellos engen Raum zu unvorstellbarer Dichte zusammengedrückte Masse sich trotzdem in gasförmigen Aggregatzustand befindet. Würde die dort herrschende Temperatur von 8000 Grad C. (2000 Grad mehr als die Sonnentemperatur) nicht die Existenz von festen Körpern unmöglich machen, so würde ein Kubikzentimeter Gold dort das Zweitausendfache seines irdischen Gewichtes haben und zu seinem Transport würde ein kleines Luftauto notwendig sein.

# Bei den Preisen-



braucht keine Dame und kein Kind Weihnachten ohne schöne neue Winterkleidung zu sein



<b>Winter-Mtl.</b> praktische Stoffe ab <b>3<sup>75</sup></b> aus hübschen mod. Fantasiestoffen ab <b>7<sup>50</sup></b>	<b>Schottenkld.</b> Baumwollstoff ab <b>2<sup>50</sup></b> reine Wollstoffe, gute Qualitäten ab <b>12<sup>50</sup></b>	<b>Seiden-Kld.</b> aus Helvello ab <b>9<sup>50</sup></b> eleg. Gesellschaftskleider, reiche Ausw. ab <b>25<sup>00</sup></b>
<b>Flausch-Mtl.</b> einfarbige Stoffe ab <b>5<sup>75</sup></b> in hocheleganter Ausführung ab <b>9<sup>50</sup></b>	<b>Cheviotkld.</b> mit Stickerel ab <b>3<sup>75</sup></b> mit langen Ärmeln, reich garniert ab <b>7<sup>50</sup></b>	<b>Rips-Kleid.</b> mollig, elegant ab <b>12<sup>50</sup></b> Glockenform, in reicher Auswahl ab <b>17<sup>50</sup></b>
<b>Velours-Mtl.</b> weicher Mouliné ab <b>12<sup>50</sup></b> in flotten Formen mit Pelzbesatz ab <b>17<sup>50</sup></b>	<b>Popelinekld.</b> jugendliche Form ab <b>7<sup>50</sup></b> in besonders eleganter Ausführung ab <b>13<sup>50</sup></b>	<b>Kinder-Mtl.</b> aus prakt. Stoffen ab <b>2<sup>75</sup></b> Pelerinen - Mäntel ab <b>5<sup>50</sup></b> Velours u. Mouliné ab <b>9<sup>50</sup></b>
<b>Velours-Mtl.</b> einfarb. Glockenl. ab <b>15<sup>50</sup></b> m. hübsch. Pelzkrag, flotte Glockenfalt. ab <b>22<sup>50</sup></b>	<b>Gabard-Kld.</b> modisch garniert ab <b>8<sup>50</sup></b> mit Falten u. vielen Verzierungen ab <b>18<sup>50</sup></b>	<b>Strick-West.</b> Farben u. Muster in großer Vielseitigkeit ab <b>3<sup>75</sup></b>
<b>Sealplüsch</b> Mtl. ganz gefüttert ab <b>39<sup>00</sup></b> hochwert. Qualitäten, auf Damasséfutter ab <b>85<sup>00</sup></b>	<b>Sport-Cord</b> Kleider..... ab <b>8<sup>75</sup></b> aus schönem, weichen Samt ab <b>19<sup>00</sup></b>	<b>Blusen</b> Jumperform ab <b>0<sup>50</sup></b> aus Seiden-Crêpe de chine i. gr. Auswahl ab <b>7<sup>50</sup></b>

**C&A**  
BRENNINKMEYER

**Königstr. 33 Chausseest. 113**  
Am Bf. Alexanderplatz Beim Stettiner Bahnhof

**Oranienstraße**  
„Die neue Ecke“

Unsere Geschäftsräume sind am Sonntag den 20. Dezember geöffnet!

**Theater, Lichtspiele usw.**

**Volksbühne**  
8 Uhr: Der befreite Don Quixotte  
Morgen 8 Uhr: Der befreite Don Quixotte

**Staatstheater**  
Opernhaus 8 Uhr: Die Meistersinger  
Opernhaus am Königsplatz 8 Uhr: Christoffel  
Schauspielhaus 8 Uhr: Peer Gynt  
Schiller-Theater 8 Uhr: Mäna von Bernheim

**Städtische Oper**  
Charlottenburg 7 1/2 Uhr: Hoffmanns Erzählungen  
Abonn.-Turnus IV.

**Deutsches Theater**  
7 1/2 Uhr: Der Kreidekreis  
von Klabund Regie: M. Reinhardt

**Kammerspiele**  
8 Uhr: Sechs Personen suchen einen Autor  
von Pirandello Regie: Max Reinhardt

**Die Komödie**  
Karlsruhdamm 207 8 Uhr: Gesellschaft  
von Galsworthy Regie: M. Reinhardt

**SC&VA**  
8 Uhr: Internat. Varieté

**Lessing-Th.**  
Tägl. 8 Uhr: Der junge Ar  
von Richard Fildes  
An Donnerstagen  
Ultpotener-Gastspiel  
Schneewittchen

**Kleines Th.**  
Heute 8 Uhr: Figuranten  
von Birabeau  
Regie: Geyer

**Trianon-Th.**  
Tägl. 8 Uhr: Kleine Sklavin  
v. Dietrichschmidt  
Regie: Goldberg

**Walhalla-Theater**  
Vollbesetzung an Sonnt. Tag  
Tägl. 8 Uhr: Die Koblanks  
v. H. v. 58 M. u.  
Mittwoch nach 4 U.  
Schneewittchen

**Deutsches Künstler-Theater**  
Tägl. 8 1/2 Uhr: Die Teresina  
Th. L. Karlsruhdamm 7 1/2 Uhr: Gastspiel des Deutsch. Theaters  
Regen  
Th. L. Schiffbauerdamm 8 Uhr: Das verbängnisvolle Weib  
Lustspielhaus 8 Uhr: Potasch & Perlmutter  
II. Teil  
Potasch & Perlmutter k. Film  
Wallner-Theater  
Tägl. 8 Uhr: Koiportage

**Herrnfeld**  
im Intimen Theat.  
80 Ovestr. 6 Tägl. 8 U.  
Stall Levy mit U.  
Turkikomödie  
v. Anton Herrfeld

**ADMIRALSPALAST**  
8 1/2 Uhr täglich: **HAUER-REVUE**  
Stellung **Welle 505**  
60 BILDER

II. Rang v. 2.  
Parkett v. 4.  
Logen v. 8.

**Kinder-Revue**  
Nur noch 2 Vorstellungen  
Mittwoch u. Sonnab. 8 1/2 U.  
Alle Puppen laufen.  
Kleine Preise.  
50 Pl. 1.-, 1.50 etc.

Jeden Sonntag nachm. 3 Uhr: Die ganze Vorstellung an den Kindern

**Central-Theater**  
8 Uhr: Trieschübel

**Metropol-Th.**  
Täglich 8 Uhr: Die große Revue-Posse: **NO NO NANETTE**

**Rose-Theater**  
8 1/2 Uhr: Der glückliche von Notre Dame

**Circus Busch**  
Täglich 7 1/2 Uhr: Circus-Attrakt.  
Der Graf von Monte Christo  
Joseph A. Sonntag 3 U.  
bei halb. Preisen die letzten 2 X o  
„Wintermärchen“  
Sonnab. 4 3/4 U.  
trotz halber Preise noch 1 Kind frei!  
Kinderbelustigungen  
Pony- u. Kamelreiten  
Vorverkauf ab 10 Uhr an  
4 C. N. - Sam. u. Werk.

**Komische Oper**  
Dir.: James Hicks  
**Größte Revue der Welt**  
von **A bis Z**  
Parkett 6.- M.  
Prelae 2.- bis 12.- M.  
(Logen 15.- M.)  
Vorverkauf anunterbr. geöffnet

**WINTERGARTEN**  
Ein Weihnachts-Programm  
für Groß und Klein!  
Sonnab. nachm. 7 1/2 Uhr halbe Preise  
Rauchen gestattet

**Elite-Sänger**  
Kottbuser Str. 8 - Tel. Mpt. 16071  
Tägl. 8 Uhr, nach Sonntag nachm. 3 Uhr (zu halben Preisen):  
W. Weihnachts-Spielplan:  
„Weihnachtswald und Försterhaus“.

**Sportpalast**  
Sonnabend, 19. Dez., 8 1/2 Uhr abends  
Sonntag, 20. Dez., 3 1/2 Uhr nachm.

**Internationale Eishockey - Wettkämpfe**  
**Wien-Berlin**  
Vorverkauf ab heute an den Kassen des Sport-Palastes und Passage, Laden 30.  
Heute 9<sup>00</sup> Kunstlaufen  
10<sup>00</sup> Eisbalett

! Der Berliner Milieufilm !

**Das Fräulein vom Spittelmarkt**

Der Lebensroman einer Stenotypistin  
mit **Hanni Reinwald & Ernst Rückert**  
**URAUFFÜHRUNG**  
heute 7.30 Uhr in den  
**Richard Oswald-Lichtspielen**  
Charlottenburg, Kantstr. 163

Täglich: 8.40 7.30 9.10 Uhr  
Sonntags: 4.00 7.30 9.10 Uhr  
Im Repertoire: Prelaudenzfilm mit Probenvorstellung  
**„Wer kennt Berlin“**

National-Film A.-G., Berlin SW. 48.

**Reichshafen-Theater**  
Mittw. 8 Uhr - Sonntag nachm. 3 Uhr  
**Stettiner Sänger**  
Weihnachts-Sänger  
An allen 3 Feiertagen  
Nachmittags- und abends  
Presse mit vollem Orchester

**Dönhoff-Breit**  
Das gr. Weihnachts-Varieté-Programm:  
Humor, Tanz, Stimmung, Popul. Preise

**Theat. d. Westens**  
Heute u. morg. geschlossen  
Sonnabend 7 1/2 U.  
Uraufführung:  
**Das Spiel u. d. Liebe**  
Operette von Gilbert  
Plätze schon ab 1

**Grösstes Schauspielhaus**

**Für Dich**  
CHARELL-REVUE  
TÄGLICH 8 1/2  
Regie: Erik Charell

300 Mitwirkende  
Parkett M. 5.-  
Rang M. 3.-  
2. Rang M. 2.30  
Loge M. 1.-  
3. Rang 75 Pf.  
Sonntag nachm. 3 Uhr anverkürzt zu erm. Preisen

**Residenz-Th.**  
Heute geschlossen  
Morgen Freitag 7 1/2 Uhr  
Zum 1. Male:  
**Die Durchgangerin**  
Lustig v. L. F. u. G.  
Sbd. u. Sonnt. 3 1/2  
Kleine Preise  
Schneewittchen

**Thalia-Th.**  
8 Uhr: Annemarie  
bd. u. Sonnt. 3 1/2  
Kleine Preise  
Hänsel u. Gretel

Theater in der Kommandantenstr. 8 Uhr:  
**Die blond. Mädel's**  
Sbd. u. Sonnt. 3 1/2  
Kleine Preise  
Rotkäppchen

**Barnowsky-Söhne**  
Königsplatz-Str. 7 1/2 Uhr  
Zum 1. Male  
**Die neuen Herren**  
Die Tribüne  
8 Uhr: 1. Abend  
Zurück zu Methusalem  
Komödienhaus  
Tägl. 8 Uhr:  
Koni oder Schrift

**Theater am Zoo**  
Nur noch 2 Vorstellungen!  
Täglich 8 10 Uhr  
**Olly-Polly**  
Operette von Kollo  
Parkettpl. v. 2-12 M

**Eisbahn**  
Feierliche Eröffnung am  
Zempelhofer Feld  
ist eröffnet. Täglich  
Koncert. Eintritt:  
Kinder 25 Pf., Erw.  
machene 50 Pf. Tel.  
Böfenhebe 2608.

**Theater I. d. Luisenpark 112**  
Tägl. 8 1/2 Uhr  
**Parisiens-Vorstellung:**  
Eine Brautnacht  
Ein starkes Stück  
Nur Erwachsene  
haben Zutritt!

**Th. a. Nollendorfpl.**  
Tägl. 8 Uhr: Die Grüne Flöte  
Regie:  
Max Reinhardt  
Murray, Sterns,  
Sotweg, Blum usw.  
© von Vorlesungen!

**Erfolg haben Inserate im Vorwärts**

Rein Messing mit 60% Seidenschirm 4 1/2 Mk. Mit 65% Seidenschirm mit Bro-Akzetbesatz

**Beleuchtungskörper**  
aus Holz, Metall und Spidr

Mrk. 40  
**Willy Rudolf**  
BERLIN S. 42  
Ritterstr. 24

Mrk. 47.50  
Mrk. 5.00

Ampeln, Schalen, Rauchtische

Teilezahlung - gestattet.

Ein Standard-Qualitäts-Piano Mk. 890.-  
oder zu entsprechend höheren Preisen, Lieferung schon bei Anzahlung 150.-  
und Monatsraten von Mk. 50.- beginnend  
direkt aus der **DEMUSIN-PIANO-FABRIK**  
Berlin O 27, Blumenstr. 70, an der Markusstraße  
Von 9 bis 7 Uhr geöffnet Fabrik bei 1 Treppe links  
Besuchen Sie uns - oder verlangen Sie sofort kostenlos Piano-  
Angebote, Katalog und Zahlungsbedingungen.  
Sonnab. geöffnet.

# Wie die Zölle gemacht wurden.

## Von der Entstehung der Chemiezölle.

Die Debatten um die Zölle dürfen nicht verstummen. Es muß deshalb immer wieder betont werden, daß es sich bei der Zolltarifnovelle vom 17. August d. J. nur um ein Protektorium handeln kann. Dies gilt für die Agrar-, aber auch für die Industriezölle; Schwerindustrie und Agrarier haben Hand in Hand gearbeitet und unter Vergewaltigung der Minorität im Reichstag sich gegenseitig die Zölle bewilligt. So hat man Zölle für Produkte beschlossen, deren Ausfuhr für Deutschland von größter Wichtigkeit ist, deren Einfuhr aber kaum ins Gewicht fällt. Dies trifft besonders für chemische Erzeugnisse zu. Obwohl die überwiegende Mehrheit der chemischen Industrie freihändlerisch gestimmt ist, hat man unter Ablehnung aller sozialdemokratischen und fast aller demokratischen — von 87 wurden 85 abgelehnt — Währungsänderungen, bei mehr als 100 Positionen des Zolltarifs neue Zölle eingeführt oder sehr erhebliche Erhöhungen der alten Sätze beschlossen.

Wie diese Zölle gemacht wurden, dafür wollen wir einige Beispiele anführen. Der Zoll für Ogsäure (Pol. 276), die aus Sägespänen gewonnen und als Beize in Färbereien und Druckereien und zum Bleichen von Stroh und Leder verwendet wird, wurde von 8 M. auf 12 M. für den Doppelzentner erhöht, weil nach der amtlichen Begründung die deutsche Industrie auf dem Weltmarkt ihre führende Stellung infolge der Entwicklung des Auslandsweibwerbes verloren habe. „Diesen veränderten Verhältnissen tragen die vorgesehenen Zölle Rechnung.“ Der Antrag Wiffel und Genossen, der Aufhebung dieses Zolls verlangte, wurde im handelspolitischen Ausschuss abgelehnt. Angenommen die Zollentlastungen hätten recht: Deutschland habe wirklich viel von seinen früheren Absatzgebieten im Ausland für dieses Produkt verloren, würde der um 33 1/2 Proz. erhöhte Zoll dazu beitragen, neue Absatzgebiete zu erschließen? Ist andererseits aber die deutsche Produktion wirklich gefährdet? Ein Blick in die Außenhandelsstatistik wird uns über diese „Gefahren“ aufklären. Im Jahre 1923 fand gar keine Einfuhr von Ogsäure statt! Im Jahre 1924 wurden ganze 32 Doppelzentner, und bis zum September 1925 91 Doppelzentner importiert, und zwar fast nur sogenannte Rückware, die also veredelt wieder ausgeführt wurde. Der Export dagegen, der 1912 47 100 Doppelzentner betrug, stellte sich 1923 auf 18 371 Doppelzentner, 1924 auf 29 679 Doppelzentner und bis September 1925 auf 34 886 Doppelzentner, dürfte also noch in diesem Jahr die

Friedensziffer ziemlich erreichen! Wo ist deshalb die deutsche Ogsäure-Produktion in Gefahr? In Deutschland kostet dieses Produkt ungefähr 50 M. per 100 Kilogramm, für den Export 45 M., in England 32 bis 33 Pfd. St. für die Tonne, d. h. also 65 bis 66 M. per 100 Kilogramm, ist also dort wesentlich teurer als bei uns. Wenn wir feststellen, daß sich in diesem Jahre alle Ogsäurefabriken in der Ogsäure G. m. b. H. in Oestrich im Rheingau zusammengeschlossen haben, die den Markt kontrolliert, werden wir den Scheiter des Gebelmisses für die Zollserhöhung lästern können. Der deutsche Zoll belastet das Produkt mit 25 Proz. des Wertes!

Ähnliches läßt sich bei der Milchsäure (Pol. 278) konstatieren. Hier wurde ein neuer Zoll von 20 M. eingeführt, die bisherige Zollfreiheit aufgehoben. Die Regierung begründete die Einführung mit ähnlichen Argumenten wie bei der Ogsäure, betonte aber bei der Milchsäure, daß die deutsche Industrie nach Verlust der landwirtschaftlichen Gebiete im Osten auf ausländisches Rohmaterial angewiesen sei. Nun gewinnt man Milchsäure aus allen stärkehaltigen Produkten, besonders aus versauften Kartoffeln. Gewiß haben wir gerade landwirtschaftliche Lebensmittelposten verloren, aber unsere Stärkezeugung dürfte für die Milchsäureproduktion noch hinreichen. Bei uns kostet Milchsäure ungefähr 46 M. per 100 Kilogramm, in England 44 Pfd. St. per Tonne, also 88 M. per 100 Kilogramm! Kein Wunder, daß Deutschland viel Milchsäure nach England liefert. Wir exportierten 1923: 7404 Doppelzentner, 1924: 8352 Doppelzentner und 1925 bis September: 12 246 Doppelzentner, also von Jahr zu Jahr steigt der deutsche Export, dürfte in diesem Jahr die doppelte Menge des Vorjahres erreichen. Nach den amtlichen Konkurrenzländern England und den Vereinigten Staaten gingen bisher in diesem Jahr 2359 bzw. 2573 Doppelzentner, also mehr als ein Drittel des ganzen Exports. Und die Einfuhr? Sie betrug 1923: 0 Doppelzentner, 1924: 12 Doppelzentner, bis September: 68 Doppelzentner, nur „Rückware“. Sie ist so lächerlich gering, daß sie keine noch so schwache deutsche Fabrik gefährden dürfte. Gewiß, Frankreich hat einen Zoll für Milchsäure, auch Italien, Belgien, Amerika, aber fördern wir die Ausfuhr unserer Qualitätszeugnisse, wenn wir nun um die Politik unserer Preisconventionen nicht zu fürren, Ruhhandel mit Zöllen treiben?

Artur Benz.

## Der neue Kurs in Dänemark.

Unser Kopenhagener Korrespondent schreibt uns: Im Mittelpunkt der wirtschaftspolitischen Erörterungen Dänemarks steht die kürzlich stattgefundene Wirtschaftskonferenz, der man in allen Kreisen mit größter Spannung entgegengesehen hatte. Man kann sagen, daß der zukünftige Kurs der dänischen Wirtschaftspolitik stark unter Einfluß der Entschlüsse und Anregungen der Industriekonferenz stehen wird. Die Konferenz selbst war von 200 Vertretern der dänischen Industrie und des Handels besucht, die unter Vorsitz des Staatsministers Stauning die Wege diskutierten, die Dänemark auf der gegenwärtigen Wirtschaftskrise herauszuführen sollen. Die Gewerkschaften hatten 37 Vertreter entsandt. Ihr Wortführer war der Vorsitzende des Schiedsverbandes, A. H. Hansen.

Das vorläufige Ergebnis der Konferenz ist die Einsetzung eines Ausschusses, der durch industrielle Arbeitgeber und industrielle Arbeitnehmer gebildet wird. Dieser Ausschuss wird gemeinsam mit dem Reichstagsausschuss unter Leitung des Erwerbsministeriums der Regierung konkrete Vorschläge für die Wirtschaftspolitik der nächsten Zeit machen. Wie ernst man sich diese Aufgabe denkt, geht aus der Aufforderung Staunings an die Ausschüsse hervor, der Regierung noch vor Weihnachten einen klaren, konkreten Plan vorzulegen.

Taktik und Auffassung der sozialistischen Regierung gegenüber dem Wirtschaftsprobleme ergeben sich am besten aus der Begrüßungsrede, die Staatsminister Stauning an den Industriekongress richtete. Er führte in dieser Rede u. a. folgendes aus:

„Wenn die Bevölkerung wünscht, ihr Heim in diesem Land zu bewahren, und wenn man will, daß die kommenden Geschlechter hier auch Lebensmöglichkeit haben sollen, so ist die Bewahrung und Weiterentwicklung unserer Industrie eine Lebensbedingung für unser Land. Ich meine, daß der erste Schritt zur Verbesserung der gegenwärtigen Situation eine Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen allen Faktoren, die ein gemeinsames Interesse in dieser Hinsicht haben, sein muß. Die gute Zusammenarbeit muß in erster Linie zwischen denen herrschen, die als Eigentümer, als Leiter, als Techniker und als Arbeiter mit der Industrie und dem Handwerk verbunden sind.“

Durch die Rede klingt ein ganz bestimmter Ton, der auf der Industriekonferenz auch von dem Vorsitzenden des Industrieverbands und von dem Wortführer der Gewerkschaften angeschlagen wurde. Dieser Ton zeigt sich ebenfalls in denjenigen Maßnahmen, auf die Stauning als besonders wichtig und richtunggebend hinwies. Es ist vor allem der Gedanke, den inländischen Markt für die heimische Industrie zu gewinnen und so, gestützt auf den inländischen Absatz, einen starken industriellen Export zu entwickeln. In diesem Sinne riefte Stauning vom reinen Freihandelsprinzip ab und empfahl eine aktive Zollpolitik durch Herabsetzung von Zöllen für industrielle Rohstoffe und ausländische Maschinen bzw. „Rifenzölle“ für besondere Industriezweige. Im übrigen sollen Staat, Kommunen und Industrie angehalten werden, in erster Linie dänische Produkte zu kaufen. Außerdem sollen den bedrohten Industrien unter gewissen Bedingungen Staatsunterstützungen gewährt werden. So beabsichtigt man z. B. der völlig darniederliegenden Textilindustrie durch eine Herabsetzung der Zölle für Textilmaschinen und Textilfarbstoffe, durch einen Schutz Zoll auf ausländische Textilfabrikate

un. unter die Arme zu greifen. Ueber das Regierungsprogramm hinaus haben aber die Vertreter der Industrie eine Reihe von Punkten zusammengestellt, die auf die Gewährung von Exportprämien hinführen. Besonders bemerkenswert ist, daß nicht nur die Regierung, sondern auch die Arbeitgebervertreter die Frage einer Lohnherabsetzung nur nebenbei berührten. Auch der Gewerkschaftsvertreter vertrat keine scharfe allgemeine Ablehnung einer Lohnherabsetzung. Im allgemeinen betonte er nach stärker als Stauning und der Arbeitgebervertreter die Notwendigkeit der Sicherung des dänischen Marktes für die „dänische Arbeit“.

Bemerkenswert sind die Kommentare, die die Industriekonferenz in der Presse gefunden hat. Die sozialdemokratischen und konservativen Blätter bezeichnen die Konferenz als einen ausgezeichneten Beginn für einen Zusammenschluß aller Wirtschaftsfaktoren in der Überwindung der Wirtschaftskrise. Sauer ist die Zustimmung der radikalen Presse, während die Presse der Bauernpartei einen durchaus ablehnenden Standpunkt einnimmt. Das kann weiter nicht auffallen, da sich die Haltung der Presse der Bauernpartei aus der gegenwärtigen Wirtschaftsstruktur und der wirtschaftlichen Entwicklung Dänemarks zur Genüge erklärt. Die liberalen Regierungen Dänemarks seit 1900 waren Ausdruck der Tatsache, daß die Landwirtschaft das Rückgrat der dänischen Wirtschaft bildet. Aber schon in den letzten Jahren vor dem Kriege hat sich die Struktur der dänischen Wirtschaft völlig geändert. Es gelang der dänischen Landwirtschaft nicht mehr, die Arbeitskräfte des Landes voll aufzunehmen. So mußten sich industrielle Unternehmer und industrielle Arbeitnehmer zusammenschließen, um der Industrie, die nunmehr dem dänischen Volk Brot und Arbeit gab, zur Anerkennung gegenüber der agrarischen Wirtschaftspolitik der Liberalen zu verhelfen. Die dauernde Krise der Nachkriegszeit hat dann weiter Arbeitgeber und Arbeitnehmer ganz natürlich gezwungen, ihren politischen und Klassengegensatz in den Hintergrund treten zu lassen gegenüber dem gemeinsamen Vorhaben, in Dänemark eine ausreichende Industrie zu schaffen. Schon 1918 und 1923 haben sich Konservative und Sozialdemokraten, oder, besser gesagt, Arbeitgeber und Arbeitnehmer der Industrie zusammengesetzt, um industrielle Schutzzölle zu schaffen. Das ist eine Tatsache, die nicht zu bestreiten ist. Die Industriekonferenz bedeutet die Weiterführung dieser Linie.

Rachwort der Redaktion: Die Entwicklung Dänemarks zum protektionistischen System birgt — wie jeder Protektionismus — schwere Gefahren für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes und seine Handelsbeziehungen mit dem Ausland. Wir möchten wünschen, daß sich Dänemark nicht von der internationalen Schutzzollwelle mitreißen läßt; daß aber ein solcher Wunsch im Ausland das notwendige Echo findet, solange Deutschland, der industriell viel mächtigere Nachbar Dänemarks, sich auf die Krücken der Hochschutzzollpolitik stützt — das ist leider nicht zu erwarten.

## Der Pfandbriefumlauf der Landschaften.

### Erstmalige Veröffentlichung der Umlaufziffern.

Für die Sicherheit der Goldpfandbriefe, die um so mehr zur Hauptanlage für Ersparnisse werden, je mehr in Deutschland wieder zurückgelegt und erspart werden kann, ist die Menge der von den Pfandbriefbanken herausgegebenen Pfandbriefe und die Sicherheit der den Pfandbriefen zugrundeliegenden Hypotheken entscheidend. Da die Kreditnachfrage in Deutschland heute noch unbegrenzt, sichere Beliehungsobjekte infolge der Unsicherheit der Verhältnisse aber selten sind, wird die Pfandbriefausgabe leicht überspannt. In sehr erheblichem Maße ist das auch tatsächlich bei einigen von den sogenannten Landschaften geschehen, die für landwirtschaftliche Grundstücke Hypothekendarlehen gewähren, und sich die Mittel dazu durch die Ausgabe von Pfandbriefen verschaffen. Die Folge war, wie bekannt, eine starke Beunruhigung des Pfandbriefmarktes und eine teilweise sehr weitgehende Verminderung der Pfandbriefkurse. Die Preußische Zentral-Landschaft, in der einige der wichtigsten Landschaften zusammengefaßt sind, hat sich daher ent-

schlossen, um wenigstens die Öffentlichkeit über den Umfang der Pfandbriefausgaben zu informieren, alle zwei Monate die von ihr und den ihr angeschlossenen Landschaften ausgegebenen Pfandbriefsummen zu veröffentlichen. Diesem Versprechen kommt die Preußische Zentral-Landschaft jetzt zum ersten Male nach.

Die Veröffentlichung betrifft die bis zur Stabilisierung der Währung ausgegebenen Pfandbriefe in Papiermark, die 5- und 10prozentigen Roggenpfandbriefe, die kurz vor der Stabilisierung der Währung und zum Teil noch nachher gewissermaßen als wertbeständiges Geld ausgegeben worden sind und die neueren sogenannten Goldpfandbriefe zu 8 und 10 Prozent. An alten Marktpfandbriefen sind danach insgesamt im Umlauf für 2 Milliarden 313 Millionen Mark. Wie bekannt, gehören diese Pfandbriefe nach dem Aufwertungsgefeß zu der Teilungsmasse, in die sich die Pfandbriefgläubiger nach Maßgabe der durch die Hypothekenaufwertung herkommenden Mittel zu teilen haben. An Roggenpfandbriefen, die gewissermaßen eine landwirtschaftliche Spezialwährung darstellen, da sie nicht auf Geld, sondern auf Roggenmengen lauten, sind insgesamt für 18,22 Millionen Zentner Roggen im Umlauf (was bei den heutigen Preisen etwa 135 Millionen Mark entspricht). Und zwar 5prozentige 15,42 Millionen und 10prozentige 2,80 Millionen Zentner. Die Hauptemissionen der 5prozentigen Roggenpfandbriefe sind von der Zentral-Landschaft (6,48 Millionen) und von der Schlesischen Landschaft (6,28 Millionen Zentner) erfolgt. 10prozentige Roggenpfandbriefe sind ausschließlich von der Zentral-Landschaft (0,98 Millionen) und von der Pommerischen Landschaft (1,82 Millionen) ausgegeben worden. Wenn diese Summen auch sehr beträchtlich sind, so war die Ausgabe von Roggenpfandbriefen doch nur vorübergehender Natur, was bei den stark schwankenden Roggenpreisen auch nicht anders möglich ist.

Wie bei den privaten Hypothekendarlehen spielen auch bei den Landschaften die 8- und 10prozentigen Goldpfandbriefe heute die Hauptrolle. Von diesen sind bis jetzt durch die Zentral-Landschaft und die angeschlossenen neuen Landschaften insgesamt 282,11 Millionen ausgegeben. Davon fallen auf 5prozentige 78,20 Millionen, auf 10prozentige 203,91 Millionen. Es zeigt sich also, daß in der Landschaft der 10prozentige Goldpfandbrief weit aus der Herrschende geworden ist. Die größten Summen der 5prozentigen Ausgaben entfallen mit 21,62 Millionen auf die Zentral-Landschaft, mit 23,82 Millionen auf die Schlesische Landschaft (deren Kurse am meisten gewichen sind) und mit 17,72 Millionen auf die Pommerische Landschaft. Von den 10prozentigen Goldpfandbriefen kommen dagegen 81,02 Millionen auf die oberschlesische, 74,60 Millionen auf die Neue Pommerische und 48,20 Millionen auf die Sächsische Landschaft.

Man muß es begrüßen, daß die Landschaften unter dem Druck der Öffentlichkeit endlich dazu übergegangen sind, von sich aus die Öffentlichkeit über den Stand ihrer Emissionen zu informieren, nachdem keine gesetzliche Handhabe bisher dafür gegeben war. Es ist auch das ein Stück Rationalisierung der Wirtschaft, und es ist nur bedauerlich, daß auf dem Pfandbriefmarkt soviel Unheil angerichtet worden ist, bevor sich die auf ihre alten ständischen Vorrechte pochenden Landschaften zur Zulassung der im öffentlichen Interesse absolut notwendigen Kontrolle entschlossen.

Die Fusionen im Maschinenbaukonzern. Die Generalversammlung der R. W. Maschinenbau- und Industrie A.-G., Frankfurt a. M., der Ammo, Gießerei u. Konzege, Braunschweig, der Maschinenbauanstalt und Maschinenfabrik Gebr. Sed. Dresden, der R. W. A.-G., Braunschweig, der Hugo Groffmann A.-G., Frankfurt, und der Kappler Maschinenfabrik A.-G., Berlin, genehmigten die bekannten Fusionsverträge. Das R. W. der Riga wird auf 12 Millionen Reichsmark erhöht. Bezüglich der Fusionssteuer wurde mitgeteilt, daß man wenigstens mit einer Stundung der Beträge rechnen könne. Hinsichtlich des durch die Fusion verursachten Personalabbaus betonte die Verwaltung, daß dieser ohnehin bei der gegenwärtigen Geschäftslage nötig werden würde.

Katastrophale Arbeitslosigkeit auch in Russland. Uns wird geschrieben: Aus dem offiziellen Ausweis der Moskauer Arbeitslosen registriert waren, daß dort am 1. Oktober 125 171 Arbeitslose registriert waren. Von diesen entfielen 104 961 auf das eigentliche Stadtgebiet von Moskau und 20 210 auf die Kreise vor Moskau. Wenn man berücksichtigt, daß Moskau nur etwa den vierten Teil der Einwohner Berlins hat, so darf wohl ohne Übertreibung gesagt werden, daß die Sowjethauptstadt die meisten Arbeitslosen aller Städte der Welt hat. Aus weiteren Angaben ist zu entnehmen, daß am 1. Oktober in Moskau und in den Moskauer Kreisen 49,4 Proz. Frauen, 5,1 Proz. Halbwüchsige und 42,1 Proz. etwa 49 Jahre alte Männer arbeitslos waren. Die Zahl der arbeitslosen Mitglieder der Gewerkschaften ist geradezu katastrophal; 48,7 Proz. aller Gewerkschaftsmitglieder sind arbeitslos. Unter den Arbeitslosen sind relativ am stärksten betroffen: Angestellte des Sowjethandels, Nahrungsmittel- und Textilarbeiter.

Ein sehr beliebtes  
**Weihnachtsgebäck**  
ist  
**Spelutius**  
nach  
**Dr. Oetker's Rezept:**

1/4 Pfd. Butter	1 Pfd. Weizenmehl
1/2 Pfd. Zucker	1 Päckchen von Dr. Oetker's
1/2 Pfd. feingehackte Mandeln	Backpulver „Backin“
2 Eier	Die abgeriebene Schale von
5 g Zimt	1/2 Zitrone

**Zubereitung:** Die Butter rührt man zu Sahne, fügt Zucker, Eier, Mandeln, Zimt und zuletzt das mit dem Backin gemachte Mehl hinzu. Da in roht man den Teig auf einem Backblech messerrückendick aus, nötigenfalls fügt man noch etwas Mehl hinzu und sticht mit kleinen Blechformen Pätzchen aus, die auf einem gebutterten Blech knusperig gebacken werden. Es empfiehlt sich, das Gebäck in Blechdosen aufzubewahren, damit es längere Zeit knusperig bleibt.

In den Berliner Hausfrauen-Vereinen kommt nur Dr. Oetker's Backpulver „Backin“ zur Verwendung.

Verlangen Sie vollständige Rezeptbücher in den Geschäften, wenn vergriffen, umsonst und portofrei von:

**Dr. A. Oetker, Bielefeld**

**Wichsmaedel**  
Das beste und sparsamste  
Preis 1/4 Dose 75 Pfennig, 1/2 Dose 1,40, 1 Dose 2,50 Mark  
Erhältlich in allen einschlägigen Geschäften.  
Wichsmaedel-Werk, Dresden-Berlin, Fernsprecher: Moritzplatz 11 360

# Die Neuregelung der Lohnsteuer.

Vom Reichstag nach den Ausschlußbeschlüssen verabschiedet.

Der Reichstag beriet gestern über den Gesetzentwurf zur Senkung der Lohnsteuer. Den Bericht über die Verhandlungen im Steueraussschuß gibt Dr. Herz (Soz.) Die Einzelheiten der Ausschlußbeschlüsse sind in der Presse bereits mitgeteilt worden.

Staatssekretär Pöppel erklärt das Einverständnis der Regierung mit den Beschlüssen, darüber hinaus aber könne sie nicht gehen, und er bitte, alle Erweiterungsanträge abzulehnen.

Abg. Höflein (Komm.) wendet sich gegen das System der Lohnsteuer und fordert stärkere Heranziehung der bestehenden Klassen. Der Redner begründet einen Antrag, den steuerfreien Lohnbetrag auf 1500 Mark zu erhöhen.

Abg. Dr. Gerde (Dnat.) begründet einen Antrag, wonach die Abzüge für das fünfte und sechste Kind erhöht werden sollen. Ein anderer Antrag verlangt, daß für Kinder über 18 Jahre, die eine fremde Arbeitskraft ersetzen und nicht besonders zur Einkommensteuer veranlagt werden, auf jeden Fall ein steuerfreier Betrag von je 600 Reichsmark in Abzug gebracht werde. Dieser Antrag solle besonders den kleinen landwirtschaftlichen Betrieben eine Erleichterung bringen.

Abg. Frau Dr. Mah (D. Sp.) begrüßt die jetzt erreichte Erhöhung der Abzüge für kinderreiche Familien. Es müßten in der Steuerpolitik noch weitere Maßnahmen getroffen werden, die den kinderreichen Familien das Leben erleichtern.

Abg. Dr. Herz (Soz.):

Der Gesetzentwurf der Regierung, auch in der Fassung des Ausschusses, rechtfertigt die Haltung der Sozialdemokratie bei der Beratung der Steuererlasse im vorigen Sommer. Damit ist zugleich eine Beurteilung der Regierung ausgesprochen, die unsere damaligen Anträge abgelehnt hat und der Parteien, die die Regierung dabei unterstützt haben. Wenn man noch einen Zweifel an unserer damaligen Haltung hegen konnte, so schwindet er bei dem Vergleich der Zahlen, die uns jetzt vorgelegt wurden und die durchaus mit denen übereinstimmen, die wir damals aufgestellt haben. Ich sage das, weil es zeigt, wie richtig es ist, wenn man weniger auf die Zahlen der Regierung weit mehr eintrifft, als die Regierung im August berechnet hatte. In den ersten 9 Monaten des laufenden Geschäftsjahres beträgt der Mehrbetrag aus der Lohnsteuer mindestens 200 Millionen Mark. Das ist eine an und für sich bedeutungsvolle Tatsache, sie wird noch dadurch erhöht, daß zu gleicher Zeit die Erträge aus den übrigen Steuerarten zurückgegangen sind. Man muß berücksichtigen, daß die Finanzen des Reichs durch die Rückgänge von Vermögens-, Erbschafts- und Einkommensteuer bei der Verteilung der Belastung eine Entwicklung schaffen, die mit dem Volksempfinden im stärksten Widerspruch steht. Auf diese Lage haben wir in unseren Anträgen bereits Rücksicht genommen. In diesem Augenblick war es nicht möglich, eine Mehrheit für unsere Anträge zu finden. Außer dem stand dem Einwand der Regierung entgegen, daß sie weitergehende Anträge nicht durchführen könne, wenn sie nicht die Senkung der Lohnsteuer vom 1. Januar ab gefährden wolle. Unter diesen Umständen stimmen wir für den Beschluß, der im Ausschusse gefaßt worden ist.

Die von der Regierung vorgebrachten Zahlen haben aber insofern eine gewisse Bedeutung, als sie den Einwand der Unternehmer widerlegen, als ob die höheren Erträge durch die Leistungen der Direktoren und leitenden Angestellten verursacht worden seien. Sie haben im Oktober ein Rundschreiben veröffentlicht, das Material zu diesem Zwecke sammeln sollte und in dem es heißt, es bestehe die Gefahr, daß nach dem Zusammenretten des Reichstags eine Senkung der Lohnsteuer vorgenommen werde.

Die Herren von der Industrie wollen also, daß die Steuerlasten der Arbeiter in der bisherigen Höhe bestehen bleiben, damit sie um so besser ihre eigenen Forderungen nach Senkung der Besitzsteuern durchzuführen können.

Dem deutschnationalen Antrag wird meine Fraktion nicht zustimmen. Ich hätte gewünscht, daß der deutschnationale Redner den strengen Maßstab von sachlicher Arbeit, den er an die Tätigkeit der Kommunisten angelegt hat, bei seinen eigenen Freunden zuerst angewendet hätte. Für ihren Antrag haben die Deutschnationalen weniger sachliche als agitatorische Gründe. Nach den Beratungen im Steueraussschuß ist eine Abänderung des Beschlusses nicht mehr möglich, wenn wir nicht das Inkrafttreten der Senkung der Lohnsteuer verhindern wollen. Der von Frau Abg. Dr. Mah begründete Antrag, der den kinderreichen Familien eine Erleichterung bringen soll, hat deshalb eine anti-soziale Bedeutung, weil er die höheren Einkommen berücksichtigen will und damit die untersten Steuergruppen belastet. Tatsächlich genießen schon nach den bisherigen Bestimmungen die kinderreichen Familien der unteren Einkommensstufen eine weitgehende Berücksichtigung. Wir werden aber trotzdem dem Antrag zustimmen, weil die Berücksichtigung der kinderreichen Familien eigentlich eine Selbstverständlichkeit ist und wir der Regierung Gelegenheit geben wollen, die Frage noch einmal nachzuprüfen. Wir müssen uns auch gegen die formalistischen Anträge wenden, für die wir zwar volles Verständnis haben, weil ihre Tendenz in der Richtung der von uns betriebenen Politik liegt. Aber im jetzigen Augenblick sind diese Anträge, soweit sie die Streichung der Lohnsteuer im Januar und Februar betreffen, nicht vertretbar, weil wir unsere Aufgabe darin sehen, die Mittel dazu aufzubringen, die zur Unterhaltung derjenigen Bevölkerungsschichten dienen sollen, die gar kein Einkommen haben. Die Forderung nach Erhöhung des Existenzminimums haben wir stets erhoben, sie wird nicht mehr von der Tagesordnung verschwinden. Dieser Antrag muß bei den weiteren Beratungen des Steueraussschusses zur Verhandlung kommen. Im Augenblick müssen wir die dringendsten Wünsche erfüllen, aber wir werden bald wieder Gelegenheit nehmen, uns wieder über das Problem der Lohnsteuer zu unterhalten. (Beifälliger Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Horlacher (Bayr. Sp.) befürwortet gleichfalls den Antrag auf Abzug eines steuerfreien Betrages von je 600 Mark für Kinder über 18 Jahre, die eine fremde Arbeitskraft ersetzen.

Staatssekretär Pöppel will nicht gelten lassen, daß es sich bei dem Antrag Dr. Horlacher nicht um eine Durchbrechung des Steuersystems handelt; auf dem vorgelegenen Wege lasse sich das nicht durchführen. Es habe kein Einkommenssteuergesetz gegeben, das eine solche Ausnahme zulasse. Er bitte, den Antrag abzulehnen.

Abg. Kling (Wirtsch. Bga.). Die Annahme des Antrages Horlacher würde nur einen Tropfen auf einen heißen Stein bedeuten, er ist aber trotzdem zu unterstützen.

Abg. Dr. Bräunig (Z.) beantragt die Ueberweisung des Antrages an den Steueraussschuß.

Der Antrag Horlacher wird dem Steueraussschuß überwiesen.

Unter Ablehnung aller weiteren Änderungsanträge wird die Vorlage in der Fassung des Ausschusses angenommen.

Danach bleiben

## bei der Lohnsteuer

vom Arbeitslohn jährlich 1200 M. steuerfrei und zwar 720 M. als steuerfreier Lohnbetrag (sogenanntes steuerfreies Existenzminimum), 240 M. zur Abgeltung der Verdunungskosten und 240 M. zur Abgeltung der Sonderleistungen.

Außerdem bleiben steuerfrei für die Ehefrau und für jedes minderjährige Kind je 10 Proz. des nach Abzug der 1200 M. verbleibenden Arbeitslohns, mindestens aber 120 M.

für die Ehefrau, 120 M. für das erste Kind, 240 M. für das zweite Kind, 480 M. für das dritte Kind, 720 M. für das vierte Kind, je 960 M. für das fünfte und jedes folgende Kind.

## Bei der veranlagten Einkommensteuer

werden in ähnlicher Weise Abzüge gemacht. Einkommen unter 1300 M. im Jahr sollen überhaupt nicht veranlagt werden, also steuerfrei bleiben. Diese steuerfreie Grenze von 1300 Mark soll sich bei den verheirateten Steuerpflichtigen noch erhöhen für die Ehefrau um 100 M., für das erste Kind um 100 M., für das zweite Kind um 180 M., für das dritte Kind um 360 M., für das vierte Kind um 540 M., für das fünfte und jedes folgende Kind um je 720 M.

Im übrigen werden von dem Einkommen bei der Veranlagung abgezogen 720 M. als steuerfreies Einkommensteil, sofern das Einkommen 10000 M. im Jahre nicht übersteigt, sowie ferner für die Ehefrau und jedes minderjährige Kind je 8 Proz. des nach Abzug der 720 M. verbleibenden Einkommens, jedoch höchstens 600 M. für die Frau und jedes Kind, insgesamt aber nicht mehr als 8000 M., der Abzug für die Familienangehörigen soll aber mindestens betragen für die Ehefrau 100 M., für das erste Kind 100 M., für das zweite Kind 180 M., für das dritte Kind 360 M., für das vierte Kind 540 M., für das fünfte und jedes folgende Kind je 720 M.

# Einheitliche Stimmabgabe im Reichsrat!

## Der Gesetzentwurf vor dem Landtag — Scharfe Opposition von Zentrum, Kommunisten und

## Deutschnationalen.

Im Landtag legte gestern bei der 3. Beratung der allgemeinen Finanzvermehrung Abg. Dr. v. Richter (D. Sp.) Verwahrung ein gegen die Angriffe des Abg. Hellmann (Soz.) über den Fall der Zwangspensionierung des Dr. Adams vom Preussischen Oberverwaltungsgericht.

Der Rest des Haushalts wird ohne weitere Debatte bis auf die Abstimmungen erledigt.

Das Haus nahm darauf nach kurzer Debatte das Lippe-Gesetz in 2. und 3. Lesung an. Der Gesetzentwurf hat die Bildung einer Genossenschaft zum Gegenstand.

Es folgt die zweite Beratung des Entwurfs zur Änderung des Gesetzes über die

## Bestellung von Mitgliedern des Reichsrates

durch die Provinzialverwaltungen.

Abg. Dr. Badt (Soz.)

gibt als Berichterstatter eine eingehende Schilderung des Kampfes um die einheitliche Abgabe der preussischen Stimmen im Reichsrat. Zwei Fragen stehen im Vordergrund der Erörterungen: 1. die Frage der Einführung der Stellvertreter und 2. die Frage der Möglichkeit, durch ein preussisches Gesetz die einheitliche Stimmabgabe im Reichsrat festzusetzen. Es ist ein unhaltbarer Zustand, daß im Behinderungsfall nicht der gleichfalls vom Provinzialausschuß bestimmte gesetzliche Vertreter, sondern irgendein anderes Mitglied irgendeiner anderen Provinz eintritt. Auf diese Weise ist eine Provinz völlig unvertreten. So hat z. B. Ostpreußen bei seiner inzulassen Lage ein besonderes Interesse an der Vertretung. Was ist aber festzustellen?

Das ostpreussische Mitglied des Reichsrats, Freiherr v. Gayl, war z. B. bei 42 Vollzügen des Reichsrats nur in 19 selbst anwesend.

War er verhindert, dann beauftragte er nicht seinen ostpreussischen Vertreter, sondern irgendein anderes Mitglied einer anderen Provinz. Der Ausschuss tritt deshalb dafür ein, daß im Falle der Behinderung jedes Mitglied verpflichtet ist, mit der Vertretung seinen gewählten Stellvertreter zu beauftragen. Bisher wurde jedes Mitglied und sein Stellvertreter gesondert nach den Grundzügen der Mehrheitswahl gewählt. Die Sozialdemokraten haben deshalb im Ausschuss einen Antrag gestellt, der einen Wahlgang nach den Grundzügen der Verhältniswahl vorsieht. Dieser Antrag wurde im Ausschuss nicht angenommen, wird aber im Plenum neu gestellt werden. Bei der Frage der einheitlichen Stimmabgabe der 26 preussischen Stimmen war sich die Mehrheit des Ausschusses darin einig, daß der bisherige Zustand unerträglich ist. Die Ausschlußmehrheit war der Auffassung, daß der entscheidende Gesichtspunkt seinerzeit von dem Abg. Koch (Dem.) in der Nationalversammlung dahin präzipiert wurde, daß die Regelung der Frage, ob einheitliche Stimmabgabe oder Instruktion der Mitglieder oder nicht Preußen überlassen werden müsse. Diesen Standpunkt teilt auch das Reichsinnenministerium, wie aus einem Schreiben vom 2. September 1924 hervorgeht. Darin heißt es: „Die Bestimmung des Stimmrechts der von den preussischen Provinzialverwaltungen bestellten Mitglieder des Reichsrats im Rahmen des Artikels 63 der Reichsverfassung ist nach der Reichsverfassung eine Angelegenheit Preußens. (Abg. Lauscher 13): Im Rahmen des Artikels 63) sowohl im Rahmen, weil Artikel 63 ausdrücklich die Worte enthält: „Nach Maßgabe eines Landesgesetzes.“ Der Ausschuss will also, daß in den Vollzügen des Reichsrats die Stimmen Preußens gemäß der Entscheidung in der Vorberatung einheitlich durch ein vom Staatsministerium bestimmtes Mitglied abgegeben werden sollen. Jedem gewählten Mitglied soll es aber freistehen, seine abweichende Stellungnahme im Reichsrat bekanntzugeben.

Die Weiterberatung wird dann unterbrochen.

Ohne Debatte überweist das Haus einen Antrag dem Hauptausschuß, der eine einmalige Beihilfe an die Beamten und staatlichen Angestellten verlangt.

Dann werden die restlichen Abstimmungen zu den Etats vorgenommen. Beim Ministerium für Volkswirtschaft wird ein kommunistischer Antrag, der das Staatsministerium ersucht, das in Bob Solbrunn in Schlesien dem Fürsten von Pleß gehörige Kurhotel „Schlosslicher Hof“ auf dem Wege der Zwangsenteignung zu erwerben und in ein Kinderheim für den Badenburger-Neuroder Industriebezirk umzuwandeln, dem Ausschuss für Bevölkerungspolitik überwiesen.

Anträge des Zentrums und der Deutschen Volkspartei auf Milderung der Arbeits- und Erwerbslosigkeit im besetzten Gebiet finden die Zustimmung des Hauses. Gleichfalls Annahme findet ein Entschuldigungsantrag, der darum ersucht, zur Linderung der Notlage der Erwerbslosen und der verarmten Bevölkerung in den Großstädten und Industrieregionen zur Fürsorge für den Winter unverzüglich Geldmittel den öffentlichen und kirchlichen Wohlfahrtsämtern zur Verfügung zu stellen.

In einem weiteren angenommenen Entschuldigungsantrag wird das Staatsministerium ersucht, Maßnahmen zu treffen, daß

## der Austausch von Gesundheitszeugnissen

vor dem Eingehen der Ehe empfohlen wird. — Annahme gegen Deutschnationale und Kommunisten fand auch der Antrag, in das Ständesamtsprotokoll die Frage aufzunehmen: „Sind Gesundheitszeugnisse ausgetauscht?“ — Gegen die gleiche Wiederholung stimmte das Haus schließlich dem Antrage zu, daß nach Ablauf von zwei Jahren durch Statistik festgestellt werden soll, wie sich der Austausch der Gesundheitszeugnisse eingeführt hat.

Der kommunistische Antrag auf Aufhebung der Hauszinssteuer wird gegen die Stimmen der Kommunisten, der Deutschnationalen und der Deutschnationalen abgelehnt. Im

Die Vorlage wird darauf auch in dritter Lesung angenommen und mit ihr die Entschließung der Abg. Frau Dr. Mah zugunsten der kinderreichen Familien.

## Die dritte Beratung des Landwirtschaftssets

wird hierauf fortgesetzt.

Abg. Weidenhöfer (Bölk.) wirft der bisherigen Regierung zu wenig Aktivität bei Hilfsmaßnahmen für die Wirtschaft vor. Die Zollvorlage, die der Landwirtschaft helfen sollte, sei unwirksam gemacht worden durch die Handelsvertrags-Abchlüsse der Regierung.

Abg. Dorffhellen (Dnat.) meint, daß die Linksparteien bei der Schutzpolitik die Bedeutung der Landwirtschaft nicht so gewürdigt hätten, wie es ihr zukäme. Die Landwirte dürften jetzt nur das Notwendigste an Maschinen und Düngemitteln kaufen, wenn sie nicht in Schwierigkeiten geraten wollten. Für die deutschen Landwirte seien die Ratsschlüsse, die ihnen die Sozialdemokraten gäben, nicht zu gebrauchen. Bei der großen Zahl der Landwirtschafteigenschaften spiele es keine besondere Rolle, daß einige von ihnen in Schwierigkeiten geraten seien.

Um 7¼ Uhr vertagt sich das Haus auf Donnerstag, nachmittags 1 Uhr, mit der Tagesordnung: Kleinere Vorlagen und Fortsetzung der 3. Beratung des Haushalts des Landwirtschaftsministeriums.

nationalen und der Deutschnationalen abgelehnt. Im übrigen wird dieser Etat sowie der der Oberrechnungskammer und der Staatsschuld ohne wesentliche Änderungen angenommen. — Damit ist die dritte Etatberatung auch mit den Abstimmungen beendet.

Das Haus wendet sich dann der Abstimmung des Gesetzentwurfes zur Änderung des Feld- und Forstpolizeigesetzes in zweiter Beratung zu und nimmt die Vorlage ohne wesentliche Änderungen in der Ausschlußfassung an. Bei Versuch und Beihilfe zu Feld- und Forstdiebstählen sollen mildere Strafbestimmungen Platz greifen.

Das Haus setzt hierauf die zweite Beratung des Gesetzes über die Bestellung von Mitgliedern des Reichsrates fort.

Die eigentliche Regierungsvorlage ist in der Debatte nicht umstritten; sie will auch nur gewisse wahltechnische Uebergangsbestimmungen, die bisher für Ober- und Niederschlesien sowie für die Provinz Grenzmark-Posen-Westpreußen bestanden, und die nunmehr überflüssig geworden sind, streichen. Umstritten sind nur die bereits erwähnten Ausschlußbeschlüsse.

Abg. Baedeker (Dnat.) lehnt für seine Partei die Ausschlußbeschlüsse ab.

Abg. Lauscher (Z.) geht näher auf die Materie ein. Er wendet sich gegen den Zwang einheitlicher Stimmabgabe der preussischen Vertreter im Reichsrat und verweist darauf, daß die Ausschlußbeschlüsse nur mit einer kleinen Mehrheit durch die Sozialdemokraten, Deutsche Volkspartei, Demokraten, Wirtschaftliche Vereinigung und Kommunisten zustande gekommen seien. Dadurch solle den Provinzen ein Recht genommen werden, daß sie 4½ Jahre unangestastet hätten. Zu begründen sei die beabsichtigte Bestimmung einer eingehenden vorherigen Führung der Provinzialvertreter mit der Staatsregierung vor der Beschlußfassung in den Ausschüssen und im Plenum des Reichsrats. Auch das Zentrum wäre bereit, einen Weg zu suchen, der die Zersplitterung der preussischen Stimmen nach Möglichkeit vermeide. Die Provinzen aber müßten die ihnen in der Verfassung gewährten Rechte wenigstens zum großen Teil behalten. Um eine nochmalige Beratung dieser wichtigen Angelegenheit zu ermöglichen, ersucht der Redner in einem Antrage um Zurückverweisung der Vorlage an den Verfassungsausschuß.

Abg. Dr. Badt (Soz.) setzt sich mit dem vom Abg. Baedeker (Dnat.) und Dr. Lauscher (Z.) vertretenen Standpunkt auseinander und legt demgegenüber den Standpunkt seiner Freunde dar.

Abg. Dr. v. Campe (D. Sp.) wendet sich ebenfalls gegen die Abgg. Baedeker und Dr. Lauscher. Mit dem Standpunkt, in besonderes Recht dürfe nicht eingegriffen werden, mache man jeden Fortschritt unmöglich. Fühlung in Berlin mit den Provinzen sei wünschenswert. Ein Staat, der gezwungen ist, in lebenswichtigen Fragen seiner eigenen Angelegenheiten auseinanderstimmen zu müssen, gibt seine Selbstständigkeit und Ehre preis! (Beifällige Zustimmung bei der Deutschen Volkspartei.) Alle Vertreter, auch die von den Provinzen bestellten, sind Vertreter der preussischen Regierung! Das war auch seinerzeit die Auffassung einer Autorität wie Preuß sie war. Er hat immer betont, daß sämtliche Mitglieder dem Landtag verantwortlich sind. Das ist doch nur bei einheitlicher Abstimmung möglich! Der Aug. Hausmann hat als Berichterstatter in Weimar ausdrücklich hervorgehoben, daß die nähere Bestimmung über die Stimmabgabe ausdrücklich einem preussischen Landesgesetz vorbehalten bliebe. Es kann kein Zweifel sein, daß die einheitliche Stimmabgabe nach der Reichsverfassung zulässig ist. (Beifall bei der Deutschen Volkspartei.)

Abg. Schwenk (Komm.) erklärt, um eine parlamentarische Kontrolle zu ermöglichen, stimme die kommunistische Fraktion für die Ausschlußbeschlüsse.

Abg. Falk (Dem.) hält trotz aller Angriffe an dem von seiner Fraktion angenommenen Standpunkt fest. Es handle sich um den Artikel 63 der Verfassung und Debatteredner hätten erklärt, daß auch der Schöpfer der Verfassung, Preuß, sich gegen die Auslegung wende, die aus den Beschlüssen des Verfassungsausschusses hervorgehe. Preuß, so betont der Redner, hat mir noch wenige Wochen vor seinem Tode erklärt, daß meine Auffassung von diesem Verfassungsteil die richtige ist und mich ermächtigt, dies öffentlich auszusprechen. Das Leben des Staates richtet sich nicht nach zivilrechtlichen Grundzügen, sondern nach den Notwendigkeiten des Augenblicks.

Abg. Preße (D. Hannov. P.) lehnt die Ausschlußbeschlüsse ab, soweit sie die einheitliche Stimmabgabe betreffen.

Abg. Baedeker (Dnat.) wendet sich gegen die Auslegung der in Frage kommenden Verfassungsteile durch den Abg. v. Campe. Damit schließt die Aussprache.

Der Antrag auf Zurückverweisung der Vorlage an den Ausschuss wird gegen Deutschnationale und Zentrum abgelehnt.

In der Abstimmung in zweiter Lesung über die Vorlage wird der die Vertretung bestimmende Gesetzestext gegen Deutschnationale und Zentrum angenommen. — Der Zwang zu einheitlicher Stimmabgabe der preussischen Vertreter im Reichsrat wird in namentlicher Abstimmung entschieden. Diese Abstimmung ergibt die Beschlußunfähigkeit des Hauses, da nur 153 Mitglieder des Hauses ihre Karten abgegeben haben. Die Kommunisten, das Zentrum und die Deutschnationalen sowie die Deutsch-Hannoveraner haben sich an der Abstimmung nicht beteiligt.

Um ¾ Uhr vertagt sich der Landtag auf Donnerstag 12 Uhr: Kleine Vorlagen.

Im letzten Landtagsbericht wird der Genosse Jachert als Redner der Partei für die Erwerbslosen der Textilindustrie angeführt. In Wirklichkeit hat zur Erwerbslosenfrage Genosse Sabath gesprochen, der die Gelegenheit benutzte, um die Erwerbslosen zu schildern, die nicht nur bei den Textilarbeitern, sondern allgemein vorhanden ist.

# Wichtige Entscheidung im Lehrlingswesen

Die Allgemeinverbindlichkeit gilt auch für Lehrlinge.

Der Deutsche Nahrungs- und Genussmittelarbeiterverband hat mit den Unternehmern der Süßwarenindustrie einen für allgemein verbindlich erklärten Tarifvertrag abgeschlossen. Auf Grund dieses Tarifvertrages klagte der Konfiteurlehrling Neumann auf Zahlung des Tariflohnes vor dem Berliner Gewerbegericht. Die Kammer 14 des Gewerbegerichts wies den Kläger ab. Die beklagte Firma sei ein Handwerksbetrieb. Die Allgemeinverbindlichkeit des Tarifs erstreckte sich auf den Handwerksbetrieb bezüglich der Regelung der Arbeitsverhältnisse der Lehrlinge nur insoweit, als nicht durch Handwerkskammern und Innungen innerhalb ihrer gesetzlichen Befugnisse anderweitige Bestimmungen getroffen sind oder getroffen werden. Zur Beantwortung der Frage, ob dem Kläger trotz der Regelung die Rechte aus dem allgemein verbindlichen Tarifvertrage bezüglich seiner Entschädigung zustehen, entschied die Kammer 14 des Berliner Gewerbegerichts dahin, daß die Richtlinien der Handwerkskammer maßgebend seien.

Zur Begründung dieser unhaltbaren Auffassung wurde weiter ausgeführt:

Der Reichsarbeitsminister meint in seinem Erlaß vom 20. November 1920, daß sich die Befugnisse der Handwerkskammer nur auf die öffentlichrechtliche Seite des Lehrlingswesens beziehen sollten. Nun ist aber wohl allermächtig anerkannt, daß die Handwerkskammern Bestimmungen über Lehrzeit und Kündigungsgründe festsetzen können. Diese Befugnisse sind nicht öffentlichrechtlicher Natur und stehen im engsten Zusammenhang mit der Frage der Entlohnung. Es erscheint demnach nicht angebracht, die Lohnfrage bei Lehrlingen herauszunehmen und tariflicher Regelung zu unterwerfen.

In der Berufungsinstanz wurde diese Entscheidung aufgehoben.

## Das Urteil der 8. Zivilkammer des Landgerichts I Berlin

vom 22. Oktober 1925 (23 S 61/25) besagt:  
Das Gericht ist mit der herrschenden Lehre der Ansicht, daß der Lehrvertrag tatsächlich ein Arbeitsvertrag ist, denn er enthält auf der einen Seite des Lehrlings Pflichten zur Leistung von Diensten zum Zwecke der Berufserlernung und auf der anderen Seite des Lehrherrn Pflicht der berufsmäßigen Ausbildung. Diese Pflicht des Lehrherrn ist die Gegenleistung für die ihm geleisteten Dienste. (Vgl. Rastel, Arbeitsrecht, 1925, S. 145.) Unerheblich ist daher in dieser Richtung, ob der Lehrherr an den Lehrling eine Vergütung zahlt, wie dies jetzt gewöhnlich geschieht, weil die wirtschaftlichen Verhältnisse es in den meisten Fällen den dem Lehrling Unterhaltspflichtigen nicht gestattet, ihn ausreichend während der Lehrzeit zu unterstützen, während umgekehrt früher der Lehrherr eine Unterstützung erhielt.

In der heutigen Zeit ist das ursprünglich familiäre ähnliche Erziehungsverhältnis zwischen dem Lehrherrn und Lehrling fast völlig verschwunden und der Lehrling spielt heute fast allgemein die Rolle eines gering bezahlten Arbeitnehmers, dessen erwarbte Leistungen im Betriebe häufig die Hauptveranlassung für den Lehrherrn sind, den Lehrvertrag abzuschließen.

In der Begründung des Urteils heißt es weiter:

Aus dem Ausgeführten folgt, daß die Lehrlingsverhältnisse durch Tarifvertrag geregelt werden können und daß insbesondere die Höhe der an den Lehrling zu zahlenden Vergütung der tariflichen Regelung unterliegen kann.

Nun hat der Beklagte im Hinblick auf die Bestimmung unter Nr. 5 der Allgemeinverbindlichkeitserklärung Richtlinien der Handwerkskammer zu Berlin über die Höhe der Lehrlingsentschädigung vorgelegt und behauptet, daß diese Richtlinien bindend seien, so daß sich die Allgemeinverbindlichkeitserklärung auf die Bestimmung des Tarifvertrages über die Lehrlingsentschädigungen nicht beziehe. Dies trifft aber nicht zu. Es kann dahingestellt bleiben, ob die Richtlinien tatsächlich zivilrechtlich bindende Wirkung haben oder nicht. Die Handwerkskammer selbst stellt sich, wie aus einem Protokoll der Vollversammlung vom 9. April 1924 hervorgeht, auf den Standpunkt, daß es sich dabei um Bedingungen nicht handelt.

Maßgebend ist aber allgemein, inwieweit der Präsident der Reichsarbeitsverwaltung durch Ziffer 5 seiner Entscheidung die Bestimmungen der Innungen und Handwerkskammern der tariflichen Regelung vorgehen lassen wollte. Denn es hängt allein von seiner Entscheidung ab, wie weit er die Allgemeinverbindlichkeit ausdehnen lassen will. Nun steht aber der Präsident der Reichsarbeitsverwaltung, wie dem Gericht bekannt ist und wie auch aus seiner bei den Akten befindlichen gutachtlichen Äußerung vom 4. Februar 1925 hervorgeht, ständig auf dem Standpunkt, daß die Handwerkskammern und Innungen nur für die Regelung der öffentlichrechtlichen Seite des Lehrlingsverhältnisses zuständig seien und daß sie nicht zwingend in die rein privatrechtlichen Beziehungen zwischen den Lehrmeistern und den Lehrlingen eingreifen können. Daraus folgt, daß der Präsident der Reichsarbeitsverwaltung auch die Allgemeinverbindlichkeitserklärung vom 26. November 1924 nur durch solche von Handwerkskammern und Innungen getroffenen Bestimmungen eingeschränkt wissen wollte, die sich auf die öffentlichrechtliche Seite des Lehrlingsverhältnisses beziehen, daß die geregelten Bestimmungen dieser Stellen über privatrechtliche Beziehungen von Lehrherrn und Lehrlingen die Allgemeinverbindlichkeit nicht einschränken sollten.

Demnach standen die Richtlinien der Handwerkskammern der auf der Allgemeinverbindlichkeitserklärung beruhenden Anwendbarkeit der tariflichen Bestimmungen über die Lehrlingsentschädigung nicht im Wege. Somit war unter Abänderung des ersten Urteils der Beklagte dem Klageantrage gemäß zu verurteilen.

Die Gewerkschaften sind nach dieser Entscheidung zweifellos berechtigt, die Kostgeldentschädigung der Lehrlinge tariflich zu regeln, wie dies in den graphischen Gewerben und anderen seit Jahren geschieht, selbstverständlich mit Zustimmung der Arbeitgeber. Jedoch nicht nur die Lehrlingsentschädigung, sondern die arbeitsrechtlichen Verhältnisse der Lehrlinge überhaupt. Die „Richtlinien“ der Handwerkskammern für die Regelung der Kostgeldsätze sind nicht zwingender Art. Die Befugnisse der Innungen und Handwerkskammern beschränken sich auf die öffentlichrechtliche Seite des Lehrlingswesens.

Vergeblich bekämpften in diesem Falle zwei Vertreter der Handwerkskammer die tarifliche Regelung der Lehrlingsentschädigung, jedoch ohne Erfolg. Anstatt sich als öffentlichrechtliche Vertreter des Handwerks mit den neuzeitlichen Verhältnissen entsprechenden maßgebenden Entscheidungen des Reichsarbeitsministeriums endlich vertraut zu machen und so zur Besserstellung der Lehrlinge und damit zur Förderung des Lehrlingswesens beizutragen, kämpften sie gegen Windmühlen, indem sie sich die rückständigen engherzigen, kleinlich-protestantischen Auffassungen der Innungsmeister zu eigen machten.

Nicht nur als bisher werden die Gewerkschaften sich der Lehrlinge annehmen und die Möglichkeit des Durchhaltens während der Lehrzeit verstärken.

Weiter zeigt dieser Fall erneut, wie notwendig die Neuregelung des Lehrlingswesens ist, die trotz aller Entwürfe immer wieder verschleppt wird. Wieviele Jahre sollen noch darüber vergehen, bis die gesetzliche Neuregelung endlich erfolgt?

# Das Washingtoner Arbeitszeitabkommen.

Soll Deutschland ratifizieren?

Seit die Internationale Arbeitskonferenz zu Washington im November 1919 fast einstimmig das Abkommen über die achtstündige tägliche Arbeitszeit angenommen hat, ist von der Arbeiterschaft der verschiedenen, für die Ratifizierung des Abkommens in Frage kommenden Länder immer wieder auf eine solche Ratifizierung hingewirkt worden. Die Beschlüsse dieser Kongresse, sowohl der Landeszentralen wie auch der Internationale, zeugen für dieses Bestreben. Was demgegenüber an positiven Erfolgen bisher zu verzeichnen ist, scheint gering. Die Schwierigkeiten liegen nicht zuletzt darin begründet, daß kein Land mit der Ratifizierung vorangehen will. Diese Schwierigkeiten könnten eigentlich dadurch als behoben gelten, daß das Abkommen Ratifikationen mit der Bedingung der Gegenseitigkeit unter verschiedenen Staaten vorsieht. Hinzu kommt aber die grundsätzliche Abneigung gegen eine internationale Bindung sozialpolitischer Natur. Demgegenüber stehen aber die Bestimmungen des Washingtoner Abkommens keineswegs einen starren Achtstundentag vor; sie kennen auch ganz wesentliche Ausnahmen. Auf der anderen Seite hat sich

der Achtstundentag in den meisten Industrieländern praktisch durchgesetzt.

In Deutschland erwies sich durch die letzte Statistik des ADGB (Erhebungswache 3. bis 8. November 1924, daß in sieben Berufen (Baugewerbe, Buchdruckgewerbe, chemische Industrie, Holzgewerbe, Metallindustrie, Schuh- und Textilindustrie) und in 14 verschiedenen Wirtschaftsgebieten von je 100 der erfaßten Betriebe und Beschäftigten länger als 48 Stunden arbeiteten:

über 48 Stunden: 24,8 Betriebe und 45,4 Personen  
davon über 54 Stunden: 4,5 „ 10,7

Damals konnte also bereits für mehr als die Hälfte der deutschen Arbeiterschaft der Achtstundentag bzw. die Achtstundenzwanzigstundentage als zurückerobert gelten. Eine Umfrage vor kurzer Zeit ergab, daß in zwischen weitere Rückgewinnungen zu verzeichnen sind. Man könnte demgegenüber vielleicht einwenden, daß das Bild der Arbeitszeit in Deutschland durch die immer mehr grassierende Kurzarbeit beeinflusst und entstellt wird. Demgegenüber muß festgestellt werden, daß gerade bei der letzten Umfrage des ADGB die Verkürzungen der Arbeitszeit in Betracht gezogen wurden, die tariflich geregelt sind. Der Tarif regelt aber beinahe ausschließlich nur die volle Normalarbeitszeit.

Wenn heute nun in Deutschland von der Arbeitnehmerschaft mit besonderer Dringlichkeit die Forderung nach Befreiung der allzu beherrschbaren und ungenügenden Arbeitszeit

## Arbeiter-Kultur-Kartell Groß-Berlin Weihnachtsausstellung

vom Freitag, den 11. bis Mittwoch, den 23. Dezember, in sämtlichen Räumen des Gewerkschaftshouses, Engelwer 24-25, geöffnet wochentags 2-8 Uhr, Sonntags 10-7 Uhr.

Kunst- und Gebrauchskeramik — Bücher — Wohnung und Haushalt — Spielzeug und schöngehaltete Möbel nach Entwürfen von Bruno Laut, Spanagel, Müller-Verlagsbuchhandlung — Radierungen, Lithographien und Zeichnungen von Käthe Kolwitz, Wilhelm Desterle, Hermann Krammer, Karl Gatz

Der Besuch der Ausstellung ist unentgeltlich

ordnung vom 21. Dezember 1923 und nach Ratifizierung des Washingtoner Abkommens und

Schaffung eines neuen deutschen Arbeitszeitgesetzes

erhoben wird, so ist diese Forderung sowohl vom deutschen Standpunkt wie von dem Grundsatz internationaler Verständigung aus durchaus gerechtfertigt. Die heute geltende Arbeitszeitverordnung konnte nur erlassen werden unter Auswirkung derurchführbaren Inflationskrise und der Erschütterung des gewerkschaftlichen und sozialpolitischen Einflusses; sie ist auch vom Reichsarbeitsminister Brauns mehr als einmal als eine „Notverordnung“ gekennzeichnet worden. Die heutige wirtschaftliche Situation aber ist anderer Art. Aus Zusammenbrüchen und Umstellungen heraus sucht die Wirtschaft heute wieder nach einer festen und konsolidierten Grundlage ihrer Entwicklung. Gerade in dieser Situation ist auch die Konsolidierung der Grundlagen des Arbeitsverhältnisses um so wichtiger. Die Arbeiterschaft will an dem Neuaufbau der Wirtschaft in jeder Weise mitwirken, aber sie wird nicht zulassen, daß Umstellungen der kapitalistischen Wirtschaft mit einem

Raubbau an den Kräften des Volkes

begahnt werden. Außerdem können die deutschen Arbeiter für sich in Anspruch nehmen, daß aus der Praxis und auch aus wissenschaftlichen Untersuchungen heraus der Nachweis erhöhter Arbeitsintensität und Leistung bei Verkürzung der Arbeitszeit erbracht worden ist. Die Einwände des Unternehmers, daß Bindungen sozialpolitischer Natur, wie die Verkürzung der Arbeitszeit, die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft beeinträchtigen, sind so alt wie die Sozialpolitik selbst. Sie sind durch die Entwicklung stets widerlegt worden. In diesem Zusammenhang sind auch die Lohnkonflikte zu betrachten, die in letzter Zeit fast in den Vordergrund getreten sind. Ganz allgemein bedeuten geringe Löhne natürlich immer eine Gefahr für die Einhaltung verkürzter Arbeitszeiten. Um das zum Leben Notwendigste zu verdienen, wird diese und jene Arbeitergruppe gezwungen sein, Überstunden auf sich zu nehmen. Hier kommt die Festlegung des Arbeitstages eine starke Gegenwehr sein. Sie befreit diesen sozialen Notstand, indem sie

das Arbeitsverhältnis von dem Kampf um die Arbeitszeit befreit.

Von dem Kampf um die Lohnhöhe kann es dagegen auf gesetzlichem Wege nicht befreit werden.

Die deutsche Wirtschaft, vor große Umstellungen und Aufgaben gestellt, hat ein Interesse daran, alle Erschütterungen der Produktion auszuschalten, die zu vermeiden sind. Als ein Mittel zu diesem Ziel sehen die Gewerkschaften in erster Linie die Schaffung eines Gesetzes über den Achtstundentag an. Wenn dieses Gesetz im Rahmen eines allgemeinen Arbeiterschutzgesetzes erlassen werden soll, wie der Reichsarbeitsminister es angekündigt hat, so brauchen grundsätzliche Bedenken gegen diese Form nicht erhoben zu werden. Die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens aber muß gefordert werden aus dem Grund, daß einer möglichst gleichmäßigen Gestaltung der sozialen Verhältnisse in den zueinander in wirtschaftlicher Beziehung stehenden Ländern. Abgesehen davon, daß durch ein solches gleichmäßiges Vorgehen der Hinweis der Unternehmer aller Länder auf die größere Konkurrenzfähigkeit des sozialpolitisch weniger gebundenen Nachbarstaates hinfällig wird, liegt es gerade auf der Linie der auch von Deutschland nunmehr entschiedenen vertretenen Politik der internationalen Abmachungen, wenn den Uebereinkommen der internationalen Organisationen der Arbeit und den Beschlüssen der internationalen Arbeitskonferenzen Geltung verschafft wird.

**LJUERGENS**  
ALEXANDER PLATZ  
Johannes  
Konditor  
Konditor  
Konditor



**Der Massen-Einkauf**  
gestattet mir folgendes billiges Angebot  
**100 000 Liter Fruchtweine**  
süß, 14%, m. Steuer  
Feldbeer- u. Apfelwein Ltr. M. 0,57  
Fruchtwein, Portwein Typ. „ „ 0,96  
Johannisbeerwein „ „ 1,02  
Stachelbeer- u. Kirsche „ „ 1,12

**75000 Liter Süßweine**  
unverschnitten, mit Steuer  
Tarragona süß 17% „ „ Ltr. M. 1,50  
Malaga „ 16% „ „ 1,74  
Samos (Krankenwein) „ „ 2,07  
Douro Portwein 20% „ „ 2,71

**35000 Fl. Rot- u. Weißweine**  
Serie 1 mit Steuer nur M. 0,90  
„ 2 „ „ 1,22  
„ 3 „ „ 1,80  
„ 4 „ „ 2,36

**Erstklassige Spirituosen**  
la Aquavit 35% Ltr. M. 7,95  
la Jam-Rum-Verich. ca. 45% „ 4,45  
la Jam-Rum-Verich. (Teerum) ca. 55% „ 5,20  
Die bek. Südkind-Liköre ca. 30% „ 4,45

**Kostproben gratis**  
Ausschank direkt vom Faß  
Likör-Fabrik u. Weingroßhandlung

**Eduard Süßkind**  
Hauptgeschäft: Brunnenstr. 42-43  
Verkaufsstellen meiner Fabrikate:  
Berlin N: Chausseestr. 76 (an der Panke)  
Moabit: Wilsonstr. 25, Ecke Birkenstr.  
Steglitz: Schlaßstr. 121  
Königsplatz: Berliner Str. 13  
Berlin O: Hoppenstr. 87

**Achtung!**  
Neueröffnung am 22. Dezember  
Berlin SO: Grünauer Str. 15  
Berlin N: Müllerstr. 144

Die **Kruschen-Kraftprobe!**

Unternehmende, energische und erstklassige Geschäftsleute erobern täglich die Welt durch eine Kette von wohl bewiesenen Kraftproben. Jedermanns Geschäftskarriere in der Welt beruht darauf, dass er jedes einzelne kleine Glied in der Kette der Kraftproben, aus denen die Welt besteht, so vollkommen ausführt, dass er sich durch seine Leistungen den Platz an der Sonne erzwingt.

Aber bedenken Sie, dass nur ein Mann mit klarem Kopf und gesundem Körper eine wahre Kraftprobe bestehen kann.

Geben Sie jeden Tag Ihrem Magen, Blut, Nieren und Leber die Möglichkeit, sich in guter Ordnung zu erhalten.

Beginnen Sie Ihr Tagewerk mit einem leichten Magen, woraufhin Sie besser arbeiten werden. Frühmorgens in der ersten Tasse Kaffee oder Tee eine kleine Dosis Kruschen, das hilft Ihnen, Nieren, Leber, Blut und Magen von allen Unreinigkeiten und Ablagerungen, d. h. von dem, was sich gleich Gift in Ihrem Körper auswirkt, zu befreien.

Versuchen Sie stets auf die Erhaltung Ihres normalen Körpergewichtes zu achten, das wird auf dem Wege zu Leistungen, zu Kraftproben die wichtigste Etappe sein.

Die erste Vorbedingung aber zur Erhaltung des normalen Körpergewichtes ist ein gesunder Stoffwechsel, und Kruschen erhält den Stoffwechsel gesund.




**Kruschen Salz**

In Kaffee oder Tee nicht zu schmecken!  
Eine ganz kleine Messerspitze voll jeden Morgen in die erste Frühstückstasse!

In Apotheken und Drogerien M. & pro Glas, für 3 Monate ausreichend.

Die tägliche kleine Dosis macht es

Beuthien & Schultz G. m. b. H., Berlin N 39, Pankstrasse 13/14.

